

Stenographisches Protokoll

527. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Donnerstag, 22. März 1990

Tagesordnung

1. Bundesgesetz, mit dem das Paßgesetz 1969, das Grenzkontrollgesetz 1969, das Fremdenpolizeigesetz und das Bundesgesetz vom 7. März 1968, BGBl. Nr. 126, über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, BGBl. Nr. 55/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 796/1984, geändert werden
2. Protokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz
3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen von CO-METT II (1990 — 1994) samt Anhängen .
4. Zweites Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft
5. Zweites Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft
6. Drittes Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft
7. Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG-Novelle 1990)
8. Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 (50. Gehaltsgesetz-Novelle), das Richterdienstgesetz und das Bezügegesetz geändert werden
9. Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (42. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) und die Bundesforste-Dienstordnung 1986 geändert werden

10. Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (42. Sitzungsperiode 1990/1991)

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 23842)

Ordnungsruf (S. 23859)

Nationalrat

Beschlüsse und Gesetzesbeschlüsse (S. 23842)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 23842)

Wahl in Institutionen

Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (42. Sitzungsperiode 1990/1991) (S. 23889)

Verhandlungen

- (1) Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990: Bundesgesetz, mit dem das Paßgesetz 1969, das Grenzkontrollgesetz 1969, das Fremdenpolizeigesetz und das Bundesgesetz vom 7. März 1968, BGBl. Nr. 126, über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, BGBl. Nr. 55/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 796/1984 geändert werden (322/A-II-9754 u. 1213/NR sowie 3830/BR d. B.)

Berichterstatter: Dr. Simperl (S. 23842; Antrag, keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 23860)

Redner:

Dr. Hummer (S. 23843).
 Farthofer (S. 23845).
 Mag. Lakner (S. 23747).
 Kampichler (S. 23849).
 Mag. Bösch (S. 23850).
 Ing. Wahl (S. 23851).
 Dr. Karlsson (S. 23852).
 Rumpold (S. 23854 u. S. 23860 — tatsächliche Berichtigung).

Dr. Linzer (S. 23857),
Jürgen Weiss (S. 23858),
Saliger (S. 23858) und
Farthofer (S. 23859)

- (2) Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990: Protokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz (1181/NR sowie 3831/BR d. B.)

Berichterstatter: Arbeiter (S. 23860); Antrag, keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 23861)

Redner:

Dr. Liechtenstein (S. 23860) und
Bundesminister Dr. Foregger (S. 23861)

- (3) Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen von COMETT II (1990 — 1994) samt Anhängen (1195 u. 1212/NR sowie 3832/BR d. B.)

Berichterstatter: Ing. Eberhard (S. 23861); Antrag, keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 23869)

Redner:

Schachner (S. 23862),
Ing. Ludescher (S. 23864),
Haselbach (S. 23865),
Holzinger (S. 23867) und
Bundesminister Dr. Busek (S. 23868)

- (4) Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990: Zweites Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft (1175/NR sowie 3833/BR d. B.)

Berichterstatter: Holzinger (S. 23870); Antrag, keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 23870)

Gemeinsame Beratung über

- (5) Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990: Zweites Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft (1176/NR sowie 3834/BR d. B.)

- (6) Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990: Drittes Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und

der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft (1177/NR sowie 3835/BR d. B.)

Berichterstatter: Dkfm. Dr. Frauscher [S. 23870; Antrag, zu (5) und (6) keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 23872]

Redner:

Dr. Liechtenstein (S. 23871)

- (7) Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990: Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG-Novelle 1990) (1200 u. 1216/NR sowie 3836/BR d. B.)

Berichterstatter: Tmej (S. 23872); Antrag, keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 23874)

Redner:

Ing. Eberhard (S. 23873) und
Staatssekretär Dkfm. Dr. Stummvoll (S. 23873)

Gemeinsame Beratung über

- (8) Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990: Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 (50. Gehaltsgesetz-Novelle), das Richterdienstgesetz und das Bezügegesetz geändert werden (1199 u. 1218/NR sowie 3829 u. 3837/BR d. B.)

- (9) Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990: Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (42. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) und die Bundesforste-Dienstordnung 1986 geändert werden (1198 u. 1217/NR sowie 3838/BR d. B.)

Berichterstatter: Schachner [S. 23874; Antrag, zu (8) und (9) keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 23889]

Redner:

Litschauer (S. 23874),
Strutzenberger (S. 23878),
Bundesminister Ing. Ettl (S. 23881),
Mag. Lakner (S. 23881),
Ing. Wahl (S. 23883),
Arbeiter (S. 23885 u. S. 23889 — tatsächliche Berichtigung),
Tmej (S. 23886),
Rumpold (S. 23886),
Drochter (S. 23887) und
Dr. Strimitzer (S. 23888)

Eingebracht wurden

Anfragen

der Bundesräte Gerstl und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst betreffend Köderimpfungen bei Tollwutkrankheit in gefährdeten Gebieten (686/J-BR/90)

der Bundesräte Dr. Strimitzer und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Unterzeichnung bzw. Ratifikationen von Konventionen des Europarates (687/J-BR/90)

der Bundesräte R u m p o l d und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst betreffend die Kosten eines Mindestlohnes von 10 000 S im öffentlichen Dienst (688/J-BR/90)

der Bundesräte R u m p o l d und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend die Kosten eines Mindestlohnes von 10 000 S in der verstaatlichten Industrie (689/J-BR/90)

der Bundesräte Mag. B ö s c h und Genossen an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten betreffend Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf die EG-Beitragsleistungen (690/J-BR/90)

der Bundesräte Dkfm. Dr. Frauscher und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und So-

ziales betreffend Kostenübernahme für Krankentransporte (691/J-BR/90)

der Bundesräte Sattlberger und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Vorgangsweise bei den Gendarmerieposten-Zusammenlegungen (692/J-BR/90)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Bundesräte Strutzenberger und Genossen (621/AB-BR/90 zu 672/J-BR/90)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Bundesräte Ing. Eberhard und Genossen (622/AB-BR/90 zu 676/J-BR/90)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 2 Minuten

Präsident Dr. Martin Strimitzer: Ich eröffne die 527. Sitzung des Bundesrates.

Das Amtliche Protokoll der 526. Sitzung des Bundesrates vom 8. März 1990 ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet hat sich Frau Bundesrätin Hedda Kainz.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Eingelangt sind zwei Anfragebeantwortungen, die den Fragestellern übermittelt worden sind.

Die Anfragebeantwortungen wurden vervielfältigt und auch an alle übrigen Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Eingelangt sind ferner jene Beschlüsse des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

Ich habe diese Beschlüsse den in Betracht kommenden Ausschüssen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Ausschüsse haben diese Vorlagen einer Vorberatung unterzogen und schriftliche Ausschlußberichte erstattet.

Ich habe alle diese Beschlüsse auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Wird zur Tagesordnung das Wort gewünscht? — Dies ist nicht der Fall.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Aufgrund eines mir zugekommenen Vorschlages beabsichtige ich, die Debatte über die Punkte 5 und 6 sowie 8 und 9 der Tagesordnung unter einem abzuführen.

Die Punkte 5 und 6 betreffen

ein Zweites und ein Drittes Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreiches Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft.

Die Punkte 8 und 9 betreffend die Novellierung des

Gehaltsgesetzes 1956, des Richterdienstgesetzes und des Bezugesgesetzes sowie des

Vertragsbedienstetengesetzes 1948 und der Bundesforste-Dienstordnung 1986.

Erhebt sich gegen diese Zusammenziehung der Debatte über diese Tagesordnungspunkte ein Einwand? — Das ist nicht der Fall. Wir werden daher in diesem Sinne vorgehen.

1. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Paßgesetz 1969, das Grenzkontrollgesetz 1969, das Fremdenpolizeigesetz und das Bundesgesetz vom 7. März 1968, BGBl. Nr. 126, über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, BGBl. Nr. 55/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 796/1984, geändert werden (322/A-II-9754 und 1213/NR sowie 3830/BR der Beilagen)

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bundesgesetz, mit dem das Paßgesetz 1969, das Grenzkontrollgesetz 1969, das Fremdenpolizeigesetz und das Bundesgesetz über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge geändert werden.

Die Berichterstattung hat Herr Bundesrat Dr. Leopold Simperl übernommen. Ich bitte ihn um den Bericht.

Berichterstatter Dr. Leopold Simperl: Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Bundesräte! Ich bringe den Bericht des Rechtsausschusses über die vom Präsidenten bereits angeführte Materie.

Der gegenständliche Beschluß des Nationalrates trägt dem Umstand Rechnung, daß das Schlepperunwesen und damit verbunden die illegale Einreise von Fremden in der letzten Zeit Ausmaße angenommen hat, die nicht länger ohne Reaktion des Gesetzgebers hingenommen werden können. Sowohl an der Ost- und Südostgrenze des Bundesgebietes als auch im Westen werden in steigendem Maße Fremde angetroffen, die oft illegal in das Bundesgebiet eingereist sind und die Absicht haben, illegal in andere Staaten, insbesondere in die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland, zu gelangen. Dementsprechend steigt auch die Zahl jener Fremden besorgniserregend an, die aufgrund der mit der Bundesrepublik Deutschland, aber auch der Schweiz geschlossenen „Schubabkommen“ zurückgenommen werden müssen, weil sie von Österreich aus die „grüne Grenze“ zu diesen Staaten überschritten haben.

Die Schwerpunkte des vorliegenden Beschlusses des Nationalrates liegen auf folgenden Gebieten:

Berichterstatler Dr. Leopold Simperl

Einbeziehung der Transiträume österreichischer Flugplätze in das „Paßinland“ und Schaffung der Zulässigkeit einer Grenzkontrolle für Transitreisende;

Erweiterung der Möglichkeiten, illegal die Grenze überschreitende Fremde zurückzuschieben;

Differenzierung der fremdenpolizeilichen Handlungsmöglichkeiten durch Einführung der „Ausweisung“;

Neufassung der Strafbestimmungen des Fremdenpolizeigesetzes;

Schaffung effizienter und ausgewogener — gerichtlicher und verwaltungsrechtlicher — Straftatbestände zur Bekämpfung des Schlepperunwesens.

Darüber hinaus soll nunmehr die Zurückweisung oder Zurückschiebung eines Fremden in einen Staat dann unzulässig sein, wenn stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, daß in diesem Staat sein Leben oder seine Freiheit aus Gründen seiner Rasse, seiner Religion, seiner Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Ansichten bedroht wäre oder er dort Gefahr liefe, gefoltert oder einer unmenschlichen Behandlung oder der Todesstrafe unterworfen zu werden.

Schließlich soll der Antrag auf Asylgewährung auch bei der Grenzkontrollstelle eingebracht werden können.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. März 1990 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Paßgesetz 1969, das Grenzkontrollgesetz 1969, das Fremdenpolizeigesetz und das Bundesgesetz vom 7. März 1968, BGBl. Nr. 126, über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen in Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, BGBl. Nr. 55/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 796/1984 geändert werden, wird kein Einspruch erhoben.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatler.

Bevor wir in die Debatte eingehen, begrüße ich den im Hause in Vertretung des Herrn Bundesministers für Inneres erschienenen Herrn Bundes-

minister für Wissenschaft und Forschung Dr. Erhard Busek in unserer Mitte. (*Allgemeiner Beifall.*)

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Günther Hummer. Ich erteile ihm dieses.

9.10

Bundesrat Dr. Günther **Hummer** (ÖVP, Oberösterreich): Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrter Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Es bleibt meist der Nachwelt überlassen, die Tragweite historischer Ereignisse zu ermessen. Man soll sich deshalb hüten, Ereignisse, die wir als Zeitgenossen miterleben, voreilig als „epochal“ oder als „historische Wendepunkte“ anzusprechen.

Wenn wir allerdings das, was sich in den letzten Monaten in Osteuropa ereignete, als einen gewaltigen Umbruch und als Wende bezeichnen, so wird uns gewiß die Geschichte dereinst recht geben. Was zurzeit in Europa geschieht, ist nicht mehr und nicht weniger als der Zusammenbruch der Nachkriegsordnung, einer Nachkriegsordnung, die fast 45 Jahre lang währte, mit der wir lebten und mit der wir uns abgefunden haben.

Die tiefe Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie hat die erstarrte Form von Jalta bersten lassen. Wir werden erinnert an das aus den Napoleonischen Kriegen stammende Wort von Albert Methfessel: „Der Freiheit Hauch weht mächtig durch die Welt“.

Wir unterschätzen die Schwierigkeiten, meine verehrten Damen und Herren, wenn wir es uns gewissermaßen in den Logenplätzen der Zeitgeschichte im großen Welttheater gemütlich machen und hoffen, daß es die Völker des Ostens, des einstigen Ostblocks, nun schon selbst schaffen würden, zu Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu finden. Machen wir es uns nicht zu leicht! Die revolutionären Vorgänge in Europa sind wahrscheinlich leider noch nicht abgeschlossen, und eine neue, bessere Ordnung im gemeinsamen Haus Europa wird es erst dann geben, wenn wir anstelle der alten, zerborstenen Form eine neue Ordnung setzen, als deren Zielpunkt wohl das gemeinsame Europa der Vaterländer stehen muß.

Wenn wir aber nicht alle Hand anlegen — materiell und ideell —, wird dies Werk sicher nicht gelingen. Mit einigen, wenn auch noch so löblichen Spendenaktionen, haben wir gewiß unsere Schuldigkeit — etwa gegen Rumänien — nicht abgetragen. Ich glaube, daß unter diesem Blickwinkel der heute in Beratung stehende Beschluß des Nationalrates zu beurteilen ist. Jedenfalls sollte dieser Tagesordnungspunkt in keiner Weise dazu verwendet werden, gewissermaßen politisches Kleingeld zu münzen und in der einen oder

Dr. Günther Hummer

anderen Richtung Zensuren zu verteilen. Es bedarf gerade in diesen Bereichen einer sehr fairen, nüchternen und sachlichen, wenngleich engagierten Haltung.

Der vorliegende Entwurf unternimmt es, den gewaltigen Flüchtlingsstrom aus dem Osten zu bremsen und zurückzustauen. Man hat versucht, diese Menschen auf der Flucht, die ihre Heimat verlassen haben, einerseits in Asylsuchende und andererseits in sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge einzuteilen.

Gewiß: Schon die Begriffe „Flucht“ und „Flüchtling“ an sich setzen Ausübung von Druck und Gewalt begrifflich voraus. Dem Lateinischen „fugire“ — flüchtig sein, fliehen — entspricht das „fugare“: das „in die Flucht schlagen“. Schon immer ist der Begriff „Flucht“ mit dem der militärischen Aggression und des politischen Drucks aufs engste verbunden gewesen.

Nach völkerrechtlicher Tradition ist Asylwerber der, der einer ganz konkreten Gefahr durch seine Verfolger ausgesetzt ist. Man geht deshalb gewiß völkerrechtskonform, wenn Menschen, die der drückenden Not in ihrer Heimat entrinnen wollen oder die nur befürchten, der eben erst entstandene Friede könnte trügerisch sein, wohl nicht zu Unrecht nicht als Flüchtlinge im klassischen Wortsinn angesprochen werden.

So definiert die Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtling einen Menschen, der aus wohlbe gründeter Furcht, aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Gesinnung verfolgt zu werden, sich außerhalb seines Heimatlandes aufhält und nicht in der Lage oder im Hinblick auf diese Furcht auch nicht gewillt ist, sich des Schutzes seines Heimatlandes zu bedienen.

Dennoch gefällt mir — und wahrscheinlich auch Ihnen — der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ nicht; einmal deshalb nicht, weil er letztlich in sich widersprüchlich ist, und zum zweiten, weil man dabei doch einen abwertenden Unterton verspürt. Wir Wohlstands- und Konsumbürger, als die wir uns gelegentlich wohl bezeichnen dürfen, sind wahrscheinlich gar nicht mehr in der Lage, wirklich zu beurteilen, geschweige denn nachzufühlen, was es wirklich heißt, in Not und bitterer Armut zu leben.

Trotz alledem muß die Frage erlaubt sein, ob es wirklich humanitär wäre, all den Auswanderungswilligen — etwa aus Rumänien — ohne Rücksicht auf die jetzt geübene Infrastruktur in unserem Lande die Grenzen zu öffnen. Es mag zur Not angehen, vorübergehend viele Menschen provisorisch in Lagern, Schulen, leerstehenden Wohnungen, Kasernen oder anderen Gebäuden unterzu-

bringen, aber es müßte — was derzeit nicht der Fall ist — sichergestellt sein, daß jene Menschen so rasch wie möglich in die Bevölkerung integriert werden, das heißt, Wohnstätten und Arbeitsplätze erhalten und so rasch zu einer menschenwürdigen Existenz finden.

Dazu bedarf es aber jedenfalls der Solidarität Westeuropas: Es ist deshalb dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock zuzustimmen, wenn er im Rahmen des Europarates die rasche Einberufung einer Europäischen Konferenz zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems gefordert hat. Es bedarf aber auch der Solidarität der westlichen Bundesländer mit jenen, die an den Osten angrenzen. Im übrigen klafft im Bereich des Einwanderungswesens in der österreichischen Rechtsordnung eine Lücke, die auch alsbald geschlossen werden sollte.

Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß durch die Abwanderung von großen Teilen der Bevölkerung aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks gewaltige Leerräume entstehen, wodurch der Aufbau der Demokratie, einer demokratischen Gesellschaft und eines, wenn auch vorerst bescheidenen Wohlstandes verhindert wird. Deshalb wäre es das Ideal, daß wir die Hilfe an Ort und Stelle, und zwar nicht nur im Materiellen, sondern auch personell und ideell, leisten und so den Menschen dieser Staaten helfen, in Freiheit und Würde zu leben, denn in vieler Beziehung steht etwa Rumänien heute schlimmer da als unser Land im Jahre 1945. Auch wir hatten damals eine wohl sehr bescheidene Infrastruktur, aber immerhin wohlbewirtschaftete Bauernhöfe und ein bescheidenes, aber doch funktionierendes Gewerbe. Der Aufbau im Osten wird deshalb äußerster Anstrengung der Bevölkerung und intensiver Hilfe der übrigen europäischen Staaten bedürfen.

Der vorliegende Nationalratsbeschluß novel liert das Paßgesetz 1969, das Grenzkontrollgesetz 1969, das Fremdenpolizeigesetz und das sogenannte Asylgesetz. Es wird vor allem durch Maßnahmen des sofortigen Polizeizwanges die Möglichkeit gegeben, Fremde am illegalen Grenzübertritt zu hindern beziehungsweise wieder zurückzuschieben.

Ferner soll verhindert werden, daß durch vorgeblichen Transitverkehr eine illegale Einreise in Österreich erreicht wird. Die sogenannte Zurückschiebung soll nicht nur bei sofortiger Betretung, sondern auch innerhalb von sieben Tagen, und zwar im gesamten Bundesgebiet, und nicht nur in der Grenzregion, möglich sein.

Zudem wird im Fremdenpolizeigesetz noch das Rechtsinstitut der Ausweisung geschaffen, demzufolge, wenn die Zurückschiebung zu spät kommt, die Ausweisung mittels Bescheides der Behörde erfolgen kann, wobei einer dagegen ein-

Dr. Günther Hummer

gebrachten Berufung keine aufschiebende Wirkung zukommt.

Die Novelle trägt aber jedenfalls hinreichend dafür Sorge, daß jedem Flüchtling die Möglichkeit unbenommen bleibt, jederzeit um Asyl anzusuchen, wenn er stichhaltige Gründe angeben kann, die ihn als Flüchtling und Asylwerber ausweisen.

Erfreulich ist jedenfalls, daß die Strafbestimmung gegen Schlepperei neu gefaßt wurde und die Schlepperei in qualifizierten Fällen künftig als gerichtlich strafbare Handlung zu ahnden ist.

Es liegt auf der Hand, daß polizeiliches Verwaltungshandeln, wie man heute gerne sagt, repressiven Charakter hat. Man darf es also gewiß nicht dabei bewenden lassen. Alle Völker Westeuropas sind vielmehr aufgerufen, konzentriert Hilfe zu gewähren und mitzuhelfen, den Flüchtlingen eine neue Heimat zu geben.

Österreich hat sich als Asyl- und Flüchtlingsland stets gut bewährt. Ich nenne hier nur Jahreszahlen wie 1945, 1956, 1968 und 1980. Nichts deutet darauf hin, daß es in Zukunft nicht so sein wird. Ein unkontrolliertes Gewährenlassen des illegalen Grenzübertrittes ist aber gewiß keine Lösung. Eine großangelegte Hilfsaktion sollte demnach unverzüglich in die Wege geleitet werden.

Durch multinationale Vereinbarungen muß darauf gedrungen werden, daß der Schutz der Minderheiten, insbesondere auch in den osteuropäischen Staaten institutionalisiert wird und sichergestellt ist.

Unter der Voraussetzung, daß Österreich diese seine humanitären Pflichten einhält, sich seiner wichtigen politischen Funktion im Herzen Europas bewußt ist und sich vor Augen hält, daß es eine große völkerverbindende europäische Tradition zu wahren hat, kann man empfehlen, den vorliegenden Entwurf des Nationalrates zu akzeptieren und keinen Einspruch zu erheben. *(Allgemeiner Beifall.)* 9.22

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich weiters Herr Bundesrat Erich Farthofer. Ich erteile ihm dieses.

9.22

Bundesrat Erich **Farthofer** (SPÖ, Niederösterreich): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Geschätzte Damen und Herren! Diese Novelle zum Paßgesetz, zum Grenzkontrollgesetz und zum Fremdenpolizeigesetz soll eine wesentliche Verbesserung der derzeitigen Rechtslage bringen.

Von meinem Vorredner wurde bereits aufgezeigt: Ein Asylantrag kann in Zukunft direkt an der Grenze gestellt werden. Weiters erfolgt die Einbeziehung der Transiträume der österreichi-

schen Flughäfen ins Paßinland. Ähnliche Regelungen gibt es ja bereits in allen europäischen Staaten.

Für mich besonders markant und erfreulich ist das Abstellen des kriminellen Schlepperunwesens. Es ist sicherlich ein gemeinsames Anliegen von uns allen, daß diese Tat schwerst bestraft wird. Auch die Möglichkeit, illegal Einreisende an der Grenze zurückzuschieben, ist zu begrüßen. Ich darf nur darauf verweisen, daß die Schweiz beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland alleine im Jahre 1989 fast 8 000 Auswanderer nach Österreich zurückgeschickt haben.

Zur Situation im Ausland. Luxemburg: 24 Prozent Ausländer, Schweiz: 17 Prozent Ausländer, Frankreich: 11 Prozent Ausländer, Belgien und Großbritannien: je 8 Prozent Ausländer.

In Österreich sind 10 Prozent der Bevölkerung außerhalb der Republik zur Welt gekommen. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde zirka 2 Millionen Menschen vorübergehende oder dauernde Zuflucht gewährt. 1945: 400 000 Volksdeutsche und Flüchtlinge aus dem Osten; 1956: Hunderttausende Ungarn, davon 170 000 Asylanten; 1968 Zehntausende Menschen aus der CSSR und 1981 über 100 000 Polen.

Geschätzte Damen und Herren! Was sich vorige Woche in diesem Haus im Nationalrat abgespielt hat, ist, so meine ich, ein trauriges Kapitel des österreichischen Parlamentarismus. Ich muß mit aller Deutlichkeit betonen, daß ich froh darüber bin, daß die Grünen hier in dieser zweiten Kammer nicht sitzen, denn ich will auf diese Äußerungen einiger Mandatäre der Grünen nicht näher eingehen, geschweige denn auf die Aktionen, die sie wahrscheinlich in der vergangenen Woche inszeniert haben.

Noch einige grundsätzliche Bemerkungen: Österreich ist ein traditionelles Asylland. In der internationalen Gemeinschaft sind uns Aufgaben gestellt aufgrund der geographischen Lage, aufgrund der Zeitgeschichte, aufgrund unserer politischen Situation. Wie wir diese Aufgaben lösen, daran werden wir vom Ausland gemessen.

Hohes Haus! Ich meine, daß die Gewährung des Asylrechtes ohne Zweifel eine wirklich humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung des österreichischen Staates ist. Dazu gehört sicherlich der innenpolitische Rückhalt. Aber, geschätzte Damen und Herren, ich erlaube mir festzustellen, daß dieser innenpolitische Rückhalt in der vergangenen Woche nicht vorhanden war.

Um so ein Problem zu lösen, bedarf es der Gemeinschaft der ganzen Gesellschaft, statt dessen kamen Angriffe verschiedener Medien. Wenn ich so zurückdenke an die teilweise wirklich unter

Erich Farthofer

der Gürtellinie liegenden Angriffe gegen unseren Minister, dann muß ich dazu einiges feststellen: Ich glaube, daß gerade die Massenmedien bei diesem Problem wirklich eine große Hilfe leisten könnten. Die Hilfsorganisationen, die Kirche selbstverständlich, die örtlichen Gemeinschaften, aber auch die politischen Organisationen sollten für die soziale Integration sorgen und die Sozialpartner, Sozialministerium und Wirtschaftsministerium, für die berufliche Integration.

Erfreulicherweise hat der Sozialminister in den vergangenen Tagen diesbezüglich ja bereits einiges getan. Wünschenswert wäre aber, daß auch der Herr Wirtschaftsminister bezüglich „schwarzer Schäfchen“, bezüglich Schwarzarbeit Maßnahmen setzt, damit die Schwarzarbeit in Österreich nicht überhandnimmt. Und das kann sicherlich nur auf gesetzlicher Basis geschehen.

Meine Damen und Herren! Das Schüren von Ausländerhaß, aber auch — leider ist der Herr Kollege Rumpold heute nicht hier — politische Populartätshascherei aus diesen Überlegungen heraus bringen nicht unbedingt den gewünschten Konsens in dieser wirklich prekären Frage. Außerdem muß ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß eine nationale Lösung dieses Problems hier in Österreich sicherlich nur ein kleiner Beitrag zur Bewältigung dieser ganzen Angelegenheit ist, gemessen an deren internationaler Dimension. Man bedenke: Ungefähr 500 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht!

Und jetzt doch zurück zur Kritik an unserem Herrn Bundesminister für Inneres. Eine eigene Bemerkung dazu, geschätzte Damen und Herren — es gibt sicherlich viele Zeugen, die das dokumentieren können —: Bereits im vergangenen Herbst ist in der Öffentlichkeit, aber auch hier im Hohen Hause immer wieder das Flüchtlingsproblem diskutiert worden und sehr oft die Anregung gekommen, man möge die Flüchtlinge auf das ganze Bundesgebiet aufteilen. Ich kann mich an die Worte des Herrn Innenministers erinnern, der dazu gemeint hat, man kann das nicht per Gesetz den Landeshauptleuten aufoktroieren, sondern man muß danach trachten, daß sich die Landeshauptleute mit dieser Problematik identifizieren, sodaß das dann auch von der Bevölkerung in den Bundesländern getragen wird. Daher kam damals schon die Ankündigung des Herrn Innenministers, er werde bei der Landeshauptleutenkonferenz am 9. November auf diese Problematik hinweisen.

Dazu darf ich sagen, daß sich die Landeshauptleute sehr lange und sehr ausführlich, nämlich drei oder dreieinhalb Stunden lang, mit einem bereits beschlossenen Gesetz, das Nationalrat und Bundesrat passiert hat — Stichwort: Nummerntafeln —, beschäftigt haben, jedoch leider nicht mit dem Asylantenproblem. Ich muß feststellen:

Wiens Bürgermeister war der einzige, der spontan unserem Minister geholfen hat.

Ich meine, wenn gerade unsere Kammer den Föderalismus so in den Vordergrund stellt, dann hätten die Landeshauptleute wirklich föderalistisch denken und den Bundesminister doch ein wenig dabei unterstützen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Eine Bemerkung zum Begriff „Einwanderer“ beziehungsweise „Wirtschaftsflüchtling“. Es ist uns allen klar, daß Einwanderer ihre Lebenssituation wesentlich verbessern wollen, was allerdings mit bestimmten Risiken verbunden ist. Aber es muß uns auch klar sein, daß man nicht beschließen kann — wie es vorigen Samstag irgendwo in Salzburg geschehen ist —, Einwanderer grundsätzlich aus Österreich auszuschließen. Ich frage hier die Freunde der Freiheitlichen Partei als EG-Vorreiter — vorerst waren sie EG-Gegner, dann aber EG-Vorreiter —, denn man muß sich nur vorstellen, daß durch die Sozialcharta, die die EG-Länder im Dezember 1989 beschlossen und angenommen haben — alle, mit Ausnahme Englands und seiner „eisernen Lady“ —, was auf uns zukommt an Zuwanderern, an Einwanderern, an Ausländern, die alle bei uns Arbeit nehmen können.

Ich verweise nochmals auf die Sozialcharta, in der die Portugiesen den Passus streichen ließen, daß die sozialen Rechte und die Arbeitsbedingungen in allen EG-Staaten gleich sein müssen. Sie taten dies vor dem gedanklichen Hintergrund der miesen Schutzbestimmungen auf dem sozialen, natürlich aber auch auf dem Lohnsektor in Portugal und mit der Absicht, dann in der EG öffentliche Aufträge zu ergattern.

Geschätzte Damen und Herren! Das Problem der Ausländerbeschäftigung haben wir also sicherlich nicht nur mit den Asylanten und mit den Einwanderern, sondern dieses Problem kommt in verschärftem Maße bei einem eventuellen EG-Beitritt auf uns zu. Daher, so glaube ich, müssen wir gemeinsam etwas für diese Einwanderer tun und uns dieses Problems annehmen.

Einige Vorschläge:

Man sollte im Auswanderungsstaat bereits einige Informationen über den österreichischen Arbeitsmarkt anbieten und Chancen, aber auch Grenzen für einen etwaigen Neubeginn aufzeigen.

Weiters wäre die Möglichkeit zu schaffen, sich bereits vom Heimatstaat aus um einen Arbeitsplatz in Österreich zu bemühen; nicht spontan die Brücken abbrechen und ins Blaue losziehen, sondern versuchen, bevor man auswandert, hier

Erich Farthofer

in Österreich bereits einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Ganz wichtig ist die Zusammenarbeit der Ministerien und der Sozialpartner. Natürlich ist bevorzugte Vermittlung von Arbeitsplätzen an Asylanten anzustreben, dennoch sollten auch Kontingente für Einwanderer beziehungsweise Wirtschaftsflüchtlinge geschaffen werden.

Eine Bevölkerungsvorschau des Statistischen Zentralamtes gibt uns für dieses Vorhaben ebenfalls recht, nehmen wir nur die Verschiebung der Altersstruktur, nehmen wir den Umstand, daß der Geburtenrückgang bei uns immer stärker wird, daß im Jahr 2000 die Zahl der Ein- bis Fünfzehnjährigen um 103 000 gesunken sein wird.

Ganz wichtig für die Bewältigung dieses Problems wird, wie schon erwähnt, die bundesweite, gleichmäßige Verteilung all dieser Menschen sein.

Daher, geschätzte Damen und Herren: Zusammensetzen am runden Tisch! Nationale Integrationsstrategien entwickeln! Sozial-, Innen-, Unterrichts-, Wirtschafts- und Außenministerium, Länder, Gemeinden und Organisationen sollen sich zusammensetzen!

Eine Bitte abschließend: Wenden wir uns gemeinsam gegen fremdenfeindliche Tendenzen in der österreichischen Bevölkerung, gegen jene Kräfte, die die Ausländerfeindlichkeit zum Gegenstand ihrer Politik machen! Stellen wir uns der Herausforderung, daß Österreich auch weiterhin als Tor zur Freiheit weltweite Achtung und Anerkennung findet! — Danke. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)* 9.33

Präsident: Zum Wort ist weiters gemeldet Herr Bundesrat Mag. Georg Lakner. Ich erteile ihm dieses.

9.33

Bundesrat Mag. Georg **Lakner** (FPÖ, Salzburg): Herr Präsident! Herr Minister! Hohes Haus! Österreich hat seinen guten Ruf, was die Flüchtlingspolitik anlangt, zu verteidigen. Ich gebe dem Kollegen Farthofer vollkommen recht: Es ist das eine Aufgabe, die wir zu bewältigen haben. Wir haben immerhin im Jahre 1956 230 000 Ungarn, im Jahre 1968 160 000 Tschechen und 1981 33 000 Polen aufgenommen. Sollen wir jetzt im Jahre 1990 versagen? Das würde ich sehr bedauern.

Wenn der Herr Minister meint, die steigende Zahl der Flüchtlinge sei nicht vorhersehbar gewesen, so stimmt mich das schon bedenklich, denn ich meine, schon aus der Entwicklung dieser Flüchtlingszahlen, die ich erwähnt habe, und auch aus anderen Beobachtungen wäre das durchaus vorauszusehen gewesen. Und die letzten Po-

grome in Rumänien haben auch aufgezeigt, daß das durchaus nicht nur Wirtschaftsflüchtlinge sind, die da gekommen sind.

Es ist eine alte FPÖ-Forderung — sie wurde schon angesprochen —, zwischen Einwanderern und Flüchtlingen zu entscheiden, und diese Forderung hat meinem Verständnis nach nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Ich glaube auch nicht, daß das unsere Politik ist, Herr Kollege. Lesen Sie wieder unser Parteiprogramm, da steht drin: Nationalismus . . . *(Bundesrat Strutzenberger: Aber anscheinend hält sich an euer Parteiprogramm niemand!)* Für uns ist es bindend, für Sie nicht. Da steht drin: „Nationalismus ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker.“ Daran finde ich noch lange keine Ausländerfeindlichkeit. *(Bundesrat Kampichler: Auf die Handlungen kommt es an! Worte und Taten stimmen nicht überein!)* Ich glaube schon. Ich weiß nicht, worauf Sie angespielt haben, wahrscheinlich auf Bad Aussee in der Steiermark, aber da haben wir niemanden ausgeschlossen. Wir haben nur gesagt *(Bundesrat Farthofer: In Österreich niemanden aufnehmen!)*, das Schweizer Modell mit Befristung wäre ganz gut. Das bedeutet noch lange nicht Ausschluß. Also ich bin da nicht Ihrer Meinung. *(Bundesrat Albrecht Konečný: Das ehrt uns!)* Schade, schade, muß ich sagen, Herr Kollege.

Ich finde eher, wenn Sie von Popularitätsscherei sprechen, daß das bei Ihnen ein bißchen gegriffen hat, denn Sie sind ja umgeschwenkt. Ich erinnere mich an die Aussagen von Cap, der dann plötzlich gesagt hat: Bei uns sind das edle Motive, aber bei den bösen FPÖ-Leuten ist es Faschismus oder ähnliches. Sie sind umgeschwenkt auf diese Politik.

Grundsätzliche Überlegungen in dieser Richtung sind meiner Meinung nach viel zu wenig angestellt worden. Immerhin könnte Österreich aufgrund dieser 34jährigen Erfahrung seit Ungarn gerade in der Flüchtlingspolitik sicher schon weiter sein. Und es sind auch Fehler passiert. Ich glaube, die Ankündigung der Visapflicht für Rumänen acht Tage vorher war sicherlich kein Geniestreich.

Die Verteilung der Asylanten — sie ist schon angesprochen worden — ist sicherlich auch kein Geniestreich. Ich habe da nur einmal nachgeschaut: Vorarlberg und Tirol — ohne jetzt auf ein Bundesland losgehen zu wollen — haben überhaupt keine Asylanten *(Bundesrat Strutzenberger: Nehmen Sie Kärnten!)*, Kärnten hat immerhin 101, Salzburg 211 — ist auch nicht gerade großartig —, und Niederösterreich trägt mit 9 000 die Hauptlast, Oberösterreich übrigens auch mit 4 800. *(Bundesrat Farthofer: In Kärnten haben sie die Oberösterreicher mitge-*

Mag. Georg Lakner

zählt!) Ich bin also durchaus der Meinung, daß das verteilt gehört.

Mich stört auch, daß die Asylanten nicht eingegliedert werden. Das gefällt mir an Schweden ganz gut, wo versucht wird, daß sie integriert werden. Mir mißfällt auch deren Passivität, daß sie nicht arbeiten dürfen, daß sie sozusagen beschäftigungslos dazusitzen müssen. Ich will gar nicht untersuchen, wer schuld daran ist.

Mir fehlt vor allem auch die Aufklärung der Bevölkerung, denn in letzter Zeit hat es manchmal so ausgesehen, als ob die Ausländerfeindlichkeit direkt von oben käme. Zum einen — das habe ich schon gesagt — werden die Ausländer auf einen Platz konzentriert. Das ist sicher nicht günstig. Die „Volkshilfe“ will ich gar nicht ansprechen. Das war in der momentanen Situation auch nicht sehr günstig. Aber ich denke auch an meinen Landeshauptmann ... *(Bundesrat Strutzenberger: Das ist das einzige, womit Sie wirklich nichts zu tun haben!)* Ich weiß, das gefällt Ihnen nicht. Mir auch nicht. *(Bundesrat Strutzenberger: Es hätte mich gewundert, wenn Sie das Wort „Volkshilfe“ nicht in den Mund genommen hätten!)* Aber ich kritisiere natürlich auch meinen Landeshauptmann Katschthaler ganz besonders, der gemeint hat, die Flüchtlinge, ich glaube, in Mariapfarr im Lungau war das, sollen dort weniger spazieren gehen, denn das schreckt vielleicht die Fremden. Und Ratzenböck brauche ich nicht zu erwähnen, der fürchtet, man könne in dem Braunau-nahen Ort den Ausländern sozusagen die Fremdartigkeit ansehen. Da wird nach meinem Dafürhalten irgendwo politisches Kleingeld herauszuholen versucht, Herr Kollege Hummer.

Es ist auch nicht sehr produktiv, sondern eher kontraproduktiv, wenn man meint — ich glaube, Sipötz sagte das —, wir können 700 000 Flüchtlinge aufnehmen, das vertragen wir leicht. — Das schreckt vielleicht doch eher ab. Und völlig richtig wurde angesprochen, daß die Medien die größten Schelte zu bekommen hätten, denn die Verhetzung geschieht vor allem, fürchte ich, durch die Medien, und da wieder im speziellen durch die Boulevardpresse.

Auch die Bürgermeister verhalten sich nicht sehr rühmlich in dieser Hinsicht. Manchmal hat man direkt den Eindruck gehabt — in Kaisersteinbruch zum Beispiel —, daß das irgendwo bestellt war; es kam nicht so spontan. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ja, wir haben aber eigentlich ... *(Bundesrat Kampichler: Da waren Leute mit blauen Schals darunter, die das organisiert haben, Herr Kollege! Und da finde ich, daß man Ihre Doppelzüngigkeit ganz vehement zurückweisen muß!)* Ich habe niemanden beschuldigt, Herr Kollege! Ich war sicher nicht dabei. *(Bundesrat Kampichler: Sie haben die Bürgermeister be-*

schuldigt! Da gibt es aber Leute darunter, die das sehr wohl schüren und die sehr wesentlich zu den ganzen Entwicklungen beigetragen haben!) Ich fürchte nur, Bürgermeister mit blauem Schal gibt es noch viel zu wenige, Herr Kollege. *(Zwischenruf des Bundesrates Dr. Liechtenstein.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Ich darf bitten, keine Wechselrede zu veranstalten, sondern sich an das Thema zu halten.

Bundesrat Mag. Georg Lakner *(fortsetzend):* Auf der Tagesordnung stehen aber eigentlich das Paßgesetz, das Grenzkontrollgesetz und das Fremdenpolizeigesetz. Schwer begeistert bin ich davon nicht, muß ich sagen. Ich finde die Maßnahmen gut, die das Schlepperunwesen betreffen, schrecke mich aber ein wenig vor der „Allmacht“, die da auf die Fremdenpolizei zukommt. Der Kollege Hummer hat von Freiheit und Würde der Ausländer gesprochen — aber bitte auch im Asyl, nicht nur im Heimatland. Und die Behandlung der Ausländer ist, wie ich aus eigener Beobachtung weiß, nicht so gut, daß man sich da wünschen könnte, sie würden noch mehr „behandelt“ werden.

Die Maßnahmen im Transitraum scheinen mir durchaus akzeptabel zu sein; problematischer ist es schon mit der Zurückschiebung innerhalb einer Frist von sieben Tagen. Das öffnet doch wieder allen möglichen Zweifeln Tür und Tor. Ich weiß nicht, wenn es mir so ähnlich ginge, wenn ich ins Ausland fahre und damit rechnen muß, ich muß jetzt beweisen, daß ich da legal eingereist bin, würde ich wahrscheinlich auch in Schwierigkeiten kommen. *(Bundesrat Strutzenberger: Wieso? Was haben Sie gemacht? — Heiterkeit.)* Weil ich es nicht nachweisen kann, daß ich da legal eingereist bin. *(Bundesrat Tmej: Haben Sie die 5 000 S nicht?)*

Mich stört auch, daß bei dieser Ausweisung innerhalb von vier Monaten der Einspruch keine aufschiebende Wirkung hat. Auch das scheint mir zu einigen Ungerechtigkeiten führen zu können.

Wir Freiheitlichen werden jedenfalls diesem Gesetz zustimmen, hoffen aber, daß es noch einige Maßnahmen geben wird, die dazu führen, daß endlich einmal eine gezielte Flüchtlingspolitik betrieben wird, daß man Flüchtlinge nicht direkt anlockt, daß die Bevölkerung — da vor allem wäre viel zu tun — aufgeklärt wird, daß die Ausländerfeindlichkeit eingedämmt wird. Es ist ja auch interessant, daß man privat Ausländer nicht unterbringen darf, nur bis zu vier Wochen, glaube ich, dann müssen sie wieder übersiedelt werden. *(Bundesrat Strutzenberger: Das stimmt ja nicht!)* Das scheint mir auch nicht richtig zu sein.

Mag. Georg Lakner

Es wäre eigentlich auch schon höchst an der Zeit gewesen, das Ostpaket zu verwirklichen, das ja noch immer im Parlament liegt und mit dessen Hilfe man vielleicht einigem hätte vorbeugen können. (*Beifall bei der FPÖ.*) 9.42

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich weiters Herr Bundesrat Franz Kampichler. Ich erteile ihm dieses.

9.42

Bundesrat Franz **Kampichler** (ÖVP, Niederösterreich): Verehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Als einer, der seit etwa zehn Jahren die gesamte Thematik rund um die Asylanten- und Flüchtlingspolitik in der eigenen Heimatgemeinde mitverfolgen kann und mitzutragen hat, begrüße ich die heutige Änderung des Paß- und Grenzkontrollgesetzes und des Fremdenpolizeigesetzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Österreich auch in Zukunft Asylant Nummer eins in Europa bleiben will — und ich bekenne mich ausdrücklich dazu —, dann müssen wir auch Regelungen finden, wodurch wir für unsere einheimische Bevölkerung jene Opfer, die sie dafür bringen muß, auf ein zumutbares Maß begrenzen. Wir müssen Voraussetzungen dafür schaffen, damit wir auch in den kommenden Jahren für jene, die politisches Asyl brauchen, die aus den verschiedensten Gründen — aus religiösen, aus rassistischen oder aus ethnischen Gründen — verfolgt sind, Asylant Nummer eins bleiben. Derzeit gibt es leider Gottes durch den großen Ansturm von Flüchtlingen in sehr, sehr vielen Bereichen große Unordnung.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle den Bewohnern meines Bundeslandes Niederösterreich wirklich sehr herzlich dafür danken, daß sie so großes Verständnis für die schwierige Lage jener aufbringen, die ihre Heimat aus den verschiedensten Gründen verlassen und bei uns Aufnahme gefunden haben. Die Bewohner jener Orte, die Asylanten beherbergen, teilen praktisch sämtliche Einrichtungen mit den Flüchtlingen. Sie bringen teilweise große persönliche finanzielle Opfer für jene, die aus der Bundesversorgung entlassen werden, und sie kümmern sich in rührender Weise, um Arbeit und Wohnung für jene zu finden, die bei uns bleiben wollen.

Wir teilen selbstverständlich auch gerne alle zur Verfügung stehenden kommunalen Einrichtungen — vom Kinderspielfeld über Parkanlagen bis zu unseren Schwimmbädern. Da sich die Beherbergungsbetriebe leider oft sehr, sehr wenig um ihre Gäste kümmern, müssen die Bewohner eines Ortes, muß die Ortsgemeinschaft sehr, sehr viel an Lasten mittragen. Dieses große Opfer und

dieses Verständnis meiner Landsleute muß einmal entsprechend gewürdigt werden. Dieser Appell, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht von dieser Stelle aus ganz besonders an jene, die über die Medien sehr gute Ratschläge erteilen, selbst aber die Situation vielleicht bequem vom Fernsehschirm aus beobachten.

Ich verlange aber auch, daß seitens des Innenministeriums endlich Konzepte wirksam werden, die Ordnung in die Asylantenszene bringen. Sobald sich die Situation einigermaßen entspannt hat, müssen die überlasteten Orte entlastet werden, wenn wir dort nicht mit ähnlichen Aktionen konfrontiert werden wollen, wie wir sie in den letzten Wochen mitverfolgen mußten. Es ist auch unbedingt notwendig, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Gendarmerieposten personell so aufgestockt werden, daß sie den erhöhten Anforderungen gerecht werden können. Und ganz wichtig ist, daß die Beherbergungsbetriebe angewiesen werden, wirklich erhöhtes Augenmerk auf ihre Gäste zu legen. Sie müssen in der Lage sein, den an sie gestellten Anforderungen nachzukommen und die Ordnung im eigenen Haus aufrechtzuerhalten.

Wir müssen vor allem erreichen, daß jene Asylanten, die Berufe haben, die bei uns Mangelberufe sind, sehr, sehr rasch in das Berufsleben eingegliedert werden. Es müssen bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Jenen Asylanten aber, die vorläufig nicht beschäftigt werden können, sollten wir auch eine Chance geben. Ich habe schon einmal von dieser Stelle aus vorgeschlagen, daß es sehr vernünftig wäre, wenn sich diese Asylanten beim Bürgermeister in der Gemeinde melden und sich dort freiwillig zur Pflege kommunaler Einrichtungen zur Verfügung stellen könnten. Das würde die Akzeptanz der heimischen Bevölkerung enorm erhöhen, und auch die Asylanten müßten nicht als Almosenempfänger dastehen. Sie würden für die Leistung, die sie seitens des Staates erhalten, ebenfalls Gegenleistungen erbringen können.

Geschätzte Damen und Herren! Leider Gottes gibt es in diesem Bereich aber auch kriminelle Elemente, so wie es auch bei uns eben solche und solche gibt. Es muß unbedingt eine Möglichkeit geschaffen werden, damit jene Elemente, die sich bei uns nicht dem gesetzlichen Rahmen unterwerfen, wieder in ihr Ursprungsland zurückgebracht werden können. Derzeit gibt es diesbezüglich sehr sehr wenig Handhabe, und unsere Exekutive ist teilweise verzweifelt, weil sie von diesen Leuten nicht besonders ernstgenommen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen aber auch akzeptieren, daß sich durch die derzeit in vielen Bereichen nicht sehr zufriedenstellende Situation Unmut äußert. Das ist niemandem zu verübeln, und wir müssen für solche

Franz Kampichler

Reaktionen Verständnis und Toleranz aufbringen. Auf das schärfste verurteilen möchte ich aber an dieser Stelle die Vorgangsweise jener politischen Gruppierungen, die versuchen, aus dieser Situation politisches Kapital zu schlagen.

Mich persönlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, verwundert es wirklich einigermaßen, daß sich die FPÖ mit radikalen Kräften zusammenschließt und gemeinsame Aktionen startet. Das sind Aktivisten, die mit Tönen und Flugchriften auftreten, die uns an Zeiten erinnern, die ich zum Glück persönlich nicht miterleben mußte, die uns aber aufgrund der schlechten Erfahrungen unserer Väter zu denken geben müßten. Wir sollten daher ganz entschieden gegen solche Elemente auftreten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Abgeordneten der FPÖ im Süden Niederösterreichs wirklich so erfolglos agieren, daß sie auf solch zweifelhafte Unterstützung und Hilfe angewiesen sind. Wir müssen alles unternehmen, um diesen radikalen Elementen von vornherein keine Plattform für ihre Aktivitäten zu geben (*Bundesrat Farthofer: Bravo!*), und ich ersuche deshalb den zuständigen Bundesminister, rasch und zielführend Ordnung zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Niederösterreicher appelliere ich aber auch an alle übrigen Bundesländer, diese schwierige Aufgabe nicht allein nur von den östlichen Bundesländern tragen zu lassen, sondern bereit zu sein, auch ihren Anteil zu leisten.

Meine geschätzten Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Es kündigt sich eine gewaltige Völkerwanderung an. Wir müssen uns darauf bestens vorbereiten, wir müssen Regelungen finden, die auch von unserer Bevölkerung akzeptiert werden. Die Öffnung der Grenzen bedeutet für Österreich eine sehr, sehr große Herausforderung. Mit Besonnenheit, Toleranz und Verständnis wird es uns gelingen, auch diese Herausforderung gemeinsam zu bewältigen. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) 9.55

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich weiters Herr Bundesrat Mag. Herbert Bösch. Ich erteile ihm dieses.

9.55

Bundesrat Mag. Herbert **Bösch** (SPÖ, Vorarlberg): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Die Novellierung des Fremdenpolizeigesetzes hat Wellen geschlagen, und ich meine zu Recht.

Es gehört meiner Auffassung nach zu einem Rechtsstaat, daß Gesetzesänderungen, die Grundrechte tangieren, öffentlich und hoffentlich auch leidenschaftlich diskutiert werden. Was mich bei der inzwischen bald der Vergangenheit angehörenden Diskussion jedoch etwas irritiert hat, ist

das doch eher beschämende Niveau, auf dem sich das abgespielt hat.

Ich glaube, wir müssen uns hier nichts vormachen: Dieses Gesetz, das wir heute behandeln, ist kein sehr fortschrittliches Gesetz. Es ist eben eine Reaktion auf besondere Umstände, und ich meine, wir sollten in diesem Zusammenhang gleich festhalten, daß zu bedenken wäre, daß wir uns dann, wenn diese besonderen Umstände, die uns heute zu diesem Gesetz veranlaßt haben, wegfallen, auch über eine andere Möglichkeit beziehungsweise über eine Rücknahme der heutigen Beschlüsse unterhalten sollten.

Es macht mich nicht sehr glücklich, wenn einmal mehr in einer schwierigen Situation die Exekutive mit mehr Macht ausgestattet wird — und das nur kurze Zeit nachdem sie in einem anderen Zusammenhang in öffentlicher Diskussion gestanden hat. Da treffe ich mich durchaus mit den Worten des Kollegen Lakner. Ich glaube, wir sollten uns bei der heutigen Diskussion einfach einmal grundsätzlich vor Augen halten, daß ein Land, das den Ausländern gegenüber eher restriktiv vorgeht, auf die Dauer auch Inländern gegenüber nicht sehr tolerant sein kann. Das heißt, die Verhältnisse an den Grenzen widerspiegeln mittelfristig auch die Verhältnisse im Inneren.

Im Zusammenhang mit dem Versuch, 800 rumänische Asylwerber in Kaisersteinbruch unterzubringen, und den massiven Protesten der Bevölkerung war hie und da ein Politiker versucht, auf der Welle der Empörung ein bißchen mitzuschwimmen. Es ist verständlich: Wir haben im kommenden Herbst Wahlen, wir haben in den nächsten Tagen Kommunalwahlen in einigen davon betroffenen Bundesländern. Wenn aber rechtskundige Abgeordnete wie Partik-Pablé und Frischenschlager in einem Entschließungsantrag vom 15. März die Bundesregierung — wörtlich — auffordern, bei der Gewährung von Einreise beziehungsweise Aufenthaltsbewilligungen „aus Gründen der Transparenz eine klare Trennung zwischen politischen und Wirtschaftsflüchtlingen herbeizuführen“, so muß man diese Antragsteller in Anbetracht der Bilder der letzten Tage aus Rumänien schon fragen, wie sie es denn gerne hätten: Sind jetzt die rumänischen Rumänen Wirtschaftsflüchtlinge, die ungarischen Rumänen politische Flüchtlinge und die deutschen Rumänen Wirtschafts- und politische Flüchtlinge? Man kann sich doch nicht so einfach über eine Problematik hinwegschwindeln, nur um irgendwo tagespolitische Effekte zu erheischen.

Ich glaube, es bleibt bei solchen Anträgen — Kollege Lakner hat das natürlich sehr linientreu hier vorgetragen — bloß das Gefühl übrig, daß diejenigen, die vor wenigen Monaten noch am lautesten das Niederreißen des „Eisernen Vorhanges“ gefordert haben, heute am liebsten weni-

Mag. Herbert Bösch

ge hundert Meter davon diesen Vorhang wieder haben möchten.

Meine Damen und Herren! Wenn im Jänner und Februar dieses Jahre ebenso viele Asylanträge in Österreich gestellt wurden wie im gesamten Jahr 1985, dann muß der Staat reagieren. Die Form der Reaktion macht nicht unbedingt glücklich, ist aber vertretbar, ist auch für den Vertreter eines Bundeslandes akzeptabel, dessen größte Probleme an der Grenze mit der Einführung der Visumpflicht für Türken eigentlich erledigt sind. Wir können festhalten, daß im Jahre 1989 3 500 Türken von der Schweiz und von der BRD an unsere Grenzen gestellt wurden und von unseren Behörden dann zurückgeschoben werden mußten. Seit der Einführung des Visumzwangs ist diese Zahl praktisch auf annähernd Null gesunken.

Ich möchte hier schon noch etwas zu den getroffenen Feststellungen, man müßte diese Flüchtlinge bundesweit gerechter aufteilen, sagen, da mein Bundesland dabei ja eine eher zurückhaltende Rolle spielt. Ich kann diese Forderung eigentlich nur unterstreichen, und ich meine, es würde den Landeshauptleuten besser anstehen, sich über solche Themen ernsthaft zu unterhalten, als sich in großartigen Resolutionen über Allerweltsthemen zu ergeben.

Nur bitte ich, bei der Behandlung solcher Fragen auch spezielle Verhältnisse in den Bundesländern zu berücksichtigen. Und da muß ich schon darauf verweisen, daß Vorarlberg mit Abstand die höchste Quote an Ausländern aller österreichischen Bundesländer hat; nicht Flüchtlinge, wohl-gemerkt, aber eben auch fremdsprachige Ausländer. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, warum diese Ausländer da sind. Ich bin nicht so glücklich darüber, denn es waren in erster Linie Wirtschaftsinteressen, die da dahintergestanden sind.

Aber diese Menschen sind nun einmal da, und es gibt in verschiedenen Bereichen schon ganz schön massive Probleme mit diesen Ausländern. Ich erinnere daran, daß es in Bregenz schon Volksschulen gibt, wo mehr jugoslawische und türkische Schüler als österreichische Schüler sitzen. Das führt dann wieder zu neuen Ungleichheiten in der Ausbildung unserer Schüler. Wir haben im Augenblick in Vorarlberg das Glück, daß wir aufgrund der Tatsache, daß Tausende Leute in die Schweiz und nach Deutschland arbeiten gehen, praktisch eine totale Vollbeschäftigung haben. Aber wir müssen uns schon auch vor Augen halten, was dann ist, wenn der nächste Konjunkturerinbruch kommt. Und da habe ich große Sorge bezüglich des Verhaltens der Vorarlberger Bevölkerung diesen Ausländern gegenüber. (*Vizepräsident Strutzenberger übernimmt den Vorsitz.*)

Ich will damit sagen: Man muß sich, wenn man diese Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Flüchtlinge auf ganz Österreich erhebt, auch darüber Gedanken machen, wie denn die Verhältnisse in diesen Bundesländern beschaffen sind.

Mit dieser Einführung der Visapflicht für Türken ist nun auch die Schlepperei zum Erliegen gekommen, sodaß ich jetzt eigentlich, wie ich schon im Rechtsausschuß gesagt habe, für mein Bundesland keine Notwendigkeit für weitere Gesetze sehen würde. Aber gerade die Erfahrungen, die wir mit Schlepperbanden gemacht haben, gerade das Erfahren der Ohnmacht diesen Leuten gegenüber zeigt uns, wie wichtig die heutigen Beschlüsse für uns sind. Ich erinnere mich mit einem gewissen Schaudern an die Zustände, wie sie in der Bregenzer Seeanlagen zum Teil noch im Spätherbst geherrscht haben, als ganze Familien mit ihren kleinen Kindern auf irgendwelchen Parkbänken übernachtet haben, um dann eben in der nächsten Nacht über die nahe Grenze gebracht zu werden.

Meine Damen und Herren! Die Asylpolitik, die Fremdenpolitik, die Ausländerpolitik allgemein ist — das kann man, glaube ich, im Anschluß an die bisher geführte Diskussion sagen — ein denkbar schlechtes Gebiet, um kurzfristig Profit zu gewinnen, denn allzu leicht könnte ein kurzfristiger Gewinn in langfristige, allgemeine Verluste umschlagen. — Danke schön. (*Allgemeiner Beifall.*)
10.01

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Bundesrat Wahl das Wort.

10.01

Bundesrat Ing. **Alfred Wahl** (ÖVP, Steiermark): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Mir geht es ähnlich wie meinem Vorredner, aber seiner Differenzierung kann ich nur teilweise folgen. Ich möchte mit meiner Erfahrung meinen Teil zu den Beratungen einbringen.

Das zur Beratung stehende Gesetz — überhaupt, wenn man sich dessen Entstehungsgeschichte anschaut — veranlaßt mich, jetzt schon zu mahnen, zu mahnen, daß bei dessen Handhabung Humanität und politische Moral in einem hohen Maße eingebracht wird, ansonsten besteht für mich schon die Gefahr der Aushöhlung des in Österreich geltenden Rechtes auf Asylgewährung. Und wir wollen und sollen uns in diesem Zusammenhang einer weiteren Kritik im In- und Ausland nicht aussetzen.

Natürlich kann man es bei einer bloßen Quartierbeschaffung für die mehr oder weniger erwünschten Neuankömmlinge nicht bewenden las-

Ing. Alfred Wahl

sen. Wenn man das tut und es dabei beläßt, dann können die entstehenden Probleme keinesfalls bewältigt werden, und es entsteht ein Rückstau. Ich glaube, derzeit haben wir eine solche Situation: Wir haben einen Rückstau an Problemen.

Einige Gründe hierfür möchte ich hier anführen: Die Quartiergeber sind vielfach überfordert. Die räumlichen Voraussetzungen sind nicht gegeben. Natürlich entstehen, wenn zu viele Flüchtlinge an einem Ort oder in einer Gemeinde untergebracht sind, Barrieren, und die Gefahr des Fremdenhasses taucht auf, wie uns das die jüngsten Ereignisse erkennen haben lassen.

Viele Versäumnisse seitens des zuständigen Bundesministeriums für Inneres und darüber hinaus liegen vor, und diese leichtfertige Gangart, so meine ich, darf nicht fortgesetzt werden. Oberflächlichkeit, Wegschauen, Halbherzigkeit — das kennen wir. Das sind die Wurzeln für Skandale und andere Probleme, an deren Aufarbeitung wir so schwer arbeiten.

Es liegt in diesem Fall auch daran, wie man etwas macht, und die Methode „light“ ist bei einem so großen Problem gewiß nicht angebracht. An Erkenntnissen und rechtzeitigen Hinweisen von Sozialarbeitern und Sozialämtern, kirchlichen und freiwilligen sozialen Diensten mangelt es keinesfalls. Wer eine Lösung sucht, findet einen Weg, und wer dazu nichts beitragen will, eine Ausrede. — Dieses Sprichwort gilt auch hier.

Persönlich kann ich einige Erfahrung mitbringen. Meine Frau ist Sozialarbeiterin im Bezirk Mürzzuschlag. Das ist ein Beispiel, ein gutes Beispiel — wie etwa der Bezirk Hartberg — für die Solidarität der Bundesländer, und eine meiner Töchter ist als Sozialarbeiterin in der Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Wien tätig. Ich konnte also gar nicht anders, als mich ebenfalls von Anfang an bei den verschiedensten Hilfestellungen zu engagieren, die auch in meiner abgelegenen Wohngemeinde, wo manchmal mehr Ausländer beherbergt wurden, als der Ort Einwohner zählt, geleistet wurden. Unser Gendarmerieposten ist nur zeitweise besetzt. Das ist aber nicht das Problem, denn wir brauchen die Gendarmerie kaum, vielmehr sind es die Sprachschwierigkeiten, die mangelnde Hilfestellung bei der Bewältigung der Bürokratie und die großen Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche.

Die Bereitschaft der Bevölkerung, zu helfen und so Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen, ist gewiß vorhanden und führte zumindest in unserem kleinen Dorf dazu, daß es zu keinen größeren Konflikten kam. Es mangelt aber nach wie vor und vor allem an einer koordinierenden Stelle, die sich zuständig fühlt, die zuständig ist und auch die Akzeptanz hierfür mitbringt.

Ich habe schon den Bezirk Hartberg erwähnt. Dort war es über Initiative der Kirche ein regionaler Flüchtlingsberater, der Bemerkenswertes leisten konnte.

An Aufgaben stellt sich meines Erachtens nach wie vor: erstens einmal die rechtzeitige Information der örtlichen Bevölkerung, die Einrichtung von Sprachkursen, von Kursen über das Wissen über Österreich, Stützlehrer in den Schulklassen, wo ein entsprechender Anteil an fremdsprachigen Kindern vorhanden ist, Beratung und Hilfestellung bei den Behördenwegen, in persönlichen Angelegenheiten, aber auch und vor allem bei der Arbeitsvermittlung. Die Wohnraumbeschaffung wird spätestens dann, wenn die Asylanten aus der Bundesbetreuung entlassen werden, auch ein großes Problem.

Die Sozialhilfeverbände sind vielfach überfordert und haben ihre liebe Not. Aus Fehlern sollten wir lernen, damit es nicht zu einem weiteren Rückstau an Problemen kommt. Solidarität und Mitmenschlichkeit müssen wir leben, dann werden wir — dessen bin ich gewiß — die Herausforderungen unserer Zeit — es ist ja auch eine faszinierende Zeit — bewältigen und vor allem dadurch einen Beitrag für den Frieden in Europa jetzt und für künftige Generationen erbringen können. *(Allgemeiner Beifall.) 10.09*

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Zum Wort gemeldet war Herr Bundesrat Rumpold. Er ist leider nicht anwesend, daher erteile ich Frau Bundesrätin Dr. Karlsson das Wort. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Das nennt man Aufwertung des Bundesrates! — Bundesrat Arbeiter: Ist er entschuldigt?)*

10.09

Bundesrätin Dr. Irmtraut **Karlsson** (SPÖ, Wien): Das sind die Kollegen, die den anderen vorwerfen, daß sie sich nur einmal im Monat das Geld abholen kommen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Bundesrat Dr. Schambeck: Sehr richtig! — Weitere Zwischenrufe.)* Genug!

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Frau Bundesrätin Dr. Karlsson ist am Wort, bitte.

Bundesrätin Dr. Irmtraut **Karlsson** *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Herr Minister! Hoher Bundesrat! Ich war vor dieser Diskussion etwas verzweifelt, muß ich sagen, habe aber wirklich mit Befriedigung festgestellt, daß ich mich den Ausführungen meines Vorredners und auch dem Redner davor ohne irgendwelche Abstriche anschließen kann. Und das ist gut so, denn meiner Meinung nach ist bei den Gesetzesbeschlüssen, über die wir nunmehr zu beraten haben, die Stimme der Vernunft, die Stimme der Toleranz, die Stimme der Liberalität untergegangen und hat

Dr. Irmtraut Karlsson

sich, wie schon so oft, nicht durchgesetzt. Und ich meine diese Stimmen in allen Fraktionen.

Ich hatte in den vorigen Wochen Gelegenheit, doch mit Kollegen, auch Nationalrätinnen und Nationalräten, zu sprechen. Da gehen die Ansichten quer durch die Fraktionen: Da sind die einen, die Kontrolle wollen, Beschränkungen wollen, und die anderen, die sagen: So können wir das nicht lösen!

Die Dinge, die seit der Beschlußfassung im Nationalrat geschehen sind, sollten uns beschämen beziehungsweise zumindest zu denken geben.

Erstens: der Mythos vom Asylland Österreich. Wir haben die Zahlen vom UNO-Flüchtlingshochkommissariat. In Österreich entfallen auf 1 000 Einwohner 2,7 Flüchtlinge, in der Schweiz 3,8, in Schweden 3,5 von der Bundesrepublik Deutschland, die ja diesbezüglich ein Spezialproblem hat, ganz zu schweigen.

Zweitens: Der Ausbruch von bornierten Vorurteilen gegenüber den einreisenden Rumänen bis — und das hat mich besonders betroffen gemacht — in unsere Ausschußdiskussion hinein. Der anwesende Beamte des Innenministeriums meinte, daß die Flüchtlinge nunmehr — und damit meinte er alle Reisenden aus Rumänien, sie wurden also unisono zu Flüchtlingen erklärt — vor der Visumserteilung einreisen wollten. Es waren darunter Menschen, die Verwandte besuchen wollten, Menschen, die sich natürlich nicht vorbereitet hatten, denn wenn ich zu einem Verwandten fahre, der für mich sorgt, dann werde ich nicht alle meine Ersparnisse in Valuta umwechseln und mich auf den Weg machen. Kollege Lakner, der Vorwurf, daß die Visapflicht zu früh angekündigt wurde, ist absurd. Einem Land, das wenig Telefone hat, wo die Post nicht ordentlich funktioniert und so weiter, muß man — ganz im Gegenteil! — eine noch viel längere Vorbereitungszeit geben, damit die Menschen, die reisen wollen, sich auf diese Dinge einstellen können.

Ein Dozent aus Graz hat mich zum Beispiel gebeten, ihm zu helfen. Sie haben einen Kongreß vorbereitet, wo sie auch Delegierte aus Rumänien, und zwar nicht aus der Hauptstadt, eingeladen haben, und die können nicht kommen. Das heißt, früher konnten die Leute nicht kommen, weil man sie nicht hinausgelassen hat, weil man Ihnen keine Pässe gegeben hat, und jetzt können die Leute nicht kommen, weil sie von Österreich kein Visum kriegen, weil dort die Leute angestellt sind, weil sie in die Hauptstadt fahren müssen, und so weiter und so fort, weil die Maßnahmen nicht rechtzeitig vorbereitet werden konnten.

Also auch diese Dinge sollten wir neben jenen beschämenden Dingen, die sich abgespielt haben

bei der willkürlichen Hinaufsetzung der Beträge, die jemand mit sich führen mußte, bedenken.

Drittens: Am erschreckendsten war jene soziale Panik, die erzeugt wurde am Tag vor der Einführung der Visapflicht. „35 000 Rumänen an den Grenzen!“ „100 000 Rumänen an den Grenzen!“ Also hier wurde ein Klima erzeugt, das wirklich darauf abgezielt hat, daß Maßnahmen, die schlecht sind, die unmenschlich sind, noch als das kleinere Übel beschlossen werden sollen.

Es hat auch immer wieder — es wurde das schon gesagt — jene feine Unterscheidung in Wirtschafts- und politische Flüchtlinge, aber auch jene entrüsteten Zurückweisungen gegeben: Wir sind kein Einwanderungsland! Wir müssen uns vor Überfremdung schützen!, und so weiter. Auch da konnte ich feststellen, daß es Vernünftige gibt — ebenfalls über die Parteigrenzen hinweg. Ein Beispiel dafür ist der Artikel des Abgeordneten Etmayer in der „Furche“, der sich sehr wohl für eine Einwanderungspolitik ausspricht. Und die sollen wir ja auch haben, denn so ist es ja nicht, daß wir nicht auch Einwanderer ertragen, Einwanderer benötigen.

Das Gesetz ist schlecht, weil es die Entscheidung an die Grenze verlagert, weil es ohnehin überlasteten Beamten eine Entscheidung zumutet in einer Diffizilität, die diese nicht immer und rasch genug übersehen können.

Die Gesetzesbeschlüsse sind schlecht, weil sie das Problem der Wanderungs- und Flüchtlingsbewegung nicht vernünftig angehen, sondern an Instinkte der Abwehr, der Fremdenfeindlichkeit, des Abschließens, des Abschottens Österreichs appellieren.

Sie sind schlecht, weil sie zu beruhigen suchen und nicht aufzuklären, und sie sind außerdem schlecht, weil sie, wie bei allen Indikationslösungen, wo man Gründe glaubwürdig machen muß für seinen Entschluß, jene bevorzugen, die besser reden können, die Unterstützung haben, die informierter sind.

Im Falle Rumäniens wird es wahrscheinlich dem „Securitate“-Angehörigen, der sich vorher informieren konnte über die österreichischen Asylbestimmungen, leichter gelingen, seine Gründe glaubhaft zu machen als einer Siebenbürger-Bäuerin, die der verfolgten Minderheit angehört. Die Ereignisse der letzten Tage in Rumänien haben ja gezeigt, daß Verfolgung von ethnischen Minderheiten, aber auch — ich bin ja nicht so nahe dran, aber in Kreisen der Katholischen Kirche hat man sicher bessere Informationen — von religiösen Minderheiten an der Tagesordnung sind. Die Flüchtlingskonvention hat ja nicht nur die politische Verfolgung, sondern gerade auch die Tatbestände der religiösen und ethni-

Dr. Irmtraut Karlsson

schen Verfolgung in ihren Gründen angeführt, warum jemandem Asyl gewährt werden sollte.

Wir haben nun dieses Gesetz, und wir werden heute keinen Einspruch dagegen erheben, aber ich hoffe, daß es zumindest eine Funktion hat: uns nämlich jene Atempause zu geben, um vernünftige Lösungen zu finden.

Ich würde von hier aus, da es dazu noch nicht gekommen ist, die Kollegen und Kolleginnen aus allen Fraktionen bitten, ob wir nicht, weil es eben die Bundesländer und die Gemeinden betrifft, von diesem Bundesrat aus einen Entschließungsantrag einbringen könnten, einen Entschließungsantrag, der sich nicht an das Innenministerium wendet, da es gerade bei Beratung und Betreuung, wie wir aus anderen Bereichen wissen und wie uns Sozialarbeiter, die diese Erfahrung haben, immer wieder sagen, günstig ist, wenn die kontrollierende Instanz und die beratende Instanz nicht die gleiche ist. Ich würde daher anregen, daß wir uns einen entsprechenden Antrag überlegen. Ich beantrage es jetzt nicht, denn das muß man vorher absprechen, aber es ist eine Aufforderung an diejenigen, die das interessiert, daß wir uns im Laufe der heutigen Sitzung zusammenfinden und folgende Punkte überlegen:

Wir könnten von diesem Bundesrat aus ein Flüchtlings- und Zuwandererbetreuungsgesetz, angesiedelt im Sozialministerium, initiieren, das zum Beispiel vorsieht, den von Wien auch über alle Fraktionen vorgeschlagenen Flüchtlings- und Zuwandererbetreuungsfonds bundesweit einzurichten. Ein weiterer Punkt könnten die, von meinem Vorredner schon angeführten, dem Ausbildungs- und Sprachniveau der Flüchtlinge und Zuwanderer angemessenen Sprachkurse sowie Informationen betreffend österreichische Gesetze und Vorschriften, österreichische Kultur- und Lebensgewohnheiten sein.

Eine weitere Aufgabe des Fonds könnte es sein, daß vor allem Sozialarbeiter oder ähnlich qualifizierte Personen in den Gemeinden Quartiermöglichkeiten ausfindig machen, daß sie die Gemeinde, die Bevölkerung informieren, was auf sie zukommt, wer auf sie zukommt. Sie könnten auch potentielle Möglichkeiten ausfindig machen — es muß ja nicht immer gleich alles angefüllt werden —, uns sie müßten — und das scheint mir so wichtig — dann, wenn die Flüchtlinge einmal da sind, auch begleitend tätig sein, um Konflikte zu vermeiden, um Vorurteile abzubauen. Denn oft ist es ja so: Da werden Quartiere ausfindig gemacht — ist auch schon gesagt worden —, irgendein Beherbergungsbetrieb, dem es schlecht geht, füllt einmal alles an, und es kümmert sich kein Mensch außer Freiwilligen, die das zu ihrem Anliegen machen, um diese Flüchtlinge. Also auch das könnte man in diesem Fonds einrichten.

Daneben könnte man, wenn das beim Sozialministerium angesiedelt ist, Institutionen, die jetzt schon in sehr unbürokratischer und günstiger Weise tätig sind — wie zum Beispiel das Institut für Arbeitsmarktbetreuung und die Arbeitsmarktbetreuer —, nach Vorliegen gesetzlicher Regelungen auch für Flüchtlinge und Zuwanderer tätig werden lassen. Sie könnten die Betroffenen auch über ihre Rechte, über den Umgang mit Behörden, informieren und — soweit es ihnen möglich ist — auch kontrollieren, daß die Flüchtlinge und Zuwanderer nicht ausgenutzt werden, daß keine Verstöße gegen gesetzliche Regelungen vorkommen.

Als Letztes etwas, was ebenfalls auf Privativinitiative zum Beispiel in Niederösterreich versucht wurde. Ich würde das vielleicht interkulturelle Friedens- und Bildungsarbeit nennen. Hierbei geht es darum, in kleinen Gruppen in der Bevölkerung Verständnis über die Grenze hinweg zu erzeugen. Auch das könnte man in Gemeinden mit Flüchtlingen anregen und machen: Vorurteile abbauen und voneinander lernen. Denn die Flüchtlinge sind ja nicht immer nur sozusagen das Letzte, sondern es sind zum großen Teil hochmotivierte Leute, die Österreich etwas zu geben haben und hier ein neues Leben in Freiheit und Sicherheit führen wollen.

Noch ein Punkt: Rückwanderungsprojekte. In Schweden hat man, als die Diktatur in Uruguay abgeschafft beziehungsweise durch ein demokratisches System ersetzt wurde, für die Flüchtlinge aus Uruguay sehr erfolgreiche Übergangs- und Rückwanderungsprojekte gemacht.

Auch das wäre eine Möglichkeit, längerfristig eine Lösung zu finden, die human und liberal ist. Denn es kann ja nicht so sein, daß wir zwar den „Eisernen Vorhang“ jetzt nicht mehr haben, aber statt dessen den Vorhang der papierernen Bürokratie und der Intoleranz errichten. Die Öffnung der Grenzen ist eine Chance für Österreich — nicht nur wirtschaftlich, sondern auch menschlich und demokratisch. Nützen wir gemeinsam diese Chance! (*Allgemeiner Beifall.*) 10.24

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Zum zweiten Mal zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Rumpold. Ich erteile ihm dieses. (*Bundesrat Albrecht Konečný: Herr Präsident! Müssen wir ihn nicht gesondert begrüßen, wenn er einmal zu uns kommt?*)

10.24

Bundesrat **Gernot Rumpold** (FPÖ, Kärnten): Wenn Sie wollen, Herr Abgeordneter, bitte sehr! Es steht Ihnen da nichts im Wege!

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrter Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Bundesrat*

Gernot Rumpold

Schachner: Die Mehrzahl heißt auch Minister!) — Bitte? *(Bundesrat Schachner: Die Mehrzahl von Minister ist auch Minister!)* Ich bin höflich, ich begrüße jeden einzeln. Ist das okay? *(Bundesrat Arbeiter: Ganz etwas Neues!)* Die Gewerkschafter schlagen heute wieder zu!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses heute zu beschließende Gesetz ist ein Ausdruck dessen, was in den letzten Tagen hier in Österreich passiert ist. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen wieder, daß diese Koalitionsregierung der beiden alten Parteien am Volk vorbeiregiert — und zwar ordentlich, ganz ordentlich! — und mit Scheinargumenten versucht *(Bundesrat Schachner: Die haben wohl Sie!)*, dieses Lügengebäude, das sie sich in den letzten drei Jahren aufgebaut hat, durch Ad-hoc-Handlungen zu halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kaisersteinbruch ist überall! Mit diesem Schlagwort möchte ich es bezeichnen, daß Sie überhaupt kein Gefühl haben für das, was in Österreich noch zu tun ist, und für das, was in Österreich vorhanden sein sollte.

Die Flüchtlingspolitik dieser Bundesregierung ist ja wirklich eine Beleidigung für jeden politischen Flüchtling, der in unser Land kommt. Denn ein politischer Flüchtling ist ein politisch Verfolgter, ein rassistisch Verfolgter *(Bundesrat Albrecht Konečný: Von Ihnen!)*, ein religiös Verfolgter oder ein sonst irgendwie Verfolgter. Aber das, was heute in Österreich passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren vor allem von der linken Reichshälfte, ist folgendes: Wir haben das Asylland Österreich zum klassischen Einwandererland gemacht, aber Sie versuchen, jene Stimmen, die Sie durch Ihre Unfähigkeit verloren haben, durch diese Menschen, die heute nach Österreich kommen, zu kompensieren. Das ist Ihr Argument, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jawohl! *(Bundesrätin Dr. Karlsson: Das ist eine ganz unmögliche, miese Art!)*

Die Vergleiche, die Sie heute anstellen mit dem Jahre 1956, mit dem Jahre 1968 ... *(Bundesrat Albrecht Konečný: Wir haben die Flüchtlinge ja nicht geholt!)* Ja, Herr Gewerkschafter, tun Sie nicht so! Die Arbeiterkammer-Wahlen schlagen Sie auch mit den Fremdarbeitern und nicht mit den Österreichern! *(Bundesrat Albrecht Konečný: Was soll das heißen?! Was ist das für eine Diffamierung!?)* Äußern Sie sich dazu! — *Ironische Heiterkeit des Bundesrates Rumpold.*

Die Einwanderungen, die im Jahre 1956 aus Ungarn, die im Jahre 1968 aus der CSSR erfolgt sind, sind mit denen, die heute passieren, nicht vergleichbar. *(Bundesrat Albrecht Konečný: Sie haben es vorhin gar nicht gehört! Wieso sprechen Sie dazu?)* Wir waren damals ein Asylland,

das politische Flüchtlinge aufgenommen hat, wir waren ein „normales“ Einwanderungsland, das heute in der Form praktisch nicht mehr vorhanden ist, weil diese Art der Einwanderung nicht mehr passiert. Wir waren damals ein Basisland, von dem aus wir die Leute irgendwohin weitergeschickt haben; nach Kanada, nach Amerika, in die typischen Einwanderungsländer. Nur heute kann ich sie nirgendwohin mehr schicken! *(Bundesrat Albrecht Konečný: Der Mensch hat keine Ahnung! Zehntausende Ungarn, die damals zu uns gekommen sind, sind heute unsere Mitbürger! Sie haben keine Ahnung, wovon Sie reden!)* Ja, Herr Kollege! Damals sind Hunderttausende Menschen zu uns gekommen, aber die sind alle weitergewandert. So ist es! Vielleicht sind Sie auch einer von jenen — ich weiß es nicht —, weil Sie sich so hineinhauen! *(Bundesrätin Paischer: Erkundigen Sie sich, wer sind die Siebenbürger, die heute bei uns sind, und all die anderen? — Bundesrat Albrecht Konečný: Herr Kollege! Erkundigen Sie sich doch ein wenig über die Tatsachen!)*

Vizepräsident Walter **Strutzenberger** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bundesrat Rumpold ist am Wort, bitte! Also reden Sie weiter! *(Bundesrat Arbeiter: Wer die Rede geschrieben hat, tät' mich interessieren!)*

Bundesrat Gernot **Rumpold** *(fortsetzend)*: Wer die Rede geschrieben hat, täte dich interessieren? Ja, Herr Kollege Arbeiter, ich werde meine Quellen unbedingt preisgeben, damit du auch einmal eine gescheite Rede halten kannst.

Aber ich werde jetzt versuchen, einmal auf die Tatsachen einzugehen. Logischerweise ergreifen jene Menschen, die heute zu uns kommen, die Chance, daß sie in Österreich 170 S am Tag bekommen — ja, 170 S am Tag! —, ohne daß sie etwas arbeiten müssen, ohne daß sie *(Bundesrat Schachner: Der Herrenrasse angehören!)* etwas tun müssen *(Bundesrat Schachner: Und auch nicht dürfen, lieber Herr!)*, während sie in ihren Ursprungsländern maximal 30 bis 50 S bekommen, sollten sie dort arbeiten.

Heute sind wir in Österreich aufgrund Ihrer Sozialpolitik, meine Damen und Herren, so weit, daß ein Mensch, ein Arbeiter, der 35 Jahre lang gearbeitet hat, der in Notstand gekommen ist, 7,50 S am Tag bekommt. 7,50 S am Tag! *(Bundesrat Schachner: Sie träumen ja!)* Nein wirklich, das ist eure Politik! Die sozialistische Politik ist das! *(Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Die Menschen sind von euch verraten und verkauft worden, und das müßt ihr einmal einbekennen! *(Bundesrat Schachner: Jetzt langt's aber bald! Der Kilo Ohrwaschlsalat ist bald obabrockt!)* Jawohl, diese Menschen sind von euch verraten und verkauft worden! *(Heftige Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Gernot Rumpold

Noch dazu ist, wenn man sich die Geschichte weiter anschaut, die Quarantänestation in Traiskirchen aufgelöst worden, nur um mehr Platz zu bekommen. Die primitivsten Einrichtungen einer Asylpolitik in Österreich sind nachlässig behandelt worden, nur um gewisse mißliche Geschichten zu vertuschen. *(Bundesrat Schachner: Die Gaskammern haben wir aufgelöst!)* - Ja, bitte, Herr Kollege, das war ganz ein „gescheites“ Argument, wirklich ein ganz „gescheites“ Argument! *(Bundesrat Schachner: Die haben ja nur der Enlausung gedient nach eurer Version!)* - Nur um gewisse Dinge zu vertuschen! Das ist wirklich der Gipfel der Zumutbarkeit, und so kann man nicht mehr weitertun!

Leider ist der Innenminister, den das Ganze betrifft, heute nicht selbst da. Der Mann sollte sich das einmal anhören! *(Bundesrätin Paischer: Soll er sich das auch noch anhören?)* Er war einmal in Traiskirchen, da ist er ausgepiffen worden, da hat er Polizeischutz gebraucht, denn sonst hätten die Leute ihn wahrscheinlich zerrissen, weil er einfach unfähig ist, die Problematik zu erkennen, unfähig ist, eine Systematik in die ganze Asylpolitik zu bringen *(Bundesrätin Paischer: Aber ihr seid fähig! Nur die Freiheitlichen sind fähig!)*, unfähig ist, das System so aufzubauen, daß wirklich eine ordentliche Asylantenpolitik in Österreich betrieben wird und nicht eine Einwanderungspolitik, wie Sie das, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Kompensierung Ihrer verlorenen Stimmen machen wollen. *(Bundesrat Schachner: So eine ungeheure Logik steckt da dahinter! Das könnte direkt vom Programm des „Florenzer Kreises“ abgeschrieben sein!)* Aber, tun Sie nicht so von der Seite her, Herr Kollege! Tun Sie doch nicht so!

Die Novelle zu diesem Paßgesetz ist so lange unwirksam, solange es kein Schubabkommen zwischen Österreich, Jugoslawien und Ungarn gibt, denn für die Asylantenpolitik sind Ungarn und Jugoslawien die Erstauffangsländer, die diese Menschen beherbergen sollten. Das wissen Sie wahrscheinlich gar nicht, meine sehr verehrten Herrn Bundesräte! *(Bundesrat Schachner: Ach, das wissen wir nicht!)* Da sage ich Ihnen wahrscheinlich etwas Neues, also hören Sie zu! *(Bundesrat Gargitter: Reden Sie doch nicht so dumm daher!)*

Solange dieses Schubabkommen nicht gemacht wird, ist dieses Gesetz, das wir heute hier beschließen, völlig unwirksam. Mit diesem Gesetz können wir weder Flüchtlinge wegschicken noch können wir Kriminelle aus der Türkei oder aus den Ländern Osteuropas wegschicken, denn sobald jemand bei uns ein Asylansuchen einreicht, ist er geschützt. Für Jahre geschützt! Er wird hier gehalten. Er wird hier durchgefüttert. *(Bundesrat Schachner: Füttern tut man Viecher, Herr*

Kollege!) Wir Österreicher haben keine Chance, mit diesen Menschen etwas anzufangen. *(Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Dann gibt es da noch eine witzige Geschichte. Bei der BH Baden kann jeder, der nach Österreich kommt, sofort eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Sofort! Er bekommt sie dort ohne Prüfung, ohne irgend etwas. Das geht so weit, daß jene, die irgendwo in den Bundesländern leben, heute nach Baden fahren, zur BH Baden, sich dort ihre Aufenthaltsgenehmigung geben lassen und dann wieder nach Österreich abwandern. *(Bundesrätin Karlsson: Kennen Sie das, worüber Sie reden?)* Ja prüfen Sie das einmal! Bitte prüfen Sie das einmal, Frau Kollegin! Das ist ja ein Wahnsinn! *(Bundesrat Ing. Penz: Bei Ihnen braucht man nichts zu prüfen! Das stimmt doch nicht!)* Das stimmt, mein sehr verehrter Herr Bundesrat! Das stimmt! *(Weiterer Zwischenruf des Bundesrates Ing. Penz.)* Ja, weil sie zufällig dort wohnen, vielleicht. *(Bundesrat Ing. Penz: Sie stellen Dinge in den Raum, die nicht der Wahrheit entsprechen! Das machen Sie nicht das erste Mal, sondern immer wieder vom Rednerpult aus! — Der Vizepräsident gibt neuerdings das Glockenzeichen.)* Gott sei Dank, daß Sie ein bißchen aufgemuntert werden, sonst schlafen Sie ja die ganze Zeit in der Bank. Das ist ja schlimm. *(Heftige Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)*

Also ich würde sagen, daß das überprüft gehört, was diese BH Baden aufführt, daß jener, die die Sozialstation ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)* Nein! ... der die Sozialstation ... *(Bundesrat Schachner: Geh heim!)* Schau, ich rede eh für euch. Reden Sie nicht dagegen, sonst verlieren Sie wieder Wähler. *(Bundesrat Arbeiter: Seizen! Fünf! — Bundesrat Schachner: Wir verlieren keine Wähler!)* Nein, nein, überhaupt nicht. *(Bundesrat Arbeiter: Geh heim! — Anhaltende laustarke Zwischenrufe bei allen Fraktionen.)*

Vizepräsident Walter **Strutzenberger** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bundesrat Rumpold ist am Wort! Bitte fortzusetzen!

Bundesrat Gernot **Rumpold** *(fortsetzend)*: Danke, Herr Präsident! *(Bundesrat Arbeiter: Er hat die falsche Rede mitgenommen! Er wollte vor Kindern auftreten!)* Oh, Herr Kollege Arbeiter! Nur weil Sie 30 Prozent bei den Betriebsratswahlen verloren haben, brauchen Sie jetzt nicht so aggressiv zu sein.

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Bitte zur Sache! Sie sind am Wort! *(Bundesrat Pichler: Wäre es nicht besser, er würde gleich aufhören?)*

Bundesrat Gernot **Rumpold** *(fortsetzend)*: Ich möchte nur eines noch sagen, und dann höre ich

Gernot Rumpold

schon auf *(demonstrativer Beifall bei SPÖ und ÖVP)*, sonst schreien Sie mich ja nieder. Aber das ist die demokratische Politik in Österreich, daß die beiden Altparteien natürlich versuchen, jedes Argument der Opposition niederzubrüllen. Aber das ist ja okay so, ihr könnt es ruhig machen, nur wird die Opposition immer stärker und ihr immer schwächer. Das ist der Erfolg eurer Politik! *(Bundesrätin Dr. Karlsson: Sie haben uns nicht zugehört, und wir müssen uns das anhören!)* Nur diese Weichen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Weichen, die die rot-grüne Chaospolitik in Österreich, die rot-grüne Chaoskoalition in der Asylantenpolitik verfolgt, ist ja wirklich zum Scheitern verurteilt. Ihr verbündet euch mit den Roten, mit den Grünen, mit allen jenen, die versuchen ... *(Bundesrat Schachner: Nein! Wir sind die Roten!)* Ja, aber nicht mehr lange, denn die Farbe ist auch schon abgeblättert bei euch. Die Farbe ist auch schon abgeblättert, Herr Kollege!

Ihr versucht, diese Politik voranzutreiben, jene Menschen zu fördern in Österreich, die die Grundrechte, die die Staatsbürgerrechte aufzuweichen versuchen. Wir werden dagegen sein, und wir werden wahrscheinlich Erfolg damit haben. *(Bundesrätin Paischer: Im Ausschluß war er dafür!)* - Vielen Dank fürs Zuhören. *(Beifall bei der FPÖ. — Lautstarke empörte Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)* 10.35

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Ich begrüße den im Hause erschienenen Herrn Bundesminister für Justiz Dr. Foregger. *(Allgemeiner Beifall.)*

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Linzer. Ich erteile ihm dieses. *(Bundesrat Rumpold will den Sitzungssaal verlassen. — Ruf: Ah, jetzt schleicht er sich, wenn es ums Anhören geht! — Weitere lebhaft Zwischenrufe.)*

10.35

Bundesrat Dr. Milan **Linzer** (ÖVP, Burgenland): Herr Präsident! Meine Herren Bundesminister! *(Unruhe im Sitzungssaal.)*

Vizepräsident Walter **Strutzenberger** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bundesrat Linzer ist am Wort! Bitte!

Bundesrat Dr. Milan **Linzer** *(neuerlich beginnend)*: Herr Präsident! Meine Herren Bundesminister! Meine Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Ich glaube, die Thematik heute hier ist eigentlich zu wichtig, als daß man die Ausführungen des Vorredners, des Kollegen Rumpold, ernst nimmt. *(Anhaltender Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Herr Kollege Rumpold, aber trotzdem muß ich Ihnen sagen, Sie haben hier — und darüber bin ich sicher mit meinen Kollegen einig — ein beschämendes Schauspiel für Ihr National-Theater

geliefert. *(Neuerlicher lebhafter Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Ich meine, Sie brauchen keinen Dr. Steger und auch keine Medien, Sie haben jetzt hier eindeutig bewiesen, wo die nationalen Ideen und wo der Nationalismus bei Ihnen in der FPÖ beheimatet ist: Der ist nämlich ganz oben an der Spitze und durch Sie hier vertreten! *(Bundesrat Rumpold: Der Ratzenböck ist Ihr Landeshauptmann! Was sagen Sie zu seiner Aussage?)* Aber ich möchte schon zur Sache sprechen, ich möchte nur gerne einige Richtigstellungen vornehmen. *(Anhaltende Zwischenrufe. — Bundesrat Rumpold: Der Ratzenböck ist euer oberster Fremdenhasser!)*

Leider Gottes hat Kollege Rumpold hier bewiesen, daß er beziehungsweise sein Vorgesetzter Dr. Haider nach wie vor nicht bereit sind, seriöse Politik zu machen, sondern sie huldigen nach wie vor einem Zick-Zack-Kurs par excellence. *(Bundesrat Rumpold: Ihr macht keine seriöse Politik!)*

Kollege Rumpold! Bereits im Herbst hat Ihre Partei durch Ihren Abgeordneten Nicka im Burgenland die scharfe These vertreten: Wir ziehen die Rollbalken herunter *(Bundesrat Rumpold: Und was macht ihr jetzt mit eurer Visumpflicht?)*, versuchen, unsere Identität, unsere Kultur zu bewahren, und pfeifen mehr oder minder auf den Status eines Asyllandes! Nunmehr hat aber Kollege Lakner heute schon in einem anderen Sinne gesprochen. Ich habe das sehr positiv vermerkt, Kollege Lakner.

Von Ihren Ausführungen, Kollege Rumpold, haben wir ja genug Kostproben erhalten. Es war so, daß Sie bereits im Herbst des Vorjahres, als die Verhältnisse in Rumänien noch längst nicht allen bekannt, also ungeklärt waren, auch in der Tschechei und in Polen zwar mehr oder minder die Demokratisierung im Fluß, aber die Verhältnisse doch auch ungeklärt waren, gepredigt haben: Wir kapseln uns ab! Wir wollen quasi deutschstämmig bleiben! Sie predigen zwar daneben immer, daß die Minderheiten bei uns natürlich gefördert werden müssen, denn sie sind ja eine Bereicherung unseres Bundeslandes, unseres Bundesgebietes, aber getan haben Sie für diese Minderheiten noch nichts!

Und dann gibt es eine wunderschöne Aussendung Ihrer Partei im Burgenland. Da heißt es dann so schön. Die Deutschsprechenden aus der Österreich-Ungarischen Monarchie sind Umsiedler, das sind keine Asylanten, die dürfen kommen. *(Bundesrat Rumpold: Das hat die BRD auch gemacht! Der Herr Kohl!)* Also das geht auch wieder in Richtung Nationalismus, Rassismus, Inhumanität und so weiter. *(Bundesrat Rumpold: Ist der Herr Kohl ein Nationalist?)*

Dr. Milan Linzer

Aber genug davon! Herr Kollege Rumpold! Ich kann Ihnen nur noch sagen — ich komme schon zum Schluß —: Was Sie heute hier geleistet haben, war zweifellos ein absoluter Tiefpunkt, ein Tiefpunkt aber in erster Linie für die Freiheitliche Partei! Das schreibe ich Ihnen ins Stammbuch! — Danke schön. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)* 10.40

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Bundesrat Jürgen Weiss das Wort.

10.40

Bundesrat **Jürgen Weiss** (ÖVP, Vorarlberg): Herr Präsident! Meine Herrn Bundesminister! Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Rumpold kann man aus grundsätzlichen Überlegungen und wegen der politischen Kultur dieses Hauses nicht unwidersprochen lassen. *(Neuerlicher Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Ich frage Sie, Herr Kollege Rumpold, woher Sie — und das sage ich jetzt ganz deutlich — die Unverfrorenheit nehmen, die Abwesenheit des Innenministers zu kritisieren, obwohl Sie selbst erst gegen Schluß der Debatte hier eingetroffen sind. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Wir haben uns vorhin ein bißchen scherzhaft gefragt, wo der Kollege Rumpold bleibe, und wir haben dann gemeint, daß könne vielleicht daran liegen, daß er seinen blauen Schal noch nicht gefunden hat. *(Bundesrat Ing. Meischberger: Ha! Ha! Ha! — Bundesrat Rumpold: Das war ein guter Schmah!)* Was Sie jedoch hier vorgeführt haben, Herr Kollege Rumpold, war, daß Sie sich mit einem tiefbraunen Schal ans Rednerpult gestellt haben! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Und wenn es einen triftigen Grund für Ihre Abwesenheit gibt, dann wohl nur den, daß Sie nach dem Motto handeln: Ich werde mir meine Vorurteile nicht durch das Zuhören bei einer Diskussion zerstören lassen! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Und, Herr Kollege Rumpold, zum Schluß, weil Sie gesagt haben, was man heute hier zustimmend beschließe, sei eine Beleidigung der Flüchtlinge — das ist ein wörtliches Zitat *(Bundesrat Rumpold: Es ist eine Beleidigung der Flüchtlinge, den das ist keine Flüchtlingspolitik!)* —: Herr Kollege Rumpold! Was Sie hier geboten haben, nicht nur dem Stil nach, sondern auch dem Inhalt nach, ist eine Beleidigung jener Österreicher, die mit den Menschen in Rumänien, aber auch in vielen anderen Ländern dieser Erde etwas teilen: nämlich Mensch zu sein! *(Langanhaltender Beifall bei ÖVP und SPÖ.)* 10.43

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Bundesrat Saliger das Wort.

10.43

Bundesrat **Wolfgang Saliger** (ÖVP, Salzburg): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Bundesminister! Hohes Haus! Ich wollte mich ursprünglich nicht zu Wort melden, aber es ist schon notwendig, hier noch etwas klarzustellen.

Ich möchte zuerst auf die ausgezeichneten Ausführungen der Frau Kollegin Karlsson eingehen und darf hier von dieser Stelle aus sagen, daß eine Bereitschaft besteht *(Bundesrat Rumpold: Rot-schwarze Einheit!)* — Herr Kollege Rumpold, Sie haben nicht einmal gehört, wozu ich jetzt spreche —, daß es notwendig ist, hier weitere Gedanken zu pflegen. Ich halte es für richtig, wenn wir diesen Vorschlag aufnehmen und weiter durchdiskutieren. Ich bin der Meinung, daß gerade diese Vorschläge in bezug auf Rückwanderungsprogramme durchaus zu überlegen sind, und ich bin der Meinung, daß wir jenen Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen — aus welchen Gründen immer —, auch wieder Heimat bieten müssen in der Zukunft und sie in ihrer Heimat unterstützen müssen. Ich glaube, daß es für unser Verhältnis und für unser Verständnis, auch für unser internationales Verständnis ganz notwendig ist, daß wir jenen Menschen dort eine Basis schaffen, wo sie Heimat empfinden können. Ich halte das für außerordentlich notwendig und bin der Meinung, daß wir heute auch von uns aus hier eine Initiative in diese Richtung setzen sollten.

Grillparzer hat gesagt: „Österreich ist die kleine Welt, in der die große ihre Probe hält.“ *(Beifall bei der ÖVP.)* Vielleicht ist das das für uns auch Motivation, in Zukunft diese Vorgangsweise zu pflegen. Ich meine, wir haben Beispiele an uns selbst erlebt, daß man uns geholfen hat mit einem internationalen Marshall-Plan. Vielleicht ist das die richtige Vorgangsweise für die Zukunft. Wir sollten das überlegen.

Selbstverständlich darf ich als Salzburger auch an meinen Altlandeshauptmann Haslauer erinnern, der gesagt hat, daß wir auch innerösterreichisch diese Solidarität üben sollten, daß jene Teile in Österreich, die raumordnungsmäßig nicht so privilegiert sind, unterstützt werden sollten, dort, wo sie Unterstützung brauchen. Ich glaube auch, daß wir innerösterreichisch in dieser Weise vorgehen sollten.

Besonders negativ beeindruckt hat mich der Auftritt des Kollegen Rumpold. Und ich bin deshalb so berührt darüber, weil ich glaube, daß ein junger Mensch, solche Aussagen, wie er sie sich hier geleistet hat, nicht treffen sollte. *(Bundesrat Rumpold: Anscheinend kommunizieren Sie nie mit der Jugend!)* Ich glaube, daß es gerade für die Jugend Auftrag sein sollte, dieses völkerverbindende Moment mehr zu pflegen und aus den Erfahrungen des älteren zu lernen. Ich glaube, daß

Wolfgang Saliger

gerade diese Frage für uns in der Zukunft entscheidend ist. Und wenn er sozusagen von seiner „neuen“ Partei spricht, so finde ich in dieser Partei immer wieder Wurzeln zu einer anderen Partei, die offensichtlich eine Asylantenpolitik betrieben hat, die uns in die größten Schwierigkeiten unseres Jahrhunderts gebracht hat. Und das ist das entscheidende. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Ich meine, daß es mit plakativen Äußerungen allein nicht getan ist. Ich fordere Sie in diesem Zusammenhang auf, Ihre Kraft, die Sie offensichtlich besitzen, die nur falsch eingesetzt ist *(Bundesrätin Paischer: Jawohl!)*, um Ihr Denken zu verändern, dafür einzusetzen, eine Internationalität der Bemühungen und keine Kleinkariertheit an den Tag legen! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Wenn Sie sich Wellental der Solidarität befinden, und wenn Sie meinen, daß „Gewerkschafter“ ein Schimpfwort ist, so muß ich Ihnen hier von dieser Stelle aus sagen: Damit ist es uns gelungen, diese Solidarität auf der Welt insgesamt zu einer Blüte zu bringen, und ich glaube, daß niemand in diesem Haus eine negative Äußerung gegen diese Art der Solidarität bringen sollte. *(Zwischenruf des Bundesrates Rumpold.)*

Sehr geehrter Herr Kollege — ich streiche „sehr geehrter“ —, Herr Kollege Rumpold, es ist bedauerlich, daß Sie heute die ausgezeichneten Ausführungen des Kollegen Hummer nicht gehört haben. Sie hätten, wenn Sie ein vernünftig denkender Mensch sind, hier anders geurteilt. Ich würde Ihnen wirklich raten, die Protokolle aufmerksam zu lesen und aufgrund dessen Ihre Anschauungen zu ändern. Und wenn Sie mit dem Argument an die Öffentlichkeit treten, daß alles, was von der Opposition kommt, niedergeknüppelt wird *(Bundesrat Rumpold: Niedergeschrien!)*, so darf ich Ihnen sagen: In der Frage der Flüchtlinge gibt es keine Opposition! Da gibt keine Opposition in Österreich! *(Bundesrat Rumpold: Das wollen Sie, daß es keine gibt.)* Es ist unser gemeinsames Anliegen, diese Frage zu bewältigen, und es geht nicht an, daß man in dieser Art und Weise mit den Ärmsten der Armen umgeht. Das ist eine Frage des persönlichen Anstandes, und ich meine, daß gerade junge Leute diesbezüglich mehr Anstand zeigen sollten.

Ich bitte Sie daher, das in der Zukunft zu beherzigen. Ich glaube, gerade Sie als einer, der in der Zukunft an bedeutenden Stellen zumindest in Kärnten wirken kann, der kann vielleicht dort eine Sinnesänderung erreichen, wenn er das beherzigt, was notwendig ist. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.) 10.48*

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Nachdem ich mich nunmehr vergewissert habe, daß der

Herr Bundesrat Rumpold für die Koalitionsregierung den beleidigenden Ausdruck „Chaoskoalition“ gebraucht hat, erteile ich Ihn hierfür einen **Ordnungsruf** im Sinne der Geschäftsordnung. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Bundesrat Rumpold: Tatsächliche Berichtigung!)*

Zum zweiten Mal zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Farthofer. Ich erteile ihm dieses. *(Bundesrat Rumpold: Tatsächliche Berichtigung!)* Herr Bundesrat Farthofer ist am Wort!

10.48

Bundesrat Erich **Farthofer** (SPÖ, Niederösterreich): Herr Präsident! Meine Herren Bundesminister! Geschätzte Damen und Herren! Herr Rumpold! Ich darf einmal vorausschicken, daß Ihre braunen Rülpsen, Ihre schokoladefarbenen Rülpsen an Dummheit nicht mehr zu überbieten sind. Denn hätten Sie unsere Redner heute vormittag gehört, würden Sie anders agieren.

Sie sind bis jetzt dreimal aufgefallen: Das erste Mal waren Sie noch gar nicht in diesem Hohen Haus. Da haben Sie sich mokiert über die Bezüge der Bundesratskollegen. *(Bundesrat Rumpold: Das ist viel Geld!)* Ich würde Ihnen empfehlen, Ihre zurückzugeben, weil Sie ohnehin nie da sind.

Das zweite Mal hat Ihnen Herr Kollege Penz eine Lehrstunde gegeben, weil Sie zehn Minuten lang Speisesoja mit Futtersoja verwechselt haben. Das ist ungefähr, als würde man die Kollegin Schmidt mit dem Otto Wanz verwechseln. Das nur zur Ihrer Information. So belesen sind Sie! *(Heiterkeit und Beifall des Bundesrates Rumpold.)*

Das dritte Mal war heute. Daher, Herr Kollege Rumpold, folgendes — und ich erlaube mir das als ein ebenfalls Jüngerer zu sagen, denn so alt bin ich noch nicht, wie ich ausschaue: ich gehöre dieser Generation an —: Es wäre die Aufgabe eines Bundesrates, die Anliegen der Bevölkerung in der Region wahrzunehmen und zu vertreten. Es ist aber nicht Aufgabe eines Bundesrates, Pfeifen zu stopfen, Aktentaschen zu tragen und neben einem Großgrundbesitzer als Altlatus ein Pfortnerdasein zu fristen. *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und ÖVP sowie Beifall des Bundesrates Rumpold.) 10.50*

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? *(Bundesrat Rumpold: Tatsächliche Berichtigung!)* Ich mache darauf aufmerksam, daß es zu einem Ordnungsruf keine tatsächliche Berichtigung gibt. *(Bundesrätin Dr. Karls son: Die Geschäftsordnung kennt er ja auch nicht!)* Aber wenn Sie etwas anderes tatsächlich berichtigen wollen, erteile ich Ihnen das Wort.

Gernot Rumpold

10.51

Bundesrat **Gernot Rumpold** (FPÖ, Kärnten): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Herren Minister! Ich habe das Wort „Chaoskoalition“ nicht für die große Koalition verwendet, obwohl es hier auch zutrifft, sondern für die rot-grüne Scheinkoalition in der Asylantenpolitik. (*Bundesrat Farthofer: Dann war der Ordnungsruf berechtigt!*) 10.52

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wird vom Herrn Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat mit Stimmeneinhelligkeit, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben. (Unruhe und Zwischenrufe bei der SPÖ. — Bundesrat Rumpold: Weil es ein Kas ist!)

2. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990 betreffend ein Protokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz (1181/NR sowie 3831/BR der Beilagen)

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990 betreffend ein Protokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat **Arbeiter**. Ich bitte ihn um den Bericht.

Berichterstatter **Gebhard Arbeiter**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren Bundesminister! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Weniger geehrter Herr Rumpold! Mit dem gegenständlichen Beschluß des Nationalrates soll eine Abänderung des Abkommens zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Österreich über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz durch ein Protokoll herbeigeführt werden.

Das Welturheberrechtsabkommen soll auch auf Werke oder auf Rechte an Werken der Staatsangehörigen des jeweils anderen vertragschließenden Teiles ohne Rücksicht darauf angewendet werden, wann sie getroffen worden und ob sie veröffentlicht worden sind beziehungsweise bejahendenfalls wann.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. März 1990 in

Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990 betreffend ein Protokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz wird kein Einspruch erhoben.

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Liechtenstein. Ich erteile ihm dieses.

10.54

Bundesrat Dr. Vincenz **Liechtenstein** (ÖVP, Steiermark): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Minister! Ich darf mich gleich zu Beginn entschuldigen, meine Stimme ist nicht sehr stark. Ich möchte zum vorliegenden Beschluß auch nur sehr, sehr kurz sprechen.

Ich glaube, wenn wir von Urheberrecht sprechen, dann müssen wir auch sehen, was unter Urheber in anderen Ländern verstanden wird. Wir haben an sich das Problem — das hängt jetzt nicht mit dem Gesetz zusammen —, daß Urheber in Österreich verschiedenste Namen haben. Ich habe auch verschiedenstes Blut. Aber bitte, dieser Nationalismus hat unser Österreich ins Verderben gebracht. Das wollte ich nur anfänglich sagen.

Wenn wir das Protokoll, das im Jahr 1981 geschaffen wurde, und somit das von Österreich unterzeichnete Abkommen über den gegenseitigen urheberrechtlichen Schutz anschauen, dann muß man folgendes sehen: Das bisher auf dem Gebiet des Urheberrechts zwischen Österreich und der UdSSR bestehende Rechtsverhältnis fördert erfreulicherweise eine weitere Entwicklung. Ich hoffe, daß auch in der Sowjetunion — oder vielleicht heißt es bald wieder Rußland; etliche Dinge ändern sich ja dort, und wir hoffen, daß es so weitergeht — eine weitere Entwicklung erfolgt.

Das gegenständliche Protokoll ist konkret dadurch gekennzeichnet, daß das Welturheberrechtsabkommen, WUA, nunmehr auch auf von den jeweiligen Staatsangehörigen geschaffene Werke ohne Rücksicht darauf angewendet werden soll, wann diese hervorgebracht worden sind und ob sie veröffentlicht worden sind beziehungsweise wann. Somit ist also — nicht wie bisher nur in eingeschränktem Umfang — eine zeitlich unbegrenzte zurückwirkende Entflechtung des urheberrechtlichen Schutzes auch für die vor dem

Dr. Vincenz Liechtenstein

Jahre 1973 entstandenen kulturellen, literarischen, wissenschaftlichen Werke gewährleistet.

Für viele österreichischen Schaffende — da habe ich mich erkundigt — ist dies nicht so unbedeutend, weil ja mit dem Urheberrecht vor allem die wirtschaftliche Verwertung des geistigen Eigentums verbunden ist und weiters neben der Sicherung des materiellen Interesses auch der ideelle Interessenbereich eindeutig gewährt bleibt.

In diesem Sinn sind wir von der ÖVP absolut und mit Freude bereit, diesem Abkommen unsere Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Dr. Forregger. Ich erteile es ihm.

10.58

Bundesminister für Justiz Dr. Egmont **Foregger**: Herr Präsident! Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Nur einige Worte, mit dem Ziel, darzutun, daß das Urheberrechtsabkommen mit der UdSSR, das wir seit dem Jahre 1981 haben, und die heute hier vorliegende Ergänzung dazu in Form eines Protokolls nicht lediglich in dem Bestreben entstanden sind, die Zahl internationaler Abkommen möglichst abzurufen und neue, in praxi nicht sehr bedeutsame Verträge zu schließen, sondern daß da schon etwas da hintersteht. Mein Vorredner hat gerade erwähnt, daß es um die Urheberrechte auch österreichischer Produzenten geht. Natürlich betrifft das auch umgekehrt Produzenten aus der UdSSR, deren Werke und Produktionen wir hier zur Kenntnis nehmen können.

Das Übereinkommen und der Umstand, daß im Vorjahr, und zwar vor den großen Umwälzungen in dem, was man vordem den „Ostblock“ genannt hat, ein ergänzendes Protokoll gemacht worden ist, wirft einen interessanten Blick auf die kulturellen Beziehungen, bei denen wir sicher noch am Anfang stehen und wie weit mehr ausgebaut werden können.

Ich glaube, der Austausch von Werken der Kunst und Werken der Wissenschaft ist mit ein Markstein dafür, daß die Beziehungen der Völker und der Staaten untereinander besser, enger werden und dadurch nicht nur der Wohlfahrt der Menschen, sondern auch dem Frieden gedient wird.

Wir haben dieses Protokoll auf Wunsch der Sowjetunion voriges Jahr unterzeichnet, und ich glaube, es war vielleicht bei unseren Vertragspartnern schon irgendwo ein Gedanke daran, daß das im folgenden vermehrte Bedeutung haben wird. Ich möchte auch darauf verweisen, daß ein Artikel dieses Protokolls, und zwar einer, der auf Wunsch der sowjetischen Seite eingefügt worden

ist, vorsieht, daß in regelmäßigen Abständen Konsultationen und Besprechungen stattfinden sollen, die beiden Teilen Gelegenheit geben, festzustellen, inwieweit die Beachtung der Urheberrechte im Verkehr der beiden Staaten und der Künstler und Wissenschaftler aus diesen beiden Staaten floriert oder ob es irgendwelche Schwierigkeiten gibt.

Eine sehr kleine Vorlage, aber sicher nicht ganz unbedeutend. — Ich danke. *(Allgemeiner Beifall.)*
11.00

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht noch jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird vom Herrn Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? — Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat mit Stimmeneinhelligkeit, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

3. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen von COMETT II (1990 — 1994) samt Anhängen (1195 und 1212/NR sowie 3832/BR der Anlagen)

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen von COMETT II (1990 bis 1994) samt Anhängen.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Ing. August Eberhard. Ich bitte ihn um den Bericht.

Berichterstatter Ing. August **Eberhard**: Herr Präsident! Werte Bundesminister! Hoher Bundesrat! Mit dem vorliegenden Staatsvertrag soll eine volle österreichische Teilnahme während der gesamten Laufzeit von COMETT II gewährleistet werden, wobei es österreichischen Hochschulen und österreichischen Unternehmen ermöglicht werden soll, technologische Ausbildungsprojekte in Partnerschaften zwischen Hochschulen und Wirtschaft auf lokaler, regionaler und zwischenstaatlicher Ebene zu verwirklichen. Gerade von der Förderung grenzüberschreitender Ausbildungsprojekte wird eine entscheidende Stimulierung der hochqualifizierten Fachkräfteausbildung

Berichterstatte Ing. August Eberhard

auf dem Gebiet neuer Technologien und die Zunahme des europäischen Technologietransfers und der Mobilität erwartet.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. März 1990 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß den **A n t r a g**, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen von COMETT II (1990 — 1994) samt Anhängen wird kein Einspruch erhoben.

Vizepräsident **Walter Strutzenberger**: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat **Adolf Schachner**. Ich erteile ihm dieses.

11.03

Bundesrat **Adolf Schachner** (SPÖ, Steiermark): Herr Präsident! Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das zur Debatte stehende Abkommen mit der EG namens COMETT II hätte sich, glaube ich, mehr Aufmerksamkeit verdient als die vorhergehenden Rülpsen eines Mitgliedes dieses Hauses, das es ja anscheinend gar nicht sein will.

Es handelt sich hierbei, so glaube ich, um ein Ereignis, dessen Tragweite wir heute noch gar nicht abschätzen können. Es ist dies das erstemal, daß Österreich an einer Einrichtung der EG von Anfang an und als gleichberechtigter Partner teilnimmt, obwohl unser Beitritt zur EG, wie ja allseits bekannt ist, erst in den Kinderschuhen steckt.

Das Hauptmotiv für die Europäische Gemeinschaften war es — so nachzulesen — bei Installation von COMETT I, die Zahl der Hochschulabgänger mit entsprechender Qualifikation für die neuen Spitzentechnologien für den Bedarf der Wirtschaft heranzubilden, da diese, wie die EG damals wörtlich festgestellt hat, nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Dieser Umstand, so meine ich, gilt für Österreich noch in vermehrtem Maße. Der Anteil der akademisch gebildeten Fachleute in Österreich hinkt im internationalen Vergleich bedeutend hinterher. Und wenn nun schon in der EG, in der der Anteil weitaus größer ist, festgestellt wird,

daß die Zahl noch immer zu gering ist, so gilt das, wie ich schon sagte, für uns in vermehrtem Maße.

Ich möchte mich in meiner Stellungnahme nicht allein auf dieses COMETT-II-Programm festlegen, sondern ich möchte darüber hinaus eine Betrachtung anstellen, die unser gesamtes Bildungssystem von der Schule über den Facharbeiterberuf bis zur Hochschule umfaßt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits in der Volksschule haben wir einen Aufholbedarf, insbesondere was die Größe der Klassen anlangt. Es ist heute vom pädagogischen Standpunkt aus unbestritten, daß die Klassenschülerhöchstzahl bei uns noch immer zu hoch ist, obwohl wir diese erst kürzlich von 36 auf 30 gesenkt haben. Wir müssen auch dann, wenn das Geld knapp ist, wenn eben das Erfordernis gegeben ist, das Budget zu sanieren, bevorzugt und vermehrt in unser Bildungssystem — von der Pflichtschule her beginnend — investieren. Nicht nur die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl, sondern auch die gemeinsame Schule der 10- bis 14jährigen müßte uns ein Anliegen sein. Die Lehrinhalte — schon in der Pflichtschule — gehören dauernd durchforstet und den geänderten Verhältnissen in unserer Gesellschaft angepaßt.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, ist die Durchlässigkeit des Systems. An unseren allgemeinbildenden höheren Schulen können wir bei aufmerksamer Beobachtung ohneweiters feststellen, daß die Durchlässigkeit des Systems mangelhaft ist. Es gibt allzu viele Absolventen allgemeinbildender höherer Schulen, die in einer Sackgasse landen, das heißt, mit einer doch relativ hochwertigen Ausbildung keine Verwendung im Berufsleben finden. Sie müssen sich dann, wenn überhaupt vorhanden, auf Colleges begeben, und dort bekommen sie dann in einer zwei- oder zweieinhalbjährigen Zusatzausbildung endlich eine berufliche Ausbildung vermittelt. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Etwas, was mir besonders am Herzen liegt, ist die Frage der Facharbeiterausbildung. Wir haben das duale System der Lehrlingsausbildung, und wir haben uns dafür entschieden, dieses duale System fortzusetzen, was aber nicht bedeuten kann, daß wir das kritiklos tun müssen. Wenn wir sehen, daß in den letzten Jahren die Zahl der Lehrlinge beträchtlich zurückgegangen ist, obwohl den Dienstgebern finanzielle Anreize für die Lehrlingsausbildung gegeben wurden, so muß uns das zu denken geben. Wir können uns nicht darauf beschränken, einfach festzustellen: Na ja, die Geburtenzahlen sind zurückgegangen! Wir müssen uns vielmehr fragen, was können wir tun, das System zu verbessern, um den Jugendlichen einen

Adolf Schachner

Anreiz zu geben, den Beruf eines Facharbeiters zu ergreifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allen politisch Verantwortlichen müßte klar sein, daß die beruflichen Fertigkeiten der Arbeitnehmerinnen — hierauf liegt meine Betonung — und Arbeitnehmer der Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft sind. Eine Wirtschaft ohne Facharbeiter ist schlechthin unmöglich, was nicht zu bedeuten hat, daß höhere Berufsausbildung vernachlässigbar wäre.

Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft wurde von mir soeben angesprochen, und da drängt sich mir eine Meldung der OECD auf, die lautet, daß in Österreichs Wirtschaft der Wettbewerb zu gering ist. — Ja wie soll man denn den Wettbewerb verstärken, wenn die Wettbewerbsfähigkeit nicht vorhanden ist?

Einen großen Anteil an dieser mangelnden Wettbewerbsfähigkeit hat die nicht mehr zeitgemäße Facharbeiterausbildung, die dazu führt, daß das Sozialprestige dieser Berufsgruppe nicht mehr in entsprechendem Maße gewürdigt wird und daher die jungen Menschen den Beruf eines Facharbeiters nicht ergreifen wollen. Es ist doch ein Stehsatz in der Bevölkerung, daß der Vater zu seinem Sohne sagt: Wenn du in der Schule nichts lernst, dann muß du halt arbeiten gehen! — Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß nur derjenige den Facharbeiterberuf ergreifen soll — so diese volkstümliche Meinung —, der nicht in der Lage ist, eine höhere Ausbildung auf schulischem Sektor zu erwerben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Forderung nach Verbesserung der Facharbeiterausbildung schließt sich die Forderung nach Einrichtung von Grund- und Flächenberufen an. Wir haben derzeit einen viel zu hohen Spezialisierungsgrad in der Berufsausbildung: Es gibt 229 Lehrberufe, aber auf der anderen Seite stellen wir fest, daß bei den Mädchen 60 Prozent der Lehrlinge nur drei Berufe ergreifen wollen und bei den Burschen 50 Prozent in acht Berufen ausgebildet werden. Es wäre also höchst an der Zeit, eine Grund- und Flächenberufsausbildung einzuführen.

Die rasche technische Entwicklung macht es zunehmend notwendig, Lehrlingen ein breites Grundwissen und berufsübergreifende Schlüsselqualifikationen zu vermitteln. Nur dann kann künftig den Fachkräften die berufliche Mobilität ermöglicht werden, die die wirtschaftliche Entwicklung ganz einfach notwendig macht und nach der ja die Unternehmen — unter dem Deckmantel eines angeblichen Fachkräftemangels — lautstark rufen. Die weitgehend an den kurzfristigen Bedürfnissen der Betriebe orientierte Erstausbildung ist zunehmend nicht mehr in der Lage, die

Arbeitnehmer auf ihre künftigen Aufgaben in den Bereichen Entwicklung, Planung, Kontrolle und Problemlösung sowie Kooperation vorzubereiten. Die Vermittlung derartiger Fähigkeiten muß — ich betone: muß — im Rahmen der beruflichen Erstausbildung verstärkt werden.

Nun ist es aber leider so, daß wir nicht in allen Firmen, in allen Bereichen die dazu erforderliche Anzahl gut ausgebildeter Auszubildender vorfinden. Es müßte also auch auf diesem Sektor, nämlich der sogenannten Afa, wie die Ausbildung der Auszubildenden kurz bezeichnet wird, zusätzliche Anstrengungen unternommen werden.

Es ist mir schon klar, daß das besonders in den Kleinbetrieben eine besondere Rolle spielt und besondere Erschwernisse bringt. Dort hat der „Chef“ nicht die Zeit, sich ausreichend mit seinen Lehrlingen abzugeben, ganz abgesehen davon, daß sein Wissensstand oft um Jahre nachhinkt. Das heißt also, daß der Lehrherr dem Lehrling einen Wissensstand vermittelt, der vor 20 oder 30 Jahren, als dieser selber seine Ausbildung absolviert hat, en vogue war, und in der Zwischenzeit war er gar nicht mehr in der Lage, aufgrund des Trubels im Tagesgeschäft, sich weiterzubilden.

Ich kann ein besonderes Lied davon aus dem Baunebengewerbe singen, bin ich doch in einer Wohnbauvereinigung tätig. Ich weiß, welche Schwierigkeiten wir oft damit haben, daß neue Technologien, neue Baustoffe angewendet werden, über deren Verarbeitungsvorschriften bei den Firmen Unklarheit herrscht beziehungsweise niemand die Zeit hat und niemand sich die Zeit nimmt, diese Verarbeitungsvorschriften zu studieren. Dann kommt also das große Malheur, denn, wie alle wissen: Beim Bau gibt es eine 3jährige Haftzeit, wo — vom Verschulden unabhängig — Gewährleistung gegeben werden muß. Das bringt verschiedene Firmen dann in große finanzielle Schwierigkeiten, sodaß sogar der Bestand der Firmen unter Umständen in Frage gestellt ist.

Man muß, wenn dieser Weg nicht möglich ist, einen anderen Weg suchen. Das heißt also: Wir müssen uns mit den Berufsschulen und den dort vermittelten Lehrinhalten vermehrt auseinandersetzen. Warum es nicht möglich ist, die Berufsschulausbildung auf eineinhalb oder zwei Berufsschultage pro Woche auszudehnen, das ist mir nicht ganz erklärlich. Ich höre immer aus der Wirtschaft, die Lehrlinge stellen eine finanzielle Belastung dar, sie bringen dem Betrieb nichts. — In der Zeit, die er zusätzlich in der Berufsschule verbringt, kann er wenigstens nichts anstellen, würde ich diesen Herrschaften antworten wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zurückkommend zur Hochschulausbildung. Immer wieder — „immer wieder“ ist vielleicht der fal-

Adolf Schachner

sche Ausdruck, ab und zu — hört man, daß der Zugang zu den Hochschulen in Österreich zu leicht gemacht wird, das heißt, es kommen sehr viele junge Menschen an die Hochschule, die dafür eigentlich nicht reif sind, die dafür auch gar nicht das nötige Lernvermögen aufweisen. Es wird dann als Beweis immer wieder die hohe Drop-out-Rate herangezogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die hohe Drop-out-Rate kann man dafür keinesfalls als Beweis heranziehen, sondern man müßte sie dafür heranziehen, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Ausbildung an den Hochschulen verbessern kann.

Ich bin so frei und frech und sage, daß an unseren Hochschulen heute Fachleute erzogen werden, die aber wenig oder oft gar keine Lehrinhalte vermittelt bekommen, die sie dazu befähigen, unser gesellschaftliches Leben in positivem Sinne zu beeinflussen. Es wird viel zu wenig interdisziplinär gearbeitet, und es wird viel zu wenig Allgemeinbildung vermittelt, die dann soziale Verantwortung hervorrufen, indizieren würde.

Insgesamt glaube ich, daß das, was wir heute hier beschließen, für uns von großer Bedeutung ist, ist das doch der Beginn einer Bewegung, die Österreich internationaler macht, die der österreichischen Wirtschaft und unserem gesamten Bildungssystem dazu die Anpassung an europäische Maßstäbe ermöglicht.

In diesem Sinne darf ich erklären, daß die sozialistische Fraktion der vorliegenden Vorlage gerne die Zustimmung erteilt. (*Allgemeiner Beifall.*) 11.19

Präsident: Zum Wort gemeldet ist weiters Herr Bundesrat Ing. Georg Ludescher. Ich erteile ihm dieses.

11.19

Bundesrat Ing. Georg **Ludescher** (ÖVP, Vorarlberg): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen von COMETT II wird Österreich in die Lage versetzt, an technologischen Entwicklungsprogrammen als Partnerland voll teilzunehmen. Wie Kollege Schachner vorher schon mitgeteilt hat, ist es ein ganz besonders zu erwähnendes Faktum, daß Österreich einmal voll an einer solchen Organisation im Bereich der Europäischen Gemeinschaften teilnehmen kann.

In der umfangreichen Regierungsvorlage ist der weite Rahmen für den Wirkungsbereich für das COMETT-II-Programm beschrieben. Es zeigt

sich beim Studium dieses für Österreich sehr bedeutenden Programmes, daß die Einbindung Österreichs in die Europäische Gemeinschaft eine unabdingbare Voraussetzung für die zukünftigen Erfolge der österreichischen Wissenschaft und Wirtschaft ist.

Es ist dringend erforderlich, daß wir in Österreich alle sich stellenden Integrationsthemen laufend und sofort ernsthaft prüfen und Aktionen setzen.

Mit dem vorliegenden COMETT-II-Abkommen sind wir bereits unter Zeitdruck. Dieses COMETT-II-Programm wurde vom Rat der Europäischen Gemeinschaften bereits am 16. Dezember 1988 als Weiterführung des erfolgreichen COMETT-I-Programmes beschlossen. Die späte Teilnahme der EFTA-Staaten an COMETT — die Verhandlungen der EFTA mit den Europäischen Gemeinschaften wurden im November 1989 abgeschlossen — hat Österreich unter großen Zeitdruck gebracht und Wettbewerbsnachteile gegenüber EG-Staaten verursacht. Die EG-Staaten konnten bereits im Programm COMETT I von 1986 bis 1989 wesentliche Vorbereitungsarbeit leisten. (*Vizepräsident Dr. Schambeck übernimmt den Vorsitz.*)

Das COMETT-II-Programm wurde am 1. Jänner 1990 gestartet und läuft bis 1994. Wenn Österreich im laufenden Jahr an diesen wichtigen Aus- und Weiterbildungsprogrammen sowie an Entwicklung und Ausbau der Ausbildungspartnerschaften Hochschule und Wirtschaft teilnehmen will, muß dieses Abkommen spätestens am 31. März bei den Europäischen Gemeinschaften eingereicht sein. Die volle Teilnahme Österreichs an den für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft und Wissenschaft sehr wichtigen Programmen kann somit Anfang April erfolgen. Österreich kann dann auch Vertreter in den gemeinsamen Ausschuß entsenden und in diesem gemeinsamen Ausschuß mitbestimmen. Auch bei der Kostenbeteiligung zu diesem COMETT-II-Programm ist Österreich proportional zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt mit den EG-Staaten gleichgestellt.

Mit diesem COMETT-II-Programm hat Österreich über die volle Teilnahme an bedeutenden Forschungs- und Einrichtungsprogrammen hinaus auch Zugriff auf die in diesem Zusammenhang zu schaffende Datenbank als europäische Datenbank.

Forschung und Entwicklung, Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft über unsere Grenzen hinaus stellt sich im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert geradezu als Überlebensfrage. Nur mit modernsten Techniken können wir die ökologische Zukunft unserer Lebensräume si-

Ing. Georg Ludescher

cherstellen, begangene Fehler korrigieren und unseren Lebensstandard sichern.

Wir begrüßen daher den Abschluß dieses Abkommens und werden gerne unsere Zustimmung erteilen. (*Allgemeiner Beifall.*) 11.24

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Zum Wort gemeldet ist weiters Frau Bundesrat Anna Elisabeth Haselbach.

11.24

Bundesrätin Anna Elisabeth **Haselbach** (SPÖ, Wien): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Verehrte Damen und Herren! Mit wirklicher Freude habe ich mich heute zum Beschluß des Nationalrates betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung zu Wort gemeldet.

Etlliche Male schon habe ich von dieser Stelle aus eine stärkere Internationalisierung unserer Universitäten und Hochschulen gefordert, und schon oft habe ich davon gesprochen, daß unserer Jugend jede erdenkliche Gelegenheit zur Horizonterweiterung gegeben werden muß. Die Teilnahme an COMETT II ist ein gewaltiger Schritt in diese Richtung.

Ein bildungspolitisches Ziel im Rahmen des COMETT-Programmes erfüllt mich mit besonderer Genugtuung, nämlich daß es dazu beitragen soll, daß Hochschulabsolventen, die in die freie Wirtschaft gehen, nicht nur über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügen sollen, sondern auch die Fähigkeit entwickeln sollen, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auswirkungen des technologischen Wandels hinreichend einschätzen zu können.

Ich stelle das deshalb an den Beginn meiner Ausführungen, weil ich glaube: Wenn junge Menschen früh erkennen, welch ungeheure gesellschaftsverändernde Prozesse durch die Einführung neuer Technologien entstehen können, um so verantwortungsvoller werden sie dann handeln. Wir können, glaube ich, wirklich hoffen, daß diese jungen Menschen, die die Chance haben werden, im Rahmen von COMETT zu arbeiten, erkennen, daß die Humanisierung der Arbeitswelt nicht etwas in den Köpfen von Romantikern ist, sondern notwendig ist und dem Wohle aller dient.

Erlauben Sie mir eine ganz kleine Randbemerkung. Viele werden schon eine Fließbandarbeiterin gesehen haben, die im Akkord eine völlig sinnentleerte Tätigkeit verrichtet. Wenn man da zuschaut, schnürt es einem wirklich den Hals zu, und man soll nicht sagen, daß es das ist, was die Menschen wollen. Die Menschen wollen arbeiten, aber sie wollen vor allen Dingen eine Arbeit ver-

richten, die sie auch mit Herz und Hirn bewältigen können.

Es wird daher niemand bestreiten, daß neue Technologien, richtig eingesetzt, dem Wohl der Menschen dienen müssen. Sie dürfen auf gar keinen Fall zu einer Dequalifizierung von Arbeit führen, sondern sie müssen uns eine neue Qualität von Arbeit bringen.

Ich glaube daher, daß — neben vielen anderen Vorteilen von COMETT — die finanziellen Mittel, die vorerst österreichischerseits eingesetzt werden, gut verwendetes Geld sind.

Meine Damen und Herren! Die langfristig bedeutsamen Ziele von COMETT II werden dazu beitragen, daß wir eine Verbesserung der Qualifikation der Arbeitnehmer erreichen werden. Es wird der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auch in weniger entwickelten Regionen belebt werden. Die Rekrutierung hochqualifizierten Personals durch die Unternehmen wird erleichtert. Der Personalaustausch zwischen beiden Bereichen, nämlich Wissenschaft und Wirtschaft, wird zu einer Verstärkung der Praxisorientierung der akademischen Lehre führen. Der europäische Wettbewerb der Hochschulen wird dazu führen, daß die eingereichten Projekte höchste Qualität aufweisen, da nur solche Projekte Chancen auf Förderung haben. Es wird auch zu einem Aufbau europäischer Netze der Technologie-Aus- und Weiterbildung kommen, und zwar mit dem positiven Effekt, daß wir eine Vernetzung österreichischer Unternehmen mit solchen der EG erreichen oder sich neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln, die über reine Ausbildungsvorhaben hinausgehen. Punktuelle Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft wird sich zu langfristiger und besser strukturierter Zusammenarbeit hin ausweiten.

Aus dieser Aufzählung ist klar ersichtlich, daß COMETT nicht nur von eminenter bildungspolitischer, sondern auch von wirtschaftlicher Bedeutung ist. Es ist daher sicher an dieser Stelle angebracht, sich über die Forschungsfinanzierung einige Gedanken zu machen.

Eine Diskussion über die Proportionen der aufzubringenden Mittel ist dringend erforderlich. Die Forschungstatistiken der OECD zeigen uns sehr deutlich, daß in fast allen hochentwickelten Staaten die Ausgaben des Unternehmenssektors zur Durchführung von Forschung und Entwicklung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, wesentlich höher liegen als bei uns.

Sie erlauben mir die Vergleiche unter den neutralen Staaten: In Österreich liegen diese Beiträge unter 1 Prozent, in Schweden bei fast 2 Prozent, in der Schweiz über 2 Prozent.

Anna Elisabeth Haselbach

Wir müssen uns darüber im klaren sein: Wenn wir im Forschungsbereich leistungsfähig bleiben wollen, dann werden die Zuwachsraten für die Ausgaben im Bereich der Forschung weit über dem Wirtschaftswachstum liegen müssen. Über das Budget allein wird das unmöglich sein. Daher ist der Unternehmenssektor dringend aufgerufen, dem Beispiel anderer hochentwickelter Industriestaaten zu folgen und seinen Anteil an den zur Erreichung des OECD-Durchschnitts notwendigen Mitteln beizutragen.

Meine Damen und Herren! Nun zurück zur eigentlichen österreichischen Forschungslandschaft, die gekennzeichnet ist von einer Vielzahl kleiner Forschungseinheiten. Diese Fragmentierung muß rasch abgebaut werden, denn die Beschränktheit der Ressourcen in einem relativ kleinen Staat wie Österreich erlaubt es einfach nicht, an vielen Universitäten sämtliche Forschungsreiche gleich stark auszubauen.

Kooperation ist daher das Gebot der Stunde, und sie liegt schon deshalb nahe, weil in der europäischen Zusammenarbeit eine Bündelung von Qualität und institutioneller Infrastruktur nicht zu umgehen ist.

Es ist klar ersichtlich, daß Österreich vor großen Herausforderungen steht, weil sich durch die rasche weltweite Entwicklung der Forschung im Bereich der technologisch nutzbaren Disziplinen ein Forschungsmarkt gebildet hat, in dem es dabeizusein gilt. Die Teilnahme an COMETT II kann dazu beitragen, den zuvor beschriebenen Problemfeldern besser begegnen zu können.

Meine Damen und Herren! Die Idee, die hinter COMETT steht, ist äußerst wichtig, denn der Wissenstransfer von der Wirtschaft zu den Hochschulen und umgekehrt und zusätzlich noch grenzüberschreitend ist essentiell für die Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß der zu erwartende Bedarf an Nachwuchskräften für die neuen Spitzentechnologien bei weitem die Zahl der Hochschulabsolventen übersteigt — und das nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Nur große Investitionen in die Humanressourcen aller Europäer gemeinsam werden es ermöglichen, dieses Problem zu bewältigen, um gegenüber den Hauptkonkurrenten USA und Japan aufholen zu können.

Allen am Zustandekommen des Abkommens betreffend COMETT Beteiligten ist von dieser Stelle aus aufrichtig zu danken, denn die Zeit, die für den Vertragsabschluß zur Verfügung stand, ebenso wie die Frist zur Einreichung respektabler Projekte war äußerst knapp.

Die Verwaltung muß sehr oft Kritik einstecken. Es wird ihr vorgeworfen, sie sei zu schwerfällig. Dabei, meine Damen und Herren, hat die Verwaltung das Gegenteil bewiesen — und dafür gebührt öffentliches Lob.

Auch die Universitäten haben rasch gehandelt, und als Wienerin freut es mich besonders, daß bereits im Februar an der Wirtschaftsuniversität beschlossen wurde „Danube“ zu gründen. „Danube“ wird in Hinkunft nicht nur für die schöne blaue Donau stehen, sondern vor allen Dingen auch für den Technologiestrom durch Europa.

„Danube“ wird von österreichischen Unternehmen, deren Interessensvertretungen, Innovationszentren, dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, der Technischen Universität Wien, der Universität für Bodenkultur und der Wirtschaftsuniversität getragen. Alle haben dazu beigetragen, daß bis zum 28. Februar bei der EG-Kommission in Brüssel erfolgversprechende Projekte eingereicht werden konnten.

Darüber hinaus verhandelt die Wirtschaftsuniversität mit den besten Wirtschaftsuniversitäten der Bundesrepublik Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Großbritanniens und Spaniens, um Praktikumsplätze zu organisieren. Während die Wirtschaftsuniversität versucht, in österreichischen Unternehmen Praktika zu organisieren, bekommen österreichische Studenten im gleichen Maß die Chance, sich im Ausland weiterzubilden. Es handelt sich hierbei um Projekte für den Programmteil B, der Praktika in der Dauer von drei bis zwölf Monaten umfaßt. Sicherlich werden aber bald Projekte für die anderen Programmteile von COMETT vorgelegt werden.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns aber auch darüber im klaren sein: Wenn wir eine effiziente Mitwirkung an COMETT sichern wollen, dann wird es einer laufenden Betreuung dieses Programmes bedürfen, und vor allem muß es eine kontinuierliche Information potentieller Antragsteller geben. So wie es im EG-Raum COMETT-Infocenters gibt, muß eine innerösterreichische Informationsstelle eingerichtet werden, die sich vorrangig mit der Durchführung von EG-Programmen beschäftigt und daher noch rascher als die vorhin gelobte Bürokratie der Zentralverwaltung arbeiten kann.

Der österreichische Beitrag zu COMETT beträgt 76 Millionen Schilling. Der Rückfluß eines Teiles der eingezahlten Beträge wird durch Qualität erarbeitet werden müssen. Aus der Erkenntnis heraus, daß eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Universitäten und Unternehmen im internationalen Bereich eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, werden Österreichs Projekte sicher die erforderliche Qualität aufweisen.

Anna Elisabeth Haselbach

Viele Unternehmen, insbesondere Klein- und Mittelbetriebe, werden besseren Zugang zu Fachkenntnissen haben. Das führt nicht nur zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern sichert auch Arbeitsplätze.

Daher begrüßen wir die Chancen, die durch das Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geboten werden, und wir werden deshalb dem Antrag, keinen Einspruch zu erheben, gerne unsere Zustimmung geben. (*Allgemeiner Beifall.*) 11.38

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Erich Holzinger. Ich erteile es ihm.

11.38

Bundesrat Erich **Holzinger** (ÖVP, Oberösterreich): Herr Präsident! Herr Minister! Meine geehrten Damen und Herren! Meine Wortmeldung wurde veranlaßt durch die Ausführungen der Frau Kollegin Haselbach und des Herrn Kollegen Schachner.

Frau Kollegin Haselbach! Vollinhaltlich stimme ich dem zu, was Sie gesagt haben, nur, bitte, folgendes möchte ich bemerken: Sie sagten, der Anteil an der Forschung seitens der Industrie ist international gesehen zu gering. D'accord, da bin ich ganz Ihrer Meinung, nur: Wissen Sie, wir müssen dann auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Industrie das kann, denn man kann unserer Industrie nicht unterstellen, daß Sie das nicht will.

Ich glaube daher, daß man gerade jetzt, wenn der zweite Teil der Steuerreform angegangen wird, darauf Rücksicht nehmen sollte, daß die Betriebe die Möglichkeit haben, zum Beispiel durch eine günstigere Besteuerung der nichtentnommenen Gewinne — ausdrücklich: der nichtentnommenen Gewinne — eine entsprechende Modernisierung durchzuführen. Dazu ist zu sagen, daß man bei der österreichischen Industrie in den letzten Jahren einen sehr starken Zuwachs an Investitionstätigkeit feststellen kann und daß damit auch die Voraussetzungen dafür geschaffen wären, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und in der Folge natürlich auch die Ertragsfähigkeit und damit auch die Möglichkeit einer erweiterten Teilnahme an betrieblicher Forschung.

Ich hatte heute Gelegenheit, mit einem Chemiker der Chemie Linz im Zug gemeinsam nach Wien zu fahren, und er sagte — interessant, denn Chemie Linz ist ja kein kleines Unternehmen, österreichweit gesehen —: Ein so kleines Unternehmen, wie wir es sind, die Chemie Linz, hat allergrößte Schwierigkeiten, die Entwicklungen, die Forschungen voranzutreiben, weil wir das, was wir zuerst hineinstecken, dann nicht mehr herausbekommen können.

Die Kosten-Nutzen-Rechnung ist da aber anzuwenden, und deshalb sollte man eben gerade in der Richtung trachten, die Möglichkeiten zu schaffen, daß die Industrie das tun kann. Sie können versichert sein: Aus dem Selbsterhaltungstrieb heraus, aus dem Streben, Leistung zu erbringen, aus dem Streben, im Wettbewerb bestehen zu können, wird die Industrie dieses Angebot sehr rasch annehmen.

Herr Kollege Schachner, Sie haben kritisiert, daß die Berufsschulausbildung zu kurz ist, und haben gesagt, daß Sie nicht verstehen können, wie man sich gegen zwei oder noch mehr Tage in der Woche wehrt. Sie haben auch kritisiert, daß die Meister veraltet sind und gar nicht die Möglichkeit haben, den Lehrlingen das nötige Wissen beizubringen.

Das ist eine Unterstellung, denn da müßte ich gleichermaßen sagen — bei der Schnellebigkeit unserer Zeit, was Technologie anbelangt —, daß ein Facharbeiter, der fünf Jahre oder zehn Jahre nach der Auslehre ist, in Pension geschickt werden müßte, weil er nicht mehr in der Lage ist, seine Arbeit zu machen. (*Bundesrat Schachner: Herr Kollege Holzinger, ein Einwurf: Nicht in Pension schicken, sondern weiterbilden!*) Ja, das wollte ich gerade sagen. Und Sie dürfen nicht glauben, daß sich die Meister nicht weiterbilden, denn da gehen Sie einmal zum WIFI nach Linz und schauen Sie sich einmal das an, was sich abends dort abspielt. Wenn sie also zum WIFI und wenn Sie zum BFI gehen und schauen, wie viele Leute sich dort weiterbilden, dann werden Sie sehen, daß der Österreicher sehr wohl bereit ist, sich weiterzubilden. Aber Sie dürfen den Meister da nicht ausschließen, denn wenn sich der nicht weiterbildet, dann hat er sein Unternehmen die längste Zeit gehabt und geführt.

Und was die Berufsschulausbildung anbelangt, bin ich der Meinung, daß man sich einmal sehr eingehend mit den Lehrplänen befassen müßte. Auch da sollte man ständig daran arbeiten, daß man die Lehrpläne den jeweiligen Erfordernissen anpaßt, ehe man einfach generell von einer Verlängerung der Lehrzeit spricht.

Ich gebe Ihnen aber recht, daß es Bereiche gibt, wo heute sicherlich aufgrund der neuen Technologien eine umfangreichere theoretische Ausbildung notwendig ist. Dem wird aber in der Regel dadurch Rechnung getragen, daß in den Lehrplänen, die die Betriebe bekommen, wenn Sie einen Lehrling einstellen, vorgesehen ist, daß die Lehrlinge zur Erlangung jenes Wissens, das ihnen im Betrieb mangels entsprechender Ausstattung nicht vermittelt werden kann, zwingend einen entsprechenden Zeitraum zu Kursen in Einrichtungen wie WIFI oder BFI oder sonstwo gehen müssen, um dort das, was sie im Betrieb nicht lernen können, noch zu ergänzen und dazuzuler-

Erich Holzinger

nen. (*Bundesrat Schachner: Warum nicht in den Berufsschulen?*) Weil es ja Betriebe gibt, wo er das im Betrieb sowieso lernen kann, und dann muß der generell auch länger in die Schule gehen, der das im Betrieb sowieso schon gelernt hat.

Ich war in der Bundesrepublik Deutschland und habe mir dort die Ausbildungssysteme angeschaut: Die machen das dort genauso. Jene Leute, die im Betrieb jeweils in einem ganz bestimmten Bereich nicht die Möglichkeit der Ausbildung haben, können eine überbetriebliche Weiterbildung in Form von Kursen, von mehrwöchigen Kursen machen.

Sie dürfen nicht vergessen, daß alles so schnell geht. Wenn Sie sich heute die CNC-gesteuerten Maschinen einerseits oder bei den technischen Zeichnern die CAD-Systeme anschauen, so werden Sie sehen, es ist richtig und verständlich, wenn gefordert wird, daß man danach trachten muß, daß der Lehrling, wenn er das im Betrieb nicht kann, eben anderswo diese Kenntnisse erwerben kann.

Und letztendlich: So schlecht kann die Ausbildung bei uns nicht sein. Bei den Ergebnissen der internationalen Berufswettbewerbe liegt Österreich weit über allen anderen Ländern dieser Welt, bei allen Industriestaaten an der Spitze. Das sind Erfolge, die unsere Lehrlinge bei diesen Wettbewerben verzeichnen können. Das spricht doch für eine gute Ausbildung durch unser duales Ausbildungssystem. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

11.44

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Dr. Busek. Ich erteile es ihm.

11.44

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Erhard **Busek**: Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst einmal möchte ich mich sehr herzlich für die anerkennenden Worte bedanken, die hier für die Verwaltung, aber auch für die Universitäten und die sonstigen Beteiligten an der Durchführung von COMETT II ausgesprochen wurden. Ich werde das gerne in geeigneter Form weitergeben.

In der Tat waren die Fristen für die Bewerbung sehr kurz, nur glaube ich, daß das nicht die Ausnahme ist, sondern in Hinkunft die Regel sein wird.

Vom 8. Dezember bis zum 28. Februar erstreckte sich jener Zeitraum, in dem entsprechende Projekte eingereicht wurden. Wir können mit Freude feststellen, daß es 31 Projekte sind, bei denen eine beachtliche Vorarbeit erbracht wurde, etwa die im Bereich A der regionalen Zusammenarbeit, die ja nicht so ohne weiteres durchgeführt werden konnten. Hier muß besonders vermerkt

werden, daß sich Interessenvertretungen, wie etwa die Handelskammerorganisation, sehr in den Dienst der Sache gestellt haben.

Ich möchte ferner hier meine Meinung zum Ausdruck bringen, daß die EG-Programme für Österreich alternativlos sind. Wenn wir nicht in der Lage sind, rechtzeitig daran teilzunehmen, werden wir keine Chance haben — weder im universitären noch im wirtschaftlichen Bereich —, am Wettbewerb teilhaben zu können.

Ich möchte rechtzeitig darauf aufmerksam machen, daß die Realisierung dieser Programme eine entsprechende finanzielle Dotation verlangt. Um Ihnen zwei Zahlen zu nennen: Für das Jahr 1989 hat jener Teil der EG-Programme, der aus dem Budget zu finanzieren war, etwa 85 Millionen Schilling ausgemacht. Wären wir Vollmitglied, würde dieser Betrag 350 Millionen Schilling ausmachen.

Dies ist meiner Meinung nach unverzichtbar, da allein durch den Zwang einzuzahlen und dafür zu sorgen, daß ein entsprechender Rückfluß existiert, auch mehr Druck entsteht, entsprechende Projekte zu entwickeln und Qualität und Wettbewerbsfähigkeit im universitären Bereich, aber auch im Bereich der Wirtschaft sicherzustellen.

Von den genannten Punkten, die in der Diskussion hier behandelt wurden, möchte ich zwei aufgreifen.

Der eine ist, daß wir im Ministerium daran arbeiten, eine geeignete Stelle zu finden, die diese Programme weiter betreut. Die Vorstellung ist, daß es vom Ministerium ausgelagert ist, um den direkten Kontakt zu erleichtern.

Wir haben mit dem EUREKA-Sekretariat ausgezeichnete Erfahrungen gemacht, es hat unbürokratisch und sehr mobil die EUREKA-Projekte, die sich immerhin bei etwa 1,1 Milliarden Schilling bewegen, betreut, ähnliches wollen wir nun für die EG-Programme machen. Diesbezügliche Vorstellungen sind in Entwicklung.

Ebenso sind wir mit den Universitäten in Gespräche eingetreten, um in der Universität selbst dezentral Anlaufstellen zu schaffen, die das hohe Informationsbedürfnis, das EG-Programme haben, befriedigen können. Wir kommen da sicher in eine neue Qualität universitärer Institutionen, die geeignet sein müssen, im europäischen Kontext selbst tätig zu sein.

Ich möchte auch noch auf die Frage der Erreichung eines entsprechenden Prozentsatzes von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt eingehen. In der Regierungserklärung dieser Bundesregierung ist ein Prozentsatz von 1,5 Prozent angepeilt. Wir werden aller Voraussicht nach 1990 zumindest in die Gegend von

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Erhard Busek

1,4 Prozent kommen. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß das erfreuliche Wirtschaftswachstum beim Prozentrechnen Nachteile mit sich bringt. Wir würden die 1,5 Prozent überschritten haben, wenn das Wirtschaftswachstum nicht so gut gewesen wäre. Es kann sich keine Bundesregierung und kein Beteiligter wünschen, daß dem nicht so ist.

Ich glaube aber, daß die Diskussion eigentlich nicht sehr aktuell ist, denn vergleichbare Staaten wie Belgien, die Niederlande und Finnland gehen auf die 3-Prozent-Marke zu. Der OECD-Schnitt liegt bei 2,3 Prozent. Damit ist die Aufgabenstellung gekennzeichnet.

Richtig ist, daß etwa im Vergleich mit der Schweiz der Anteil an entsprechenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf der Wirtschaftsseite deutlich geringer ist. Wenn Sie aber den Vergleich mit anderen Ländern nehmen, so ist diese Zahl auch relativ leicht erklärbar. Sie kommt daher, daß die Struktur der österreichischen Wirtschaft klein- und mittelbetrieblich geprägt ist und das, was wir in Österreich als großes Unternehmen bezeichnen, im europäischen und internationalen Zusammenhang auch nicht groß ist, sondern eigentlich im Bereich der Kleinindustrie selbst figuriert.

Forschung und Entwicklung ist aber heute sehr aufgabenintensiv, sodaß natürlich zuzustimmen ist, daß eine Stärkung der Eigenkapitalbasis eine der Voraussetzungen ist.

Eine andere Voraussetzung ist aber — und wir haben mit einer entsprechenden Verabschiedung von Richtlinien, die der österreichische Forschungsrat dem Rat für Wissenschaft und Forschung vorgeschlagen hat, unseren Beitrag dazu geleistet —, daß wir Kooperation erreichen müssen, Kooperation zwischen Universitätsinstituten.

Hier muß zum Diskussionsbeitrag von Frau Bundesrätin Haselbach gesagt werden: Die Sehnsucht, allein zu bleiben, ist leider auch eine universitäre Sehnsucht. Die UOG-Strukturen tragen dazu bei, daß wir fast täglich von Anträgen eingeholt werden, welches ohnehin schon sehr kleine Institut noch geteilt werden soll, sodaß eigentlich die kritische Masse hier nicht höher, sondern geringer wird, oder von Fragen, was in ein Forschungsinstitut ausgelagert werden soll. Die Frage der Kooperation innerhalb der Universität und zwischen Universitäten spielt eine genauso entscheidende Rolle wie die notwendige Kooperation zwischen den Unternehmen.

Wir werden versuchen, mit den Richtlinien einen entsprechenden — und dies sage ich ganz offen — Druck auszuüben, denn nur so sind wir in der Lage, überhaupt entsprechende Qualität zu haben.

Ich möchte hier aber auch gleich hinzufügen, daß wir aller Voraussicht nach in wichtigen Bereichen zu den europäischen Programmen nationale Entwicklungsprogramme brauchen werden, um jenen Standard zu erreichen, um mittun zu können. Das ist meines Erachtens die eigentliche Funktion des ITF, der zurzeit für andere Sachen eingesetzt wird, die problematisch sind wie zum Beispiel das KVA-Verfahren, oder die grundsätzlich kritisch zu sehen sind wie die Aufwendung der Mittel für die ESA. Ich glaube, daß das nicht die Funktion des ITF selbst sein kann, und Sie können sicher sein, daß mein Bestreben dahin geht, im Bundesvoranschlag 1991 Vorsorge dafür zu treffen, daß die Urfunktion des ITF im Zusammenhang mit dieser Problemstellung entsprechend verfolgt werden kann.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß nach meinem Besuch in Brüssel bei Vizepräsident Pandolfi in Konkretisierung seiner früheren Zusage der gemischte Forschungsausschuß zwischen EG und Österreich am 6. März bereits erfreuliche Schritte dahingehend setzen konnte, daß wir beim dritten Rahmenprogramm einem EG-Mitglied gleichgestellt sind. Das ist deshalb sehr wichtig, weil wir auf diese Weise nicht ständig im Vorzimmer zu warten haben, sondern an den Entwicklungen teilnehmen können. Ich halte das prinzipiell für die Universitätslandschaft, für die Forschungslandschaft und auch für den Bereich der Wirtschaft und deren europäische und internationale Konkurrenzfähigkeit von entscheidender Bedeutung. (*Allgemeiner Beifall.*) 11.52

Vizepräsident Dr. Herbert Schambeck: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird vom Herrn Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? — Das ist ebenfalls nicht gegeben.

Wir gelangen daher zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat mit Stimmeneinhelligkeit, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

4. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990 betreffend ein Zweites Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der

Vizepräsident Dr. Herbert Schambeck**Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft (1175/NR sowie 3833/BR der Beilagen)**

Vizepräsident Dr. Herbert Schambeck: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Zweites Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits im Anschluß an den Beitritt des Königreiches Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft.

Die Berichterstattung hat Herr Bundesrat Erich Holzinger übernommen. Ich ersuche den Herrn Bundesrat Holzinger um den Bericht.

Berichterstatte Erich Holzinger: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Spanien machte bei seinem Vorbringen das intern in der Gemeinschaft sowie in den Beziehungen EG-EFTA-Staaten schon seit längerem diskutierte Prinzip der „Kohäsion“, das heißt des wünschenswerten Zieles einer möglichst gleichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in allen Staaten des europäischen Wirtschaftsraumes, geltend. Spanien verwies weiters auf einseitige, konjunkturpolitisch bedingte Zollsenkungen gegenüber der Gemeinschaft, die es an die EFTA-Staaten weitergegeben hat.

Mit dem vorliegenden Staatsvertrag sollen nun zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits im Anschluß an den Beitritt des Königreiches Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft die Importzölle (im wesentlichen für Industrieprodukte) gegenüber Spanien generell beseitigt werden.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. März 1990 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990 betreffend ein Zweites Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits im Anschluß an den Beitritt des Königreiches Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft wird kein Einspruch erhoben.

Vizepräsident Dr. Herbert Schambeck: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir gelangen daher zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat mit Stimmeneinhelligkeit, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

5. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990 betreffend ein Zweites Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreiches Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft (1176/NR sowie 3834/BR der Beilagen)

6. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990 betreffend ein Drittes Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreiches Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft (1177/NR sowie 3835/BR der Beilagen)

Vizepräsident Dr. Herbert Schambeck: Wir gelangen nun zu den Punkten 5 und 6 der Tagesordnung, über die die Debatte unter einem abgeführt wird.

Es sind dies: ein Zweites und ein Drittes Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreiches Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft.

Die Berichterstattung über die Punkte 5 und 6 hat Herr Bundesrat Dkfm. Dr. Helmut Frauscher übernommen. Ich bitte ihn um die Berichte.

Bevor er das Wort nimmt, darf ich den Herrn Bundesminister sehr herzlich in unserer Mitte begrüßen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Berichterstatte Dkfm. Dr. Helmut Frauscher: Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gemeinschaft hat in Durchführung einer einschlägigen Bestimmung der EG-Beitrittsakte aus Anlaß der Beitritte Spaniens und Portugals am 28. März 1988 beschlossen, den Zollabbau gegenüber Spanien in der Weise zu beschleunigen, daß Importzölle von bis zu 2 Prozent suspendiert wurden. In der Folge ist Spanien beziehungsweise auch die Gemeinschaft an Österreich sowie die anderen EFTA-Staaten herangetreten, eine analoge Maßnahme zugunsten Spaniens in Anerkennung der beson-

Berichterstatte Dkfm. Dr. Helmut Frauscher

deren Situation dieses Landes und seiner positiven Haltung auch gegenüber den EFTA-Staaten zu treffen.

Mit dem gegenständlichen Staatsvertrag sollen nun zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft die Importzölle (im wesentlichen für Industrieprodukte) gegenüber Spanien generell beseitigt werden.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. März 1990 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990 betreffend ein Zweites Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft wird kein Einspruch erhoben.

Ich berichte weiters über den Beschluß des Nationalrates betreffend ein Drittes Zusatzprotokoll zu diesem Abkommen.

Spanien machte bei seinem Vorbringen das intern in der Gemeinschaft sowie in den Beziehungen EG-EFTA-Staaten schon seit längerem diskutierte Prinzip der „Kohäsion“, das heißt des wünschenswerten Zieles einer möglichst gleichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in allen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes, geltend. Spanien verwies weiters auf einseitige, konjunkturpolitisch bedingte Zollsenkungen gegenüber der Gemeinschaft, die es an die EFTA-Staaten weitergegeben hat.

Mit dem vorliegenden Staatsvertrag sollen nun zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft die Importzölle (im wesentlichen für Industrieprodukte) gegenüber Spanien generell beseitigt werden.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. März 1990 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 15. März 1990 betreffend ein Drittes Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Gemeinschaft wird kein Einspruch erhoben.

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Wir gehen in die Debatte ein, die über die zusammengezogenen Punkte unter einem abgeführt wird.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Vincenz Liechtenstein. Ich erteile ihm dieses.

11.59

Bundesrat Dr. Vincenz **Liechtenstein** (ÖVP, Steiermark): Herr Präsident! Herr Minister! Ich möchte ein paar Sachen sagen, die, glaube ich, sehr wesentlich sind, und zwar sage ich sie erstens als Jurist und zweitens als jemand, der sicher bezüglich Österreich auch seine Intentionen hat.

Wir haben mit Spanien zumindest 200 Jahre lang eine Verbindung gehabt, wir haben zusammengehört, es durften Spanier hier leben, es durften Österreicher in Spanien leben. Auch in der heutigen Diskussion — das muß ich ganz ehrlich sagen — hat Frau Kollegin Karlsson einen hervorragenden Beitrag zur Geschichte Rumäniens geleistet, den ich persönlich voll unterstreiche, weil er sich mit meiner Meinung deckt.

Was Frau Kollegin Haselbach hinsichtlich der EG gesagt hat, entspricht ebenso absolut auch meiner Überzeugung. Ich habe eine Französin zur Frau, ich habe zwei Kinder, die sowohl die österreichische als auch die französische Staatsbürgerschaft haben. Mit der französischen Staatsbürgerschaft sind sie EG-Bürger. Innerhalb der EG gibt es ja heute nur mehr EG-Bürger. Es gibt keine deutschen, es gibt keine französischen, es gibt keine italienischen Staatsbürger mehr, die Leute haben Pässe der EG.

Ich bin also wirklich gegen alles, was irgendwie mit Nationalismus zu tun hat, und ich glaube, das muß auch für Spanien und Portugal gelten. Das ist eigentlich eine völlig klare Sache.

Ich darf jetzt als Dr. juris ins Juridische hineinkommen und mich nicht nur aufs Emotionale stürzen.

Mit der Erweiterung der EG um Spanien und Portugal am 1. Jänner 1986 — und wenn es so weiter geht, hoffen wir, daß Österreich auch sehr rasch drinnen ist — hat der Marktanteil der EG in Europa weiter zu- und jener der EFTA abgenom-

Dr. Vincenz Liechtenstein

men. Wir sind noch in der EFTA. Die Zahl der EFTA-Mitglieder ist auf sechs gesunken.

Bevor die EG-Kommission im Juni 1985 dem Europäischen Rat das Weißbuch über die Vollen- dung des Binnenmarktes vorstellte, wiegte sich die EFTA als Wirtschaftsraum, nachdem der bila- terale Zollabbau aufgrund der Freihandelsverträge ab Mitte der siebziger Jahre für industriell-ge- werbliche Waren zur Zufriedenheit abgeschlos- sen worden war, in dem Glauben, daß in den kommenden Jahren die Zusammenarbeit zwi- schen beiden Wirtschaftsböcken in nichttarifari- schen Bereichen problemlos in Angriff genom- men werden könnte.

Hoffnung in diese Richtung weckte die soge- nannte Luxemburger Erklärung vom April 1984, in der nach einer Bestandsaufnahme und Bewei- rächtigung, möchte ich es fast nennen, der mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit die Fortset- zung, Vertiefung, Ausdehnung und Zusammen- arbeit im Rahmen des Freihandelsabkommens. Ich meine, wer juristisch tätig ist, kennt sich in diesem Bereich aus.

Ich bin sehr glücklich darüber, daß das zustan- de gekommen ist. Ich hoffe sehr, Herr Minister, daß Sie sich mit dem Kollegen Mock darüber im klaren sind, daß wir möglichst rasch in die EG hineinkommen, damit wir möglichst rasch als Eu- ropäer die Möglichkeit haben, uns durchzusetzen. Mehr möchte ich jetzt gar nicht dazu sagen. — Herzlichen Dank. (*Allgemeiner Beifall.*) 12.04

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Das ist ebenfalls nicht gegeben.

Die Abstimmung über die vorliegenden Be- schlüsse des Nationalrates erfolgt getrennt.

Bei der getrennt durchgeführten Abstim- mung beschließt der Bundesrat mit Stimmenein- helligkeit, gegen die beiden Beschlüsse des Natio- nalarates keinen Einspruch zu erheben.

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Ich be- grüße den im Hause erschienenen Herrn Staatsse- kretär Dkfm. Dr. Günter Stummvoll. (*Allgemei- ner Beifall.*)

7. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Versicherungsaufsichtsgesetz geändert wird (VAG-Novelle 1990) (1200 und 1216/NR so- wie 3836/BR der Beilagen)

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Wir ge- langen nun zum 7. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz, mit dem das Versicherungsauf- sichtsgesetz geändert wird (VAG-Novelle 1990).

Die Berichterstattung hat Herr Regierungsrat Norbert Tmej übernommen. Ich bitte ihn um den Bericht.

Berichterstatter Norbert **Tmej**: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates sollen die Bestimmungen über die Anlage des gebundenen Vermögens grundlegend neu gestaltet werden, wobei an die bewährten Einrichtungen des geltenden Rechtes angeknüpft wird. Darüber hinaus werden der Wandel der Ka- pitalmärkte und der international übliche Stan- dard berücksichtigt.

Weiters soll damit auch das Verbot des Ab- schlusses von Lebensversicherungen in fremder Währung aufgehoben werden. Dieses Verbot wurde seinerzeit damit begründet, daß aus dem Versicherungsverhältnis das Element der Wäh- rungsspekulation ferngehalten werden soll. Diese Zielsetzung ist nach wie vor berechtigt, doch darf sie gegenüber den unübersehbaren Liberalisie- rungstendenzen im internationalen Kapital- und Zahlungsverkehr nicht länger die Oberhand be- halten.

Weiters trägt der gegenständliche Gesetzesbe- schluß des Nationalrates dem Umstand Rech- nung, daß mit der Einrichtung unabhängiger Ver- waltungssenate in den Ländern, die im Verfahren gegen Verwaltungsübertretungen nach Erschöp- fung des Instanzenzuges erkennen, die Zuständig- keit des Bundesministeriums für Finanzen als er- ste und letzte Instanz in Verwaltungsstrafsachen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz systema- tisch und organisatorisch nicht zu vereinbaren ist.

Aus diesem Grund sollen bis 31. Dezember 1990 alle Strafbestimmungen in die Gerichtskom- petenz übertragen werden und ab 1. Jänner 1991 für die bisherigen Verwaltungsstraftatbestände wieder die Zuständigkeit der Verwaltungsstrafbe- hörden hergestellt werden, wobei Strafbehörde dann allerdings nicht mehr das Bundesministeri- um für Finanzen, sondern in erster Instanz die Bezirksverwaltungsbehörde sein wird.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. März 1990 in Verhandlung genommen und einstimmig be- schlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, kei- nen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanz- ausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Berichterstatte Norbert Tmej

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Versicherungsaufsichtsgesetz geändert wird (VAG-Novelle 1990), wird kein Einspruch erhoben.

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. August Eberhard. Ich erteile es ihm.

12.08

Bundesrat Ing. August **Eberhard** (ÖVP, Kärnten): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einleitend darf ich feststellen, daß das Versicherungsaufsichtsgesetz die Zusammenarbeit zwischen der Aufsichtsbehörde und der Versicherungswirtschaft regelt. Oberstes Ziel dieser Gesetzesregelung muß es sein, daß die Ansprüche der Versicherten jederzeit erfüllt werden können.

Das Versicherungsaufsichtsgesetz wurde zuletzt durch das Bundesgesetz 1986 substantiell geändert. Diese Novelle hatte damals ihren Schwerpunkt in der Eigenmittelausstattung. Ich glaube aber, daß auch die Bestimmungen über die Kapitalanlage einer Weiterentwicklung bedürfen, wenn man weiß, daß diese seit Inkrafttreten des Versicherungsaufsichtsgesetzes 1979 unverändert geblieben sind, sich aber darüber hinaus ein Wandel der Kapitalmärkte und des international üblichen Standards der Kapitalanlagevorschriften vollzogen hat.

Durch die Liberalisierungstendenzen im internationalen Kapital- und Zahlungsverkehr ist es sicher auch notwendig, daß mit dieser Novelle der Abschluß von Lebensversicherungen in fremder Währung ermöglicht wird. Da die Wahl der Währung beim Abschluß von Versicherungsverträgen im Inland grundsätzlich freisteht, ist das ein wesentlicher Schritt in Richtung Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit der Vertragspartner.

Ich glaube, mit dieser Gesetzesnovelle wird wieder einmal mehr bewiesen, daß Österreich zu den Ländern mit den liberalsten Regelungen in diesem Bereiche zählt.

Hervorzuheben ist auch noch — wie es im Bericht eigentlich schon sehr deutlich zum Ausdruck kommt —, daß bis 31. März 1990 alle Strafbestimmungen in die Gerichtskompetenz übertragen werden und daß ab 1. Jänner 1991 die Zuständigkeit für die bisherigen Verwaltungsstraftatbestände der Verwaltungsbehörde übertragen wird. Bisher war das beim Finanzministerium, und in erster Instanz werden das in Zukunft die Bezirksverwaltungsbehörden sein.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf in diesem Zusammenhang auf einen aus der Vergangenheit stammenden, aber meiner Meinung nach längst nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechenden Umstand hinweisen: Konkret geht es um die Berechnung der Feuerversicherungsprämie. Es bestehen meiner Meinung nach ungerechtfertigte Unterschiede zwischen den Städten einzelner Bundesländer. So beträgt zum Beispiel der Promillesatz für die Berechnung der Feuerversicherungsprämie in Wien — 1. bis 23. Bezirk — 0,14 Promille, in Graz 0,3 Promille, in Klagenfurt 0,4 Promille und in der Bezirksstadt Wolfsberg im Lavanttal 0,7 Promille.

Grund für diese unterschiedlichen Promillesätze soll eine Art Gefahrenzoneneinteilung sein, wobei neben der Brandhäufigkeit und den Feuerpolizeivorschriften auch der mögliche Feuerwehreinsatz maßgebend sein sollen. Ich meine, daß in der Zwischenzeit unsere Feuerwehren allgemein auf ein hohes Ausbildungsniveau hinweisen können. Darüber hinaus sind — ohne wesentliche Unterschiede — unsere Feuerwehren modernst ausgerüstet, sodaß vom Einsatz her gesehen zwischen den einzelnen Städten kaum Unterschiede bestehen und damit ein Promillesatzausgleich innerhalb der einzelnen Städte sicher gerechtfertigt wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun aber nochmals zurück zur vorliegenden Gesetzesnovelle. Da mit dieser Versicherungsaufsichtsgesetz-Novelle eine Liberalisierung der Veranlagungsbestimmungen und eine Internationalisierung der Versicherungsbranche erreicht wird, darüber hinaus aber auch die Ansprüche der Versicherten weitestgehend garantiert werden, wird unsere Fraktion dieser Gesetzesnovelle die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*
12.14

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Staatssekretär Dr. Stummvoll meldet sich zu Wort. — Bitte.

12.14

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**: Herr Präsident! Hoher Bundesrat! Ich werde gerne die Ausführungen des Herrn Bundesrates Eberhard zum Anlaß nehmen, das Problem „Prämien für Feuerversicherungen“ durch unsere Versicherungsaufsichtsbehörde im Finanzministerium prüfen zu lassen. Mein Wissensstand ist der, daß an sich nach wie vor aufgrund der Risikostreuung diese Prämienberechnung erfolgt, aber ich werde das gern zum Anlaß nehmen, das überprüfen zu lassen, und ich werde dann dem Herrn Präsidenten einen Bericht darüber geben. 12.15

Vizepräsident Dr. Herbert Schambeck

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist daher geschlossen.

Wird vom Herrn Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? — Das ist ebenfalls nicht gegeben.

Wir gelangen daher zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat mit Stimmeneinhelligkeit, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

8. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 (50. Gehaltsgesetz-Novelle), das Richterdienstgesetz und das Bezügegesetz geändert werden (1199 und 1218/NR sowie 3829 und 3837/BR der Beilagen)

9. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (42. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) und die Bundesforste-Dienstordnung 1986 geändert werden (1198 und 1217/NR sowie 3838/BR der Beilagen)

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Wir gelangen nun zu den Punkten 8 und 9 der Tagesordnung, über die die Debatte unter einem abgeführt wird. Es sind dies: Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 (50. Gehaltsgesetz-Novelle), das Richterdienstgesetz und das Bezügegesetz geändert werden, und Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (42. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) und die Bundesforste-Dienstordnung 1986 geändert werden.

Die Berichterstattung über die Punkte 8 und 9 hat Herr Bundesrat Adolf Schachner übernommen. Ich ersuche den Herrn Bundesrat um seine Berichte.

Berichterstatter Adolf **Schachner**: Herr Präsident! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bringe zunächst den Bericht zum Tagesordnungspunkt 8.

Mit dem gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll, entsprechend einem am 11. Jänner 1990 abgeschlossenen Gehaltsabkommen, eine Erhöhung der Gehälter der Beamten um 350 S ab 1. April 1990 erfolgen. Die Laufzeit des Gehaltsabkommens endet mit 31. Dezember 1990.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. März 1990 in Verhandlung genommen und einstimmig be-

schlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 (50. Gehaltsgesetz-Novelle), das Richterdienstgesetz und das Bezügegesetz geändert werden, wird kein Einspruch erhoben.

Bericht zum Tagesordnungspunkt 9.

Mit dem gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll, entsprechend einem am 11. Jänner 1990 abgeschlossenen Gehaltsabkommen, eine Erhöhung der Monatsentgelte der Vertragsbediensteten um 350 S ab 1. April 1990 erfolgen. Die Laufzeit des Gehaltsabkommens endet mit 31. Dezember 1990.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. März 1990 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen: Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 14. März 1990 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (42. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) und die Bundesforste-Dienstordnung 1986 geändert werden, wird kein Einspruch erhoben.

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Wir gehen in die Debatte ein, die über die zusammengezogenen Punkte unter einem abgeführt wird.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Karl Litschauer. Ich erteile es ihm.

12.19

Bundesrat Karl **Litschauer** (ÖVP, Niederösterreich): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses! Die heute zur Debatte stehenden Vorlagen beinhalten — wie wir jetzt soeben vom Berichterstatter erfahren haben — das Zusatzabkommen zum Gehaltsabkommen 1990 für den gesamten öffentlichen Dienst, vereinbart und zustandegekommen in Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Das Ergebnis ist bekannt, ich stelle es noch einmal in den Raum: Mit 1. April 1990 bekommen die öffentlich Bediensteten zu der bereits mit Jänner 1990 vereinbarten Gehaltserhöhung im Ausmaß von 2,9 Prozent zusätzlich einen Sockelbe-

Karl Litschauer

trag im Ausmaß von 350 S. Soweit einmal die Fakten.

Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet und will deshalb dazu das Wort ergreifen, denn im Zusammenhang mit diesem Gehaltsabkommen — bevor noch die Verhandlungen geführt wurden, im Zuge der Verhandlungen und dann auch schließlich, als sie zum Abschluß gekommen sind — gab es eine Vielzahl von Reaktionen unterschiedlichster Art, qualitativ sehr abgestufte Reaktionen. Und daher ist es, glaube ich, notwendig, meine verehrten Damen und Herren, daß ich doch aus meiner Sicht zur Vorgeschichte einige Anmerkungen mache. Ich möchte versuchen, damit das Zusatzabkommen im richtigen Lichte erscheinen zu lassen. Man hat nämlich immer wieder gehört: Die öffentlich Bediensteten bekommen „schon wieder“ eine Gehaltserhöhung, es steht doch fest, daß diese mit 1. Jänner 1990 mit 2,9 Prozent fixiert wurde.

Es ist richtig, daß es zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bereits im Jahre 1988 zu einem Gehaltsabkommen für die Jahre 1989 und 1990 gekommen ist, aber wohl mit der Auflage und paktiert, daß dieses Abkommen nur dann Geltung haben soll, wenn sich mittlerweile die wirtschaftlichen Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen nicht wesentlich ändern. Das war paktiert, und nun — in weiser Voraussicht, möchte ich fast sagen — hat sich Gott sei Dank die wirtschaftliche Lage so entwickelt, daß diese Vereinbarung und dieser Pakt auch wirksam werden sollte. Aber dieses Wirksamwerden dieses Paktes hat nun eine Vielzahl von Reaktionen ausgelöst.

Ich meine, daß die Forderung des öffentlichen Dienstes nach Einhaltung der 1988 getroffenen Vereinbarung auf neuerliche Verhandlungen und Abschluß eines Zusatzabkommens eine logische Konsequenz war, die jedoch nicht von allen politischen Kräften so verstanden werden sollte, wie sich später herausgestellt hat.

Ich sehe vollkommen ein, daß der Finanzminister und der Staatssekretär — der uns mittlerweile verlassen hat — natürlich nicht in große Begeisterung ausgebrochen sind, als wir neuerlich diese Forderung auf den Tisch gelegt haben, nämlich nur, das seinerzeit Vereinbarte wieder aufzunehmen.

Die weitere Erkenntnis, die sich dann im Laufe der Verhandlungen auch bei Verhandlungspartnern der Bundesregierung langsam, aber sicher eingestellt hat, war die, daß die öffentlich Bediensteten nicht Arbeitnehmer zweiter Kategorie sein sollten. Hiemit hat der Herr Bundeskanzler eigentlich nur ein Versprechen eingelöst, daß er uns einige Monate vorher beim Gewerkschaftstag des öffentlichen Dienstes gegeben hat.

Die Folge daraus: Auch der öffentliche Dienst muß an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, die so gut ist wie schon lange nicht mehr, wie wir wissen, in einer einerseits budgetär vertretbaren und andererseits für den einzelnen Dienstnehmer spürbaren Form teilhaben. Die Korrektur des bereits geltenden Abkommens war daher meiner Meinung nach bei objektiver Betrachtung — und auch Kritiker müssen das zugestehen — die einzige logische Folge. Die Bundesregierung und vor allem der Finanzminister haben letztlich auch eingesehen, daß das Ergebnis, das wir heute zu beschließen haben, eigentlich eine konsequente Fortsetzung der Vereinbarung ist.

Damit wurde für den öffentlichen Dienst mit den von mir bereits genannten 350 S Zusatz bei weitem nicht das erreicht, was in anderen Berufsgruppen erzielt wurde, aber trotzdem, so glaube ich, kann das als ein vertretbares Ergebnis bewertet werden. Überdies ist auch auf die Situation des Finanzhaushaltes Rücksicht genommen worden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich könnte nun meine Ausführungen beschließen, wenn nicht bei Bekanntwerden des Verhandlungsergebnisses einige politische Kräfte in unserem Lande, aber auch manche Vertreter der Medien gerade im Zusammenhang mit dieser Gehaltserhöhung aus rein populistischen Gründen ein Feindbild des Beamten in der Öffentlichkeit gezeichnet hätten. Für die von mir angesprochenen Kreise ist alles — ich möchte das sehr deutlich wiederholen —, was mit öffentlichem Dienst zu tun hat, negativ besetzt, überholt, inaktiv, verstaubt und ähnliches mehr. Ersparen Sie mir, hier weitere Ausdrücke anzuführen. Diese Kreise sind es auch, die das vorliegende Gehaltsabkommen gleichsam als „freche Ausbeutung des Steuerzahlers“ bezeichnet haben. Es gab auch andere Formulierungen. Dieser Gehaltsabschluß wurde auch als eine „Sonderzahlung für den gesamten öffentlichen Dienst ohne zusätzliche Leistung“ beurteilt.

Wer wohl diese Aussage gemacht hat? — Es ist bedauerlich, daß diese Aussage — nämlich dieses Gehaltsabkommen „ist eine freche Ausbeutung des Steuerzahlers“ — kein Geringerer gemacht hat als der Bundesparteiboss der Freiheitlichen Partei Österreichs, der übrigens auch Landeshauptmann von Kärnten ist. (*Bundesrat Arbeiter: Und zuständiger Personalreferent!*) Und ich muß sagen, daß ich von dieser Stelle aus diese Behauptungen und diese Feststellungen auf das entschiedenste als ungeheuerliche Behauptung zurückweisen muß. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Zwischenruf des Bundesrates Ing. Meischberger, der im Begriff ist, den Sitzungssaal zu verlassen.*) Es ist zurückzuweisen, und ich werde es gern auch widerlegen. Kollege Meischberger hat diesen

Karl Litschauer

Satz da noch fallenlassen und verließ dann das Hohe Haus, wie es halt offensichtlich so üblich ist. Widerlegen kann ich das gerne, ich werde dann darauf zurückkommen.

Es ist eine Beleidigung des gesamten öffentlichen Dienstes, solche Behauptungen aufzustellen, und es veranlaßt mich das zu folgenden Überlegungen: Kann es richtig sein, einen Berufsstand, von dem man sich politisch gesehen offensichtlich nicht allzuviel erwartet, bei jeder sich bietenden Gelegenheit abzuqualifizieren oder kann man, wenn es darum geht, ihm auch die gebührende gerechte Anerkennung in finanzieller Weise angedeihen zu lassen, dies einfach mit solchen Bemerkungen abtun?

Ich kann mir vorstellen, daß sich Kollege Lakner — auch Angehöriger des öffentlichen Dienstes — sicherlich nicht als Ausbeuter gesehen hat oder sieht, wenn er weiß, daß auch seine Bezüge mit 1. April dieses Jahres um diesen besagten Betrag angehoben werden. Ich bin auch gespannt, wie sich der Herr Landeshauptmann Haider in Kärnten als Personalreferent verhalten wird, wenn es gilt, diese zusätzliche gerechte Forderung umzusetzen. Ich habe gestern Gelegenheit gehabt, im Rahmen einer Sitzung der Bundessektionsleitung mit den Freunden aus Kärnten zu reden. Diese wissen bis heute noch nicht genau: Werden sie das bekommen, oder werden sie es nicht bekommen? Ihr Herr Landeshauptmann hat gesagt: Ja, ja, ihr werdet es schon bekommen, aber Geld ist noch keines Vorhanden. Das ist anscheinend die einzige Form, um kurzfristig die Behauptung aufrecht erhalten zu können, es sei das eine Ausbeutung. Ich bin überzeugt davon: Der Herr Landeshauptmann Haider wird mittlerweile schon Wege gesucht haben, um dieses Gehaltsabkommen auch für die Kärntner in Anrechnung zu bringen.

Als Vertreter der Österreichischen Volkspartei, aber auch als Mitglied des Zentralvorstandes der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes möchte ich, meine verehrten Damen und Herren, doch sagen: Dieses Gehaltsabkommen soll Anlaß sein, das Berufsbild des großen Bereiches des öffentlichen Dienstes in Österreich positiv darzustellen, die Leistungen aufzuzeigen, die wir uns heute einfach nicht mehr wegdenken können, und nicht nur bewußt das Negative zu sehen.

Ich darf hier an eine Veranstaltung erinnern, die im Vorjahr stattgefunden hat, und zwar eine Branchenkonferenz, wo die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in sehr sachlicher Form versucht haben, ihren Leistungskatalog der Öffentlichkeit zu präsentieren. Kollege Tmej war einer, der zum Beispiel den Bereich der Post- und Telegraphenangestellten präsentiert hat. Es waren viele Vertreter der Massenmedien anwesend. Ein positives Bild! Das Echo in der Öffentlich-

keit, meine verehrten Damen und Herren, war erschütternd. Es wurde lediglich darüber berichtet, daß diese Konferenz stattgefunden hat. Über die Inhalte, über so Positives, daß man hätte transportieren können, um bei der Bevölkerung Akzeptanz und Verständnis zu erhalten, zu informieren, das ist leider ausgeblieben.

Ich sage daher: Der öffentliche Dienst ist nicht nur eine staatstragende Säule und der Garant einer rechtsstaatlichen Verwaltung, sondern in sehr vielen Bereichen wird er immer mehr zum Träger moderner Dienstleistungsbetriebe, die aus dem öffentlichen und sozialen Leben einfach nicht mehr wegzudenken sind.

Lassen Sie mich, meine sehr geschätzten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang auf einzelne Bereiche etwas näher eingehen.

Die Hoheitsverwaltung — egal, in welcher Ebene — bildet für viele den Ausgangspunkt oft auch unberechtigter Kritik. Unabhängig von der finanziellen Belastung für den Staatshaushalt werden dem öffentlichen Dienst in diesem Bereich Schwerfälligkeit, Aufgebläetheit und anderes ständig vorgeworfen.

Abgesehen von der Tatsache, daß gerade die Kritiker sehr oft keine Ahnung von gesetzeskonformen Verwaltungsabläufen haben, wird immer darauf vergessen, daß es ja eigentlich die Legislative ist — auch wir —, die Gesetze am Fließband produziert, ohne auf die Vollzugsmöglichkeiten und personellen Auswirkungen in der Verwaltung Rücksicht zu nehmen.

Tatsächlich ist es so, daß auch so mancher Politiker und so manche Vertreter der Medien so gerne das moderne Gejammer anstimmen, es gibt zu viele und es gibt zu teure Beamte. Das entbehrt meines Erachtens jeglicher Grundlage. Man vergißt dabei, daß in der letzten Zeit immer wieder zusätzliche Aufgaben und Kompetenzen in der Hoheitsverwaltung dazugekommen sind.

Heute haben wir schon das Flüchtlingsproblem diskutiert, das Öffnen der Grenzen. Was bedeutet das letztlich? Wer wird damit besonders konfrontiert: Die Zollbeamten an der Grenze, die teilweise unter starken Belastungen stöhnen, weil sie auch zuwenig Personal haben von der Dienstpostenseite her. Aber das tut man ab, das wird nicht beachtet.

Es gibt die EG-Annäherung. In diesem Zusammenhang wird es notwendig sein, auch wiederum einige zusätzliche Fachbeamte und qualifizierte Kräfte einzustellen. Sind dann schon wieder die Kräfte, die einstellen, oder ist das nicht einfach eine sachliche Notwendigkeit? — Auch das gehört in der Öffentlichkeit viel deutlicher gesagt.

Karl Litschauer

In der letzten Zeit sind neue Gesetze verabschiedet worden. Ich nenne stellvertretend nur einige: Das neue Weingesetz, das Chemikaliengesetz, das Umweltstrafgesetz, das Auskunftspflichtgesetz. Man könnte diese Reihe beliebig lang fortsetzen. Das alles sind Maßnahmen gesetzlicher Natur, die zusätzliche Aufgabenstellungen nach sich ziehen.

Aber gleichzeitig wird oft übersehen, daß die Verwaltungseinrichtungen immer mehr auch Serviceeinrichtungen für die Bürger, für die Bevölkerung unseres Heimatlandes werden. Ich darf hier als Niederösterreicher die Gelegenheit benützen, anzumerken, daß wir im Zuge der Dezentralisierung und damit einer beginnenden Verwaltungsreform versuchen, besondere Verwaltungseinheiten von der zentralen Landesverwaltung herauszulösen und an Dienststellen, die schon bestehen, an Bezirkshauptmannschaften, an Bauabteilungen, Gebietsbauämter anzugliedern, um noch mehr an die Bürger heranzukommen. Es gibt eine Vielzahl von Außenstellen der Bezirkshauptmannschaften, die in letzter Zeit gegründet wurden, um wirklich besonders auch aus der Sicht der Hoheitsverwaltung Servicestelle zu sein.

In vielen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes ist zwar die Leistung der Aufgabenstellung innerhalb des staatlichen Systems nicht von vornherein in Frage gestellt, dafür aber wird immer wieder die finanzielle Notwendigkeit in Frage gestellt. Anders ausgedrückt: Es darf einfach nichts kosten.

Demgegenüber steht etwa die Forderung nach mehr Kindergärten — das ist populär —, aber die Bezahlung der Kindergärtnerin soll nichts kosten. Ich darf gleich die Probleme anführen, die jetzt bei den Kindergärtnerinnen entstehen. Es gibt ein neues Ausbildungskriterium: Die Kindergärtnerinnen werden heuer im Herbst erstmals mit der Matura kommen. Das bedeutet, daß die einzelnen Dienstgebervertreter versuchen werden müssen, die Besoldungssystematik zu korrigieren, zu verändern. Die Folge dessen ist natürlich, daß die Kindergärtnerinnen teuer werden. Man wird wieder sagen: Haben wir das notwendig gehabt?

Die Schulen sollen immer mehr Bildung vermitteln, die Lehrer sollen notwendigerweise mehr leisten. — Die Entlohnung ist wieder etwas anderes. Das wird in Frage gestellt.

Ein anderes Beispiel: Die öffentlichen Spitäler sollen immer besser ausgestattet werden. Von Ärzten und Schwestern verlangt man höchsten Wissensstand, Einsatz rund um die Uhr und die Betreuung wie in einem Luxushotel. Das sind vielfach die Anforderungen, die man stellt. Die Finanzierungsnotwendigkeit der materiellen und personellen Voraussetzungen zur Erfüllung die-

ser Forderung will man dagegen aber nicht immer wahrhaben. Vielmehr verweist man auf Privatspitäler mit positiven Betriebsergebnissen. Über die Tatsache aber, daß in diesen Privatspitälern unter ganz anderen Vorgaben gearbeitet wird — vielfach werden nur medizinisch ausgesuchte und vor allem lukrative Fälle übernommen, die anderen überläßt man der öffentlichen Gesundheitsverwaltung —, liest man sehr selten. — So könnte ich diese Beispiele beliebig fortsetzen.

Was ich aber heute zum Ausdruck bringen wollte, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, daß nicht von jedermann in unserem Staate die Leistung des öffentlichen Dienstes objektiv als solche anerkannt wird; Sie wird vielmehr als Selbstverständlichkeit hingestellt und oft auch unberechtigt kritisiert.

In diesem Zusammenhang stehe ich allerdings nicht an, festzustellen, daß konstruktive Kritik auch für den öffentlichen Dienst kein Problem sein kann und darf, sondern vielmehr Anlaß sein muß, bestehende Organisationsabläufe und damit zusammenhängende personelle Erfordernisse zu überprüfen und an neue Gegebenheiten anzupassen.

Hohes Haus! Ich hoffe, mit meinen Ausführungen konnte ich Ihnen einigermaßen das Unbehagen der öffentlichen Bediensteten näherbringen, eine Situation, die zunächst für den öffentlichen Dienst als Berufsgruppe sehr unbefriedigend ist, aber meiner Einschätzung nach auch eine Situation, die die Öffentlichkeit und vor allem uns, die verantwortlichen Politiker, nicht zufriedenstellen kann.

Ich darf Sie daher, verehrte Damen und Herren, ersuchen, nicht nur diesen vorliegenden Gesetzesnovellen und damit der ab 1. April 1990 geplanten Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst die Zustimmung zu geben, sondern mitzuhelfen, die Stellung des gesamten öffentlichen Dienstes entsprechend der von ihm erbrachten Leistung zu heben und unberechtigten Diffamierungen — egal, von welcher Seite, in welcher Absicht und in welcher Form immer sie kommen — entsprechend entgegenzutreten.

Es ist erforderlich, daß im Nationalrat im Zusammenhang mit diesen Gehaltsgesetzen auch ein Problem aufgegriffen wurde, nämlich das Problem der Besoldung der Hubschrauber-Piloten des Innenministeriums. Es konnte darüber Einigung erzielt werden, daß hier die gleiche Besoldungsordnung angewendet werden soll, wie sie schon längere Zeit bei den Piloten des Bundesheeres angewendet wird. Es ist dies eine gerechte Forderung, die von der Gewerkschaft öffentlicher Dienst lange Zeit vorgebracht wurde. Nur durch gewisse Mißverständnisse im Finanzausschuß ist das zurückgestellt worden, bis fehlende, nicht

Karl Litschauer

vorhanden gewesene Informationen nachgereicht worden sind. Aber es kursiert das Gerücht in den Wandelgängen des Parlaments, aber auch bei verschiedensten Gewerkschaftsvertretern, die ÖVP-Fraktion hätte sich im Finanzausschuß beziehungsweise im Parlament dagegen ausgesprochen. Wahr ist vielmehr — und das möchte ich an den Schluß meiner Ausführungen stellen —, daß eine Forderung dieser Gewerkschaft eigentlich seit langem im Raume gestanden ist, aber nicht erfüllt wurde. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) 12.39

Vizepräsident Dr. Herbert **Schambeck**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Vizepräsident Walter Strutzenberger. Ich erteile es ihm.

12.39

Bundesrat **Walter Strutzenberger** (SPÖ, Wien): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich könnte es mir fast leicht machen, indem ich sage: Ich habe den Worten meines Vorredners, des Kollegen Litschauer, nichts hinzuzufügen. Ich sage aber bitte „fast“, denn es gibt doch noch einiges, das ich zum Teil vielleicht klarstellen und zum Teil unterstreichen möchte.

Nun, zum einen gleich einmal zu der irreführenden Aussage, dieses Zusatzübereinkommen sei eine Sonderregelung für den öffentlichen Dienst. Das entspricht schlicht und einfach nicht den Tatsachen — das wurde schon gesagt —, sondern es war folgendermaßen:

Als die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes 1988 gezwungen waren, so wie jedes Jahr einen Gehaltsabschluß zu erzielen, um Besoldungsgerechtigkeit für die öffentlich Bediensteten zu erhalten, konnte niemand voraussehen, wie sich die wirtschaftliche Situation Österreichs im Jahre 1990 gestalten wird. Weil aber der öffentliche Dienst sehr budgetbewußt ist, weil dieser öffentliche Dienst sich seiner Verantwortung nicht nur von der Aufgabenstellung her, sondern auch in der Richtung sehr bewußt ist, daß er zu überlegen hat, welche Mittel er für sich in Anspruch nehmen kann und nehmen darf, hat man versucht, einen Abschluß für zwei Jahre zu tätigen. Mit diesem Abschluß für zwei Jahre waren 2,9 Prozent für das Jahr 1989 und 2,9 Prozent für das Jahr 1990 vorgesehen, mit — und das wurde schon richtig gesagt — der Beifügung, mit dem Zusatz bei der Anerkennung dieses Abschlusses, daß, sollten sich die Rahmenbedingungen ändern, die Gewerkschaft selbstverständlich antreten wird, um ein Regulativ zu erwirken.

Niemand wird bezweifeln, niemand wird außer Streit stellen, daß sich tatsächlich und Gott sei Dank die wirtschaftliche Situation, also die Rahmenbedingungen geändert haben, daß also diese Forderung nach einem Zusatzabkommen zu

Recht jetzt im Jahre 1989 neuerlich erhoben wurde.

Ich möchte wirklich einmal offen feststellen, daß hier die Sozialpartner, daß der Bund und die Länder konstruktiv zusammengearbeitet haben. Denn damit wir einmal klarsehen: Es sind bei diesen Bezugs- oder Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst nicht nur die Vertreter der Bundesregierung die Partner der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, sondern auch die Landeshauptleute, vertreten durch ihre Beamten. Die nehmen dort genauso teil, also auch, bitte, ein Vertreter des Landeshauptmannes von Kärnten Jörg Haider.

Da möchte ich gleich jetzt einmal einhaken. Es tut mir einerseits ja leid, andererseits stört es mich nicht, daß der Herr Bundesrat Rumpold immer zu Zeitpunkten nicht im Saal anwesend ist, wenn er etwas lernen könnte. Ich möchte damit sagen, daß ich von ihm gar nicht verlangen kann, daß er eine Ahnung vom öffentlichen Dienst hat, denn damit hat er noch nie was zu tun gehabt. Aber man sollte sich als Politiker, vor allem als einer, der sich darstellt wie er, vielleicht doch der Mühe unterziehen, wenn man etwas lernen kann, zuzuhören, damit man nicht jeden Tag und jede Woche und bei jeder Sitzung den gleichen Fehler begeht. Aber das ist bitte das Problem des Herrn Rumpold!

Ich möchte aber doch feststellen, daß Kärnten — Landeshauptmann Haider — bei diesen Verhandlungen vertreten war, daß diese — der Abschluß ist bekannt: 350 S ab 1. April — Vereinbarung von allen Sozialpartnern getroffen wurde. Der Abschluß wird erst heute gültig gemacht. Ich will also dem Hohen Haus und den gesetzgebenden Körperschaften nichts wegnehmen, denn auch darüber hat es ja schon kritische Äußerungen gegeben. Man hat gesagt: So eine Frechheit! Warum setzt sich denn diese Regierung, warum setzen sich die Vertreter der Landesregierungen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zusammen und verhandeln, es ist doch eigentlich Sache des Parlaments, festzulegen, was die bezahlt bekommen. Also bitte, ich bin sehr stolz auf diese Sozialpartnerschaft und hoffe, daß sie auch weiterhin so bleibt, aber ich betone: Beschlossen wird das erst heute!

Ich möchte weiters die Feststellung treffen, daß selbst diese Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern der Gebietskörperschaften sehr, sehr einsichtig und sehr, sehr budgetschonend war, und zwar aus zwei Gründen. Der eine Grund ist der, daß ein Fixbetrag gewählt wurde. Du entschuldigst, Kollege Litschauer, daß ich dich berichtige. Es ist ein Fixbetrag und nicht ein Sockelbetrag, denn das hätte finanziell eine andere Auswirkung. Es kommt also ein Fixbetrag von 350 S dazu, der auch eine Sozialkomponente

Walter Strutzenberger

innerhalb des öffentlichen Dienstes beinhaltet, denn diese 350 S haben natürlich eine andere Auswirkung, eine positivere Auswirkung für die Bezieher kleinerer Einkommen als für jene mit hohen Einkommen. Und ich kann daher auch feststellen, daß im Durchschnitt — wobei der Begriff „Durchschnitt“ immer etwas Riskantes ist, aber ich sage es doch — diese 350 S zusammen mit den 2,9 Prozent, die schon vorher vereinbart waren, eine Gehaltserhöhung von etwa 4, 4,5 Prozent bedeuten. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Und dazu gleich die nächste Anmerkung, weil man meint, es sei eine Frechheit, daß der öffentliche Dienst überhaupt so etwas fordert, und daß mit Steuermitteln zu locker umgegangen wird. Ich möchte hier feststellen, daß alle anderen Berufsgruppen mit ihren Abschlüssen für 1990 weit über dem eben genannten Prozentsatz liegen.

Und noch eine Feststellung, die Sie bitte als objektiv anerkennen wollen: Das Statistische Zentralamt hat vor wenigen Tagen veröffentlicht, daß der Abschluß dieses öffentlichen Dienstes noch immer um 2 Prozent unter den Abschlüssen aller anderen Bereiche zu liegen kommt.

Ich möchte damit nur dokumentieren, daß dieser öffentliche Dienst, daß die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst seit Jahren wesentlich ihr Scherflein zur Budgetkonsolidierung beitragen, und zwar wesentlicher beitragen als alle anderen unselbständig Erwerbstätigen. Von den selbständig Erwerbstätigen will ich gar nicht reden, denn da schauen wir uns an, was da so an Budgetentlastungsbeitrag geleistet wurde. *(Bundesrat Ing. Penz: Also das stimmt nicht, Herr Präsident Strutzenberger, das ist eine Unterstellung, daß von den Selbständigen kein Beitrag geleistet wird!)* Sie müssen mir bitte zuhören, Herr Kollege! *(Bundesrat Ing. Penz: Das habe ich sehr genau!)*

Ich habe gesagt: Wesentlich mehr wurde vom öffentlichen Dienst geleistet als von allen anderen — Unselbständigen und Selbständigen. Wesentlich mehr! Ich habe nicht gesagt, daß nichts geleistet wurde. — Gut.

Aber jetzt gestatten Sie mir bitte vielleicht doch noch einige Sätze zur Haltung der Freiheitlichen Partei, obwohl ich mich schön langsam frage, ob es hier im Bundesrat überhaupt noch einen Sinn hat, diese Fraktion zu erwähnen. *(Bundesrat Sattlberger: Redet „eh“ nur mehr der Rumpold!)* Wenn ich mir die Situation vergegenwärtige, so stellt sich der eine Vertreter der Freiheitlichen Partei hier an dieses Rednerpult und beschimpft Gott und die Welt, ohne auch nur mit einem Jota eine sachliche Begründung für solche Beleidigungen zu liefern. Auf der anderen Seite sitzen zwei Vertreter dieser Freiheitlichen Partei hier im Raum, die ich fast schon zu bedauern be-

ginne, denn wenn man die beiden Herren reden hört, reden sie durchaus sachlich. Ich weiß nicht, was das soll: Gibt es da jetzt wirklich eine Gewaltentrennung in der Freiheitlichen Partei: Den einen schicken wir hinein, damit er alle beschimpft und beleidigt, und den anderen, damit er dann alle wieder beschwichtigt. Irgendwie kommt mir das komisch vor.

Aber eines nehme ich doch an: daß die gesamte freiheitliche Fraktion wenigstens zu den Aussagen ihres Parteiobermanns steht. Herr Präsident, wenn Sie gestatten, werde ich hier ein Zitat bringen von einer Aussendung des Obmannes der FPÖ, seines Zeichens Landeshauptmann und Personalreferent — die armen Landesbediensteten in Kärnten! — des Landes Kärnten:

„Wien, am 12. 1. 1990: Als freche Ausbeutung der Steuerzahler bezeichnete heute FPÖ-Bundesparteiobermann Dr. Jörg Haider die Sonderlohnrunde für die Beamten, die ohne Leistungssteigerung erfolge, während alle anderen, insbesondere die ASVG-Versicherten, durch den Rost fielen.“ — Der Herr Haider hat dann noch weiter gesprochen, aber ich darf mein Zitat damit beenden.

Ich möchte hier folgendes feststellen: Dieser Ausspruch paßt in die ganze Haltung der Freiheitlichen Partei hinein! Ich hoffe, ich beleidige Sie jetzt nicht, Herr Kollege Lakner, denn ich hoffe sogar, daß Sie kein Gewerkschaftsmitglied sind, denn . . . *(Bundesrat Mag. Lakner: Bin ich!)* Sie sind Gewerkschaftsmitglied? Um Gottes Willen! Dann entschuldige ich mich für Ihren Nachbarn, für den Herrn Rumpold, der da herinnen den Ausdruck „Gewerkschafter“ als Beleidigung darstellt, der herabwürdigend von den Gewerkschaftern spricht. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich sage Ihnen: Ich bin stolz darauf, Gewerkschafter zu sein, ich bin stolz darauf, die Arbeitnehmer in Österreich insgesamt und auch jene im öffentlichen Dienst — und wie ich jetzt höre, auch Sie — mitvertreten zu können! Denn ich glaube, wenn es nach Meinung der FPÖ in Österreich ginge — mit Ausnahme von Ihnen anscheinend —, dann hätten wir nicht die — wie hat er gesagt? — „Chaoskoalition“, sondern dann gäbe es halt nur Unterdrückte und Wohlhabende, die ein Bärental haben und sich sagen: Was die Arbeitnehmer machen, ist für mich eigentlich uninteressant. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Anders kann ich mir diese Angriffe auf die Arbeitnehmerschaft nicht erklären. Denn nochmals: Nicht nur dieser Ausspruch richtet sich gegen alle Arbeitnehmer Österreichs, auch wenn Sie den zweiten Teil lesen, in dem es so schön heißt: „... insbesondere die ASVG-Pensionisten fielen durch den Rost“, so kann man nur sagen, da hätte sich halt der Herr Haider besser informieren sol-

Walter Strutzenberger

len. In der Zwischenzeit wird er ja hoffentlich darüber belehrt worden sein, daß die ASVG-Versicherten nicht durch den Rost fielen, sondern daß wir, daß die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erstens dafür gesorgt haben, daß die Einkommen der Pensionsbezieher, die aus dem öffentlichen Dienstbereich kommen, entsprechend mitgehoben werden, sodaß auch diese Menschen den entsprechenden Anteil am Wirtschaftswachstum erhalten, aber auch — und das gehört jetzt dreimal unterstrichen — die Bezüge aller ASVG-Versicherten ebenfalls gleichzeitig mitgehoben werden. Auch sie erhalten also einen gerechten Anteil am gestiegenen Wirtschaftswachstum für das Jahr 1990.

Und das ist es, was ich an dieser Aussage verurteile: Es handelt sich dabei nicht nur darum, daß Herr Haider seine Arbeitnehmer im Land Kärnten faktisch herabwürdigt, indem er sagt, das ist eine Frechheit, daß man denen Geld gibt für etwas, wofür sie keine Leistung erbringen, sondern er beleidigt darüber hinaus den gesamten öffentlichen Dienst.

Und ich möchte hier noch folgendes sagen: Derselbe Herr Haider, der am 12. Jänner groß von Verschwendung geschrieben hat, betreibt jetzt — mit seinen Worten gesagt — die „Verschwendung“ mit, denn es wird jetzt in Kärnten dieser Antrag auf Gehaltserhöhung für die Landesbediensteten ebenfalls eingebracht, weil er ja gar nicht anders kann.

Und noch eines möchte ich hier feststellen: Mir tun all jene öffentlich Bediensteten leid, die sich bei den letzten Personalvertretungswahlen vor drei Jahren von Populisten, also auch vom Populisten Haider, bei Wählerversammlungen verleiten haben lassen, solche Vertreter zu ihren Personalvertretern zu wählen. Und es ist das immerhin eine gar nicht so geringe Zahl — das sei zu ihrer Ehre gesagt —, die darauf hereingefallen sind und Leute aus diesem Bereich zu ihren Personalvertretern gewählt haben.

Aber damit zum nächsten Punkt. Ich glaube, zum Abschluß selbst gibt es nicht viel zu sagen. Jeder, der ein bißerl mitgedacht hat — Ing. Penz, das ist nicht böse gemeint —, auch derjenige, der nicht öffentlich Bediensteter ist, der nicht unselbstständig Erwerbstätiger ist, wird uns recht geben, wenn wir sagen, daß dieses Zusatzübereinkommen zum Gehaltsabkommen für den öffentlichen Dienst etwas Gerechtfertigtes war.

Und nun bitte noch einige wenige Sätze zur Frage der Entlohnung der Hubschrauberpiloten. Es stimmt, daß es für die Hubschrauberpiloten des Bundesministeriums für Inneres nicht einzusehen war, warum denn einer, der Hubschrauberpilot bei der Landesverteidigung ist, mehr bekommt als der, der für's Innenministerium fliegt.

Im ersten Augenblick, als ich die Worte des — scheinbar jetzt — Fliegerfreundes im Nationalrat Burgstaller gehört habe, habe ich mir gedacht: Eigentlich hervorragend, wunderbar!, denn er hat sein größtes Bedauern darüber ausgesprochen, daß diese Hubschrauberpiloten so lange benachteiligt wurden. Aber beim weiteren Zuhören und als Wissender bin ich dann etwas erschrocken über sein Bedauern, denn als dieses Problem im Finanzausschuß nachgereicht wurde — es stimmt schon, daß es nicht eingebracht wurde mit der Regierungserklärung — und im Ausschuß behandelt hätte werden sollen (*Bundesrat Sattlberger: Zehn Minuten vor der Sitzung, Herr Kollege!*) — Kollege, nur schön langsam! —, war die Tatsache die, daß sich die ÖVP-Fraktion im Finanzausschuß geweigert hat, darüber überhaupt zu reden. (*Bundesrat Ing. Penz: Weil keine Unterlagen vorhanden waren.*) Erzählen Sie mir nichts, die Unterlagen . . . (*Bundesrat Ing. Penz: Es waren keine Unterlagen da! Erzählen Sie es Ihrem Minister! Der hat Zeit gehabt!*) Nein, es nützt Ihnen gar nichts, Sie können diese Tatsachen nicht vom Tisch wischen. (*Bundesrat Ing. Penz: Sie auch nicht!*) Sie können diese Tatsachen nicht vom Tisch wischen!

Tatsache ist, daß sich die ÖVP geweigert hat, im Finanzausschuß darüber zu reden, weil bitte — und jetzt lassen Sie mich einmal ausreden! — der Herr Ditz nicht informiert war. Und jetzt sage ich Ihnen, wer schuld daran ist, daß er nicht informiert war: Schuld war Ihr eigener Klubobmann, weil er es von der Montagsrunde — Koordinierung — bis Donnerstag — Donnerstag, glaube ich, war Finanzausschuß (*Bundesrat Ing. Penz: Freitag!*) — für sich behalten hat, was man ihm dort vorgeschlagen hat.

Ich würde das — und ich sage das jetzt auch sehr bewußt — eigentlich gar nicht erwähnenswert finden, aber man muß das erwähnen, weil derselbe Herr Burgstaller jetzt bedauert und erklärt: Na man muß halt nachdenken, wie man das machen kann, damit diese Piloten das rückwirkend mit Juli 1988 bekommen sollen.

Ich habe, als ich gesehen habe, da steht der Vorschlag drinnen mit 1. Jänner 1990, den Vorsitzenden des Finanzausschusses kontaktiert und habe ihn ersucht — und jetzt kommen wir dazu, warum man das erwähnen muß —, im Ausschuß vorzubringen und darüber beraten zu lassen, ob das nicht doch rückwirkend — wie es auch gerechter wäre — beschlossen werden könnte.

Und jetzt wissen Sie vielleicht, warum ich kritisiere, daß Herr König seine Ausschußmitglieder, die im Finanzausschuß sitzen, darüber nicht informiert hat. Denn dort hätte auch Herr Burgstaller die Möglichkeit gehabt, zu verlangen: Datum nicht 1. Jänner 1990, sondern 1. Juli 1988. (*Bundesrat Ing. Penz: Die Kritik geht nicht gegen den*

Walter Strutzenberger

Klubobmann, sondern gegen den eigenen Minister!) Nein bitte, nein, und noch einmal nein! *(Bundesrat Ing. Penz: Der ist zuständig!)* Er wird sich dann wahrscheinlich ohnehin wehren. Aber warum sage ich Ihnen: Noch einmal nein!? — Weil in der sogenannten Koordinierung, die stattfindet, dort ja der Vorschlag eingebracht wurde.

Aber: Sei es, wie es sei, ich bin froh — ich sage Ihnen das jetzt auch —, daß es endlich gelungen ist, diesen Menschen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Und mir braucht jetzt niemand zu kommen und zu sagen: Rückwirkend! Was das budgetär kostet! Bitte, das sind 35 — 35! — Hubschrauberpiloten, die täglich ihr Leben riskieren, nicht durch Spazierenfliegen, sondern durch Einsätze, die sie zu fliegen haben. Ich darf nochmals sagen: Ich bin froh darüber, daß man sich darauf einigen konnte, daß es jetzt da ein Gesetz gibt.

Ich möchte aber auch ersuchen: Lassen wir die Kirche im Dorf! Nicht daß da jetzt geredet wird: „Der hat . . .“ oder „Ich hätte . . .“ und so weiter. Kollege Litschauer hat ja erwähnt: Da in den Couloirs gäbe es Gerüchte und ähnliche Dinge. Lassen wir die Kirche im Dorf! Stellen wir fest, wie es war! *(Bundesrat Herbert Weiß: Aussendung!)* Aussendung — auch richtig, vollkommen richtig. Dort steht drinnen, daß es — wie hat Kollege Litschauer gesagt? — durch einen Irrtum verhindert wurde.

Freunde, darf ich noch folgendes sagen: Ich fühle mich hier nicht als Vertreter der Koalitionsregierung. Ich bin für Kritik immer zu haben, ich werde mir aber auch immer erlauben, wenn ich glaube, daß halt auch in der Koalitionsregierung etwas nicht stimmt — ohne daß es sich nach dem fast nie anwesenden Herrn Rumpold um eine „Chaosregierung“ handelt —, das aufzeigen.

Im übrigen darf ich nochmals sagen: Ich hoffe, daß die Freiheitliche Partei sich vielleicht zumindest in dem Punkt, nämlich hinsichtlich der Novellen, die heute zu beschließen sind, von den Aussagen ihres Parteiobermannes dadurch distanziert, daß sie diesen Gesetzesvorlagen die Zustimmung gibt. — Ich danke schön. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)* 13.01

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst Ing. Ettl. Bitte.

13.02

Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst Ing. Harald Ettl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir nur zwei kurze Anmerkungen zu diesem Thema.

Vorweg: Es hat auch bezüglich Hubschrauberpiloten natürlich Verhandlungen bedurft, da die Erstforderung so ausgesehen hat, daß es nicht zur Gleichstellung beider Pilotgruppen gekommen

wäre, sondern eine Gruppe bevorzugt gewesen wäre. Es ist um die Ruhegenußfähigkeit gegangen, und darüber hatten Verhandlungen geführt werden müssen. Mir als zuständigem Bundesminister ist es darum gegangen, die materielle Gleichstellung, die Gleichstellung schlechthin zwischen beiden Pilotengruppen zu erreichen. Und das hat eben, weil es Verhandlungen und Abstimmungen, auch mit dem zuständigen Finanzressort, bedurft hat, zeitlichen Aufwand gekostet. Das ist das erste.

Das zweite: Ich habe die etwas laute Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Burgstaller im Nationalrat sehr wohl wahrgenommen, will mich aber nicht näher dazu äußern. Tatsache ist, daß die Klubobmänner zweifelsohne zeitgerecht von mir darüber informiert wurden, und zwar noch vor der Montagsrunde. Ich habe die Klubobmänner auch gebeten, sich bei allfälligen Rückfragen im kurzen Wege bei mir zu rühren. Vorbesprochen war es. Es ist zu einer kleinen zeitlichen Verzögerung gekommen, weil offenbar irgendwo ein Papier liegengeblieben ist — kann auch vorkommen —, und das hat in dieser Woche zu einigen Aufregungen geführt.

Tatsache ist — und das wollte ich hier ganz klar betonen —, daß seitens meines Ressorts bezüglich der Aufbereitung für die notwendige Ausschussarbeit keine Säumigkeit vorgelegen ist.

Wichtig ist, daß letzten Endes in diesem Bereich einmal die absolute Gleichstellung gegeben ist und gewährleistet ist, daß es zu keinen Besoldungsungerechtigkeiten bei den Hubschrauberpiloten kommt. Das ist, so wie ich es sehe, letzten Endes eine sinnvolle Aktion. — Danke. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Bundesrat Ing. Penz: Warum waren dann keine Unerlagen da? — Bundesminister Ing. Ettl: Die waren vorhanden!)* 13.05

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich weiters Herr Bundesrat Mag. Georg Lakner. Ich erteile ihm dieses. *(Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ. — Bundesrätin Dr. Karlsson: Einspringer!)*

13.05

Bundesrat Mag. Georg Lakner (FPÖ, Salzburg): Herr Präsident! Herr Minister! Hohes Haus! Ich hoffe, bei den Hubschrauberpiloten, die mich ja sonst nicht so interessieren, ist auch der Pilot für den Jörg Haider dabei, der ihn dann von Wahlkampf zu Wahlkampf fliegen wird. *(Bundesrat Strutzenberger: Nein, der sicher nicht! Aber sagen Sie, eine Frage: Fliegt er mit einem Hubschrauber des Bundesministeriums für Inneres? — Bundesrat Rumpold: Nein! Nein! Nein!)* Nein, nein. — Okay. *(Bundesrat Strutzenberger: Das möchte ich gern wissen.)*

Ich fühle mich nicht als „Einspringer“. Frau Karlsson, ich darf aber trotzdem an Ihre Rede an-

Mag. Georg Lakner

schließen. Sie haben zuerst sehr schön gesagt, die Meinungen über dieses Paßgesetz gehen quer durch die Parteien, und ich bin gar nicht so erstaunt darüber, daß das auch durch die FPÖ ein bißchen quer durchgeht. Ich habe vermutlich einen anderen Standpunkt als der Kollege Rumpold, und ich bekenne mich dazu. (*Bundesrat Strutzenberger: Ich hoffe, er kennt sich aus!*)

Eines, Herr Präsident, wird Ihnen aber nicht gelingen: Sie werden uns nicht auseinanderdividieren, denn ... (*Bundesrat Strutzenberger: Um Gottes willen, das wär' furchbar! — Heiterkeit.*) ... denn im Wesen, was seine Kritik an der Koalition und zum Teil auch am Bundesrat betrifft, stimme ich dem Kollegen Rumpold durchaus zu. Meine Art ist eine andere — jedem das Seine —, aber im Grunde, glaube ich, sind wir völlig d'accord.

Ein Wort nur zur Gewerkschaft. Herr Präsident: Ich bin seit ungefähr zehn Jahren Mitglied. Ich fühle das nicht als Schimpfwort, bin allerdings auch nicht ... (*Bundesrat Strutzenberger: Er hat Sie beschimpft, nicht ich!*) Ich bin allerdings auch nicht begeistert von dem „Verein“, denn seit zehn Jahren bekomme ich immer nur eine Zeitung, aber damit hat sich's. Ich war noch nie bei einer Wahl, bei einer Versammlung, also ... (*Bundesrat Strutzenberger: Das ist Ihr Problem!*) Nein, nein, ein sehr demokratischer „Verein“ scheint mir das nicht zu sein. (*Bundesrat Strutzenberger: Das ist etwas, was ich Ihnen nicht abnehmen kann!*) Ich habe mich sogar einmal zu einem Kurs angemeldet, und der Brief ist verlorengegangen, aber das mag Zufall sein.

Aber ich darf jetzt noch auf einen Punkt, auf den „Punkt Haider“ zu sprechen kommen (*Bundesrat Strutzenberger: Und Beamte!*). Haider und Beamte sozusagen, das war Ihr Tenor. Ich sehe das natürlich in einem anderen Zusammenhang. Ich weiß nicht, Sie haben vermutlich die Äußerung doch ein bißchen isoliert. Ich sehe das in zwei Zusammenhängen: Zum ersten richtet sich unsere Kritik gegen das Besoldungssystem der Beamten. Wir sind der Meinung, daß das leistungsorientierter sein sollte. In der Regierungserklärung stand das ja als Versprechen, als Plan, und ... (*Bundesrat Strutzenberger: Wo sind Ihre Vorschläge? Ich habe noch nie einen Vorschlag von den Freiheitlichen gehört, außer Schlagworten, aber Vorschlag noch nicht!*) Na, ich hoffe, ich muß das nicht jetzt bringen, aber wenn Sie wollen, kann ich das gern nachholen. (*Bundesrat Strutzenberger: Na, sagen Sie was!*) Na, zum Beispiel die ... (*Bundesrat Rumpold: Sie brauchen es nur nachzulesen!*) Herr Präsident, etwa die Führungskräfte auf Zeit. Das ist nur ein Vorschlag. Es gibt also darüber einen ganzen Katalog. (*Bundesrat Strutzenberger: Das ist ja*

das, was ich sage! Sie reden vom Besoldungssystem! Dann kommen S' mir nicht mit einem Punkter!) Na ja, da müßte ich mich ja eigens vorbereiten, das konzidieren Sie mir hoffentlich. (*Bundesrat Arbeiter: Der Herr Rumpold wird Ihnen helfen dabei!*)

Ich bin durchaus der Meinung, daß die Beamten nichts dafür können, das ist klar. Dr. Haider hat das auch sicher nicht als Pauschalurteil über die Beamten gemeint, sondern — ich habe es schon gesagt — in dem einen Zusammenhang ist es Kritik am Fehlen des Leistungssystems, das ist das eine, aber ... (*Ruf bei der SPÖ: Fragen Sie die Beamten, wie sie das verstehen!* — *Bundesrat Strutzenberger: Vielleicht können Sie ihn einen Rhetorikkurs machen lassen, damit er besser reden lernt und nicht alle beleidigt!*) Und dann könnte man sicher auch, Herr Kollege Litschauer, die Arbeit der Beamten etwas positiver darstellen, als das derzeit geschieht. Es läßt sich nicht darüber hinwegdiskutieren, daß da eine gewisse Vermehrung, eine wundersame Vermehrung der Beamten stattfindet. (*Bundesrat Strutzenberger: Wo?*)

Ein zweiter Kritikpunkt in dem Zusammenhang ist die starke Verpolitisierung der Beamten. Wenn ich da im „profil“ lese, 85,4 Prozent ÖAAB, dann ist das dem Ansehen der Beamten nicht gerade dienlich, daß sie ... (*Bundesrat Strutzenberger: Wieviel schreibt er?*) 85,4 Prozent ... (*Bundesrat Strutzenberger: Das ist ein großer Lügner, der das schreibt!*) Nein, nein, Ausschreibungen beim Minister Lichal, das können Sie ja nachlesen, ja. (*Bundesrat Strutzenberger: Ah, der Lichal! Bundesrat Schachner: Fragen wir einmal den Frischenschlager! Wie war es denn beim Frischenschlager?*) Also 85,4 Prozent haben wir noch nie zusammengebracht, aber vielleicht kommt es noch. (*Weitere Zwischenrufe bei allen Fraktionen.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, keine Wechselreden zu führen. Ich bitte auch den Herrn Redner, sich nicht auf Wechselreden einzulassen. Ich darf gegebenenfalls um weitere Wortmeldungen bitten, wenn zu besonderen Passagen des Herrn Redners Wortmeldungen gewünscht werden.

Bundesrat Mag. Georg Lakner (*fortsetzend*): Es ist aber ganz lebendig so, finde ich, nicht?

Der Sozialbericht hat uns ja gezeigt, daß die Beamten nicht so schlecht dastehen, daß sie das reinste Schlachtopfer wären, wenn sie einmal ein bißchen warten müßten auf die nächste Gehaltserhöhung. (*Bundesrat Strutzenberger: Dank unserer Poliik! Das darf ich schon anmerken!*)

Mag. Georg Lakner

Aber jetzt komme ich gleich auf den zweiten Punkt. Irgendwie sind diese Verhandlungen ja auch eine Ungeschicklichkeit der Gewerkschaften gewesen. Da schließen sie auf zwei Jahre zu 2,9 Prozent ab, und nach rund 13 Monaten kommt man dann drauf: Es war zu wenig, es soll noch ein bißerl mehr sein. Und dann kommt natürlich — ich nehme an, da hat Dr. Haider auch ganz recht — noch zufällig dazu, daß das knapp vor einer Wahl ist, wo das dann doch bewilligt wird. (*Bundesrat Strutzenberger: Welche Wahl?*) Na kommenden Oktober ist irgend so eine „unbedeutende“ Wahl in Österreich. (*Bundesrat Strutzenberger: Wo ist das im Jahr 1989 knapp vor einer Wahl? Sie leben anscheinend in einem Wahlkampf von vier Jahren!*) Also ich glaube, das Wahljahr werden Sie uns nicht wegdiskutieren können. (*Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ. — Bundesrat Arbeiter: Jetzt verspricht er ja auch schon den Leuten, daß Sie eine Gehaltserhöhung bekommen, der Herr Haider!* — *Bundesrat Rumpold: Ja, wir müssen es machen, weil Sie zu schwach sind, sich durchzusetzen!* — *Bundesrat Arbeiter: Herr Rumpold! Wir werden es durchsetzen beim Haider!* — *Heiterkeit des Bundesrates Rumpold.*)

Also grundsätzlich bin ich eher skeptisch, solche Verhandlungs... (*Anhaltende lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ. — Bundesrat Arbeiter: Der „Sunnyboy“ der FPÖ!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Am Wort ist der Redner, bitte! (*Weitere Zwischenrufe.*)

Bundesrat Mag. Georg **Lakner** (*fortsetzend*): Der Kollege Arbeiter sollte vielleicht in den Kärntner Landtag gehen, da hätte er mehr zu tun. (*Bundesrat Arbeiter: Da hätte ich den Rumpold nicht! Da ginge es mir besser!* — *Bundesrat Rumpold: Da haben sie ihn ja hinausgeschmissen, weil er nicht tragbar ist für die SPÖ!*)

Grundsätzlich finde ich es bedenklich, Verhandlungsergebnisse so zu korrigieren. Es wäre doch durchaus auch möglich gewesen, dann am 1. Jänner 1991 entsprechend mehr herauszuholen. Es hat ja in letzter Zeit auch ein bißerl auffällig viele Pensionserhöhungen gegeben, und vorher sind sie ausgesetzt worden. (*Bundesrat Strutzenberger: Nicht nur der Rumpold ist nicht lernfähig! Sie anscheinend auch nicht!*) Ich muß das ja beweisen, daß wir zusammengehören.

Grundsätzlich bin ich für diese 350 S. Ich bin im wesentlichen vom Prinzip her nicht abgeneigt. (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.*) ... Ich krieg's ja eineinhalbmal. Okay. Aber es bleibt sicher netto nicht viel über. Aber um das geht es nicht. Das, was ich positiv daran finde, ist, daß es gleichmäßig ist, daß es nicht eine

prozentuelle Erhöhung ist, sondern daß es gleichmäßig alle betrifft.

Und mein letzter Kritikpunkt für heute, da können Sie wieder dagegen kämpfen: Ich finde das Gehaltsschema, das die Beamten haben, katastrophal phantasielos. Das ist ein Schema, das da so ohne jeden Anreiz, ohne jede Phantasie eben durchgezogen wird. Außerdem ist es durch die dauernden prozentuellen Erhöhungen relativ unsozial und ungerecht. (*Bundesrat Strutzenberger: Ich zeige es Ihnen dann!*) Darum ist die konstante Erhöhung zumindest ein Signal, das ich begrüße. — Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*) 13.13

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. Wahl. Ich erteile es ihm.

13.13

Bundesrat Ing. Alfred **Wahl** (ÖVP, Steiermark): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Nach der Gratwanderung des Kollegen Lakner vorbei an einem Parteiausschluß als FPÖ-Mitglied (*Heiterkeit bei der FPÖ*) und als Mitglied der Gewerkschaft öffentlicher Dienst möchte ich zusammenfassen: Kollege Lakner, die Fortpflanzungsfähigkeit der öffentlich Bediensteten wurde nicht in Frage gestellt, alles andere sehr wohl, fast auch das Recht auf Arbeit. (*Beifall bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ.*)

Zur Beratung steht heute auch die Vertragsbedienstetengesetz-Novelle für die Bediensteten der Österreichischen Bundesforste. Dazu nehme ich als Förster und auch als öffentlich Bediensteter dieses Bundesbetriebes gerne Stellung. Die Österreichischen Bundesforste und damit die Arbeitnehmer dieses Unternehmens sehen sich als Wirtschaftsbetrieb ständig steigenden Anforderungen der Öffentlichkeit bei anhaltendem wirtschaftlichen Druck in der Urproduktion gegenüber. Dabei sollen wir vielen Herren und einer Frau dienen, nämlich dem Bundesminister für Finanzen, dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, dem Sozialminister, der Umweltministerin und auch und nicht zuletzt den zuständigen Landesregierungsmitgliedern für Naturschutz.

Ein Sprichwort sagt: Einem jeden recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.

Die Österreichischen Bundesforste bemühen sich aber redlich — auf der Grundlage des ÖBF-Gesetzes — und mit anhaltendem Erfolg, diesen hohen Anforderungen gerecht zu werden. Nur viele wollen das nicht wahrhaben, handelt es sich doch um einen Bundesbetrieb, und traditionell wird oder soll ein gemeinwirtschaftlicher Bereich schlecht wirtschaften. Daher auch immer wieder die Devise „mehr Privat“ bei den Österreichischen Bundesforsten.

Nun, das Argument der Wirtschaftlichkeit kann in diesem Falle nicht ins Treffen geführt

Ing. Alfred Wahl

werden. Warum? — Die Österreichischen Bundesforste haben in den vergangenen zehn Jahren große Einsparungen an Personal — rund 35 Prozent — rechtzeitig vorgenommen und damit auch einen hohen — vielfach einen zu hohen — Rationalisierungseffekt erzielt. Damit ist sehr wohl die kostenseitige Sanierung dieses Bundesbetriebes vorweggenommen worden; vielleicht zuviel im walddahen Bereich, bei den Förstern und Forstarbeitern, wo teilweise in diesem Zeitraum eine Einsparungsquote von 50 Prozent erreicht wurde, und eher zuwenig in den Zentralstellen. Wir haben natürlich auch große Mühe, daß die Zahl der Schreibtische nicht überhand nimmt und daß die Arbeit draußen im Wald nicht vernachlässigt wird. Die Arbeitnehmer dieses Bundesbetriebes betrachten diesen Umstand jedoch nicht als Schicksal, sondern betreiben Dezentralisierung und damit eine Verwaltungsreform mit allem Nachdruck und unter Aussicht auf Erfolg. Eine zeitgemäße Informatik auf moderner EDV-Basis, ein umfangreiches Schulungsprogramm haben diesen Weg eingeleitet.

Natürlich gilt es auch, Schwierigkeiten zu überwinden, und wir dürfen vor behindernden Kräften nicht resignieren, wir erleben aber bei den Bundesforsten gegenwärtig eine Reform von „unten“ nach „oben“, die auch so getragen wird. So erbrachten die Bundesforste im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1989 herausragende Leistungen. Der kassamäßige Überschuß im Betriebsbereich beträgt 275 Millionen Schilling und wird keineswegs vom Finanzminister verachtet. Das ist ein Cash-flow — wir rechnen zwar in der Forstwirtschaft nicht damit, aber nur zur Erläuterung — von ungefähr 14 Prozent bei einem Umsatzvolumen von 1,8 Milliarden. Die zweckgebundene Gebarung aus dem Grundverkehr weist ebenfalls einen Überschuß von nahezu 140 Millionen aus, insgesamt also 414 Millionen. Die Servitutsleistungen und Pensionslasten, die von den Bundesforsten ebenfalls laufend und jährlich zu erbringen sind, betragen weitere 150 Millionen Schilling.

Die Bundesforste verstehen sich darüber hinaus als Grundstücksreserve und als Wasserschutzgebiet der Republik. Sie erweisen so in zunehmendem Maß der Schicksalsgemeinschaft ländlicher Raum einen hohen Dienst.

Die Österreichischen Bundesforste und damit die Arbeitnehmer bekennen sich sehr wohl auch zu dem Arbeitsübereinkommen der beiden Regierungsparteien. Die Schwierigkeiten, die im Bereich des Grundverkehrs auftreten, liegen vielfach in einer übertriebenen Bürokratie und wohl auch am finanziellen Hintergrund der Kaufwerber. So sind die Österreichischen Bundesforste verpflichtet, in erster Linie Land im Abtausch bei Inanspruchnahme von Verkehrsflächen und an-

deren öffentlichen Interessen nachhaltig zur Verfügung zu stellen.

Der Beitrag für den Grundwasserschutz — beispielhaft, wie ich meine, durch alle Forstbetriebe durch die Verwendung von Bio-Ölen bei der Verlustschmierung — sei hier ebenfalls erwähnt, ebenso die Verwendung von Motorsägen mit Katalysator und Gemisch auf Biobasis. Insgesamt ist festzustellen, daß die Österreichischen Bundesforste dadurch bei der Bewältigung ihres Einschlags von 2 Millionen Festmetern jährlich verhindern, daß 200 000 Liter Mineralöl in den Boden und damit ins Grundwasser gelangen. Wenn man weiß, daß ein Liter Mineralöl 40 000 Liter Grundwasser zerstört, so sieht man, daß das sehr wohl ein wesentlicher Beitrag ist; andere Betriebe sollten diesem Beispiel folgen.

Schon jetzt ist die Grundfläche der Österreichischen Bundesforste in irgendeiner Form — insgesamt im Ausmaß von 42 Prozent — unter Naturschutz gestellt. Die Realisierung der Nationalparkprojekte, die vor allem von den Ländern unterstützt und betrieben wird, würde diesen Anteil noch auf 54 Prozent erhöhen.

Ein Verzicht auf Entschädigungsleistungen — wie er immer wieder auch von den „Grünen Herzen“ gefordert wird — würde den Bundes- und Wirtschaftsbetrieb in höchste Gefahr bringen. Schließlich müßten auf den verbleibenden Flächen noch größere wirtschaftliche Anstrengungen unternommen werden, und es würden dadurch erst recht wieder neuerdings Forderungen für weitere Unterschutzstellungen entstehen.

Sie können daher erkennen, wie leicht es Leute haben, sich über wichtige Anliegen unserer Gesellschaft zu äußern, wenn sie nicht zu viel Sachwissen und Sacherfahrung belastet. Dabei will ich ihr Engagement für die Sicherung einer lebenswerten Umwelt keineswegs unterschätzen und ihnen auch beste Absichten zubilligen. (*Vizepräsident Strutzenberger übernimmt den Vorsitz.*)

Mit einem Konzept der naturnahen Waldwirtschaft und einem eigenen Schutzwaldprogramm sichern die Österreichischen Bundesforste in schwierigen gebirgigen Lagen Lebensraum und Zu- und Nebenerwerb für die bäuerliche Bevölkerung. Rund die Hälfte der Beschäftigten in unserem Bereich zählt zu diesem Stand. Die andere Hälfte gehört natürlich traditionell den Berufsständen der Forstarbeiter und Forstangestellten an. Naturgemäß stoßen daher auch strukturverbessernde Maßnahmen zugunsten der aufstokkungswürdigen bäuerlichen Betriebe und zeitgemäße Servitutsregelungen auch im Hinblick auf die Trennung von Wald und Weide auf großes Verständnis bei den Arbeitnehmern des Betriebes.

Ing. Alfred Wahl

Nur erwarten wir uns auch, daß unsere Leistungen für den Betrieb und damit für die Allgemeinheit Anerkennung und Beachtung finden. Vielfach ist das nicht der Fall. Im Gegenteil: Auf manche unsachliche Diskussionen und Pressemeldungen aus der Vergangenheit möchte ich mit aller Zurückhaltung, aber mit gebotenen Ernst verweisen, und zwar deshalb, zumal die Invaliditätsrate bei den Forstarbeitern nach wie vor die höchste aller Berufsstände ist, nämlich nahezu 60 Prozent, und die Förster des größten österreichischen Forstbetriebes, eben weil sie sich im Bundesdienst befinden, sind bundesweit die schlechtbezahltesten. Es gibt da auch kein Ausweichen auf Überstunden, weil sich der Dienst nach der Natur der Arbeit zu richten hat.

Ein kleines Trostpflaster stellt die heute zu beratende Novelle dar, und ich bitte Sie daher, dagegen keinen Einwand zu erheben. *(Beifall bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ.)* 13.25

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Bundesrat Arbeiter das Wort.

13.25

Bundesrat Gebhard **Arbeiter** (SPÖ, Kärnten): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst! Ich werde nicht lange reden! Meine Vorredner haben fachlich so fundiert über das Entstehen der Gesetzesvorlagen, aber auch über den Verlauf der Verhandlungen berichtet. Bis auf kleine Meinungsverschiedenheiten bezüglich Hubschrauberpiloten hat es hier, glaube ich, eine Gemeinsamkeit gegeben.

Warum ich mich zu Wort gemeldet habe, ist wieder einmal die Freiheitliche Partei, vertreten durch einige Abgeordnete *(Bundesrat Rumpold: Gott sei Dank!)*, vertreten natürlich auch durch ihren Landeshauptmann in Kärnten, denn ich möchte die Situation in Kärnten noch einmal darstellen. Rumpold tut sich wieder einmal hervor mit Zwischenrufen — wie immer ohne Basisinformation, oder er weiß es, dann lügt er. *(Bundesrat Rumpold: Sagst du, ich lüge?)* Ich sage bewußt das Wort, und ich sage auch, warum: Der Artikel, der in der Zeitung gestanden ist, ist bis heute von dir nicht eingeklagt, lieber Freund. *(Bundesrat Rumpold: Von dir wird er geklagt!)* Wir haben dich aufgefordert, daß du das tust, weil da einige Äußerungen von dir zur Diskussion gestellt werden. Ich warte *(Bundesrat Rumpold: Dann tu's doch!)*, da die Sechswochen-Frist ja bereits vorbei ist, lieber . . .

Vizepräsident Walter **Strutzenberger** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Bundesrat Arbeiter! Bitte zum Thema!

Bundesrat Gebhard **Arbeiter** *(fortsetzend)*: Ich komme zum Thema! Rumpold vertritt in dem Artikel die Meinung, Haider und seine Partei hätten in der Angelegenheit der beiden Novellen das Richtige getan, obwohl er ganz genau weiß, daß das nicht stimmt. Der Kollege, der vorhin gesprochen hat, hat persönlich — wie er betont hat — Gott sei Dank eine andere Meinung vertreten.

Bei uns in Kärnten ist es so, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß sowohl die Gewerkschaft, die zuständig ist, als auch der Zentralbetriebsrat und die Zentralpersonalvertretung das Umsetzen dieser beiden Novellen gefordert haben. Bis heute haben sie nicht einmal eine Antwort des zuständigen Personalreferenten oder seiner Beamten bekommen. Der Wirksamkeitsbeginn dieser Novelle ist der 1. April, in Kärnten aber werden wir die Bezugserhöhung, diese beschlossenen 350 S, nicht mit 1. April bekommen.

Das gehört, Herr Präsident, bitte zum Thema, und ich möchte auf diese Vorgangsweise hier sehr deutlich hinweisen. Aber der einen Seite verspricht Haider bei seinen Besuchen, nicht nur um 350 S zu erhöhen, sondern um Tausende von Schillingen in gewissen Bereichen. Wenn wir dann Verhandlungen verlangen, ist er nicht greifbar, sind seine Beamten nicht greifbar, ist seine Partei auch nicht bereit, im Landtag darüber zu diskutieren.

In Kärnten ist es so weit, daß wir seitens der Gewerkschaft ein eigenes Gehaltsschema vorlegen werden, um der Freiheitlichen Partei die Einhaltung der Versprechungen in Fragen dieser Bezugserhöhungen und Gehaltserhöhungen von unserer Seite aus vorzuschlagen und sie dazu zu bringen, sie einzulösen. Ich hoffe, Herr Kollege Rumpold, daß deine Fraktion im Landtag diese Forderungen dann auch entsprechend vertreten wird. Ich fordere dich auch auf, dafür zu sorgen, daß bei der nächsten Landtagsitzung sowohl im Finanzausschuß als auch im Landtag diese 350 S für alle Bediensteten, die in Kärnten im Landesdienst tätig sind, zustande kommen. Das ist eine Aufforderung!

Zum zweiten nur eine Erklärung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Rumpold spricht in den Medien und auch hier vor euch immer davon, ich wäre aus dem Landtag hinausgeflogen und in den Bundesrat geschickt worden. Ich war nie im Landtag, nie Mitglied des . . . *(Bundesrat Rumpold: An zweiter Stelle hast du in Klagenfurt kandidiert, der Haider an zehnter!)* Ich war nie Mitglied des Kärntner Landtages und habe für die SPÖ in Kärnten an 21. Stelle kandidiert. Bedauerlicherweise wurden nicht so viele Mandate erreicht. Die Freiheitliche Partei — man muß das auch sportlich sehen — hat von der ÖVP und leider auch von der SPÖ dort einige Mandate übernommen. Er kann mir dann persönlich ein-

Gebhard Arbeiter

mal erklären, wie er bei 17 Mandaten, wenn er an 21. Stelle gereiht ist, dort einziehen kann. Vielleicht gibt es in der Freiheitlichen Partei so eine Formel. Er möge sie mir verraten. Wir werden sie selbstverständlich dann gerne anwenden — überhaupt keine Frage —, denn ich glaube, es wäre sicher notwendig, daß viele Abgeordnete im Landtag tätig werden, um Haider und seinen Leuten Paroli bieten zu können.

Wir hoffen, daß wir bei den nächsten Landtagswahlen wieder den alten Mandatsstand herstellen werden (*Beifall bei der SPÖ — Bundesrat Rumpold: Hoffen darfst du!*), um für die Bevölkerung und für die Bediensteten — vor allem für die Landesbediensteten — zu wirken. Früher einmal war es ein gewerkschaftlicher Grundsatz: Bundesrecht ist Mindestrecht! Und das sollte auch weiterhin für die Landesbediensteten gelten. — Ich danke. (*Beifall bei der SPÖ und Beifall des Bundesrates Dr. Linzer.*) 13.29

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Tmej. Ich erteile es ihm.

13.29

Bundesrat Norbert **Tmej** (SPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ich wollte Ihnen nur ganz kurz eine Übersicht geben über einen Betrieb, der von Landeshauptmann Haider als Schmarotzer, Steuerbetrüger und Belastung für die Steuerzahler angesehen wird. Ich darf Ihnen ein paar Kennzahlen der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung mitteilen.

Als Dienstgeber beschäftigte die Post im Post- und Fernmelde- und Postautodienst 1988 im Schnitt 58 053 Menschen, das sind 2,1 Prozent der unselbständig Beschäftigten, insgesamt etwa gleich viel wie in der Branche Papiererzeugung, — verarbeitung, Druck- und Verlagswesen, das sind 58 253, beziehungsweise mehr als etwa in der gesamten Grundmetallindustrie — Eisenhütten, Nichteisenmetalle, Gießereien —, das sind 45 234, oder in der Energie- und Wasserversorgung, Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser: 38 276.

Die Postbediensteten erwirtschafteten bis 1988 bei Produktionserlösen in Höhe von 44,079 Milliarden Schilling eine Wertschöpfung von 39,253 Milliarden Schilling; das entspricht 2,5 Prozent des gesamten Bruttoinlandsproduktes. Die Wertschöpfung pro Beschäftigtem — und bitte, da hören Sie gut zu! — beträgt 676 178 S und war um rund 38 Prozent höher als das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem, denn das beträgt nämlich 487 170 S.

Über den Betriebsüberschuß will ich nicht reden, das stand sowieso in den Zeitungen: Es wa-

ren 5,6 Milliarden, die an das Budget abgeführt wurden, und zum Unterschied von anderen Bundesbetrieben zahlen wir uns die Pensionen mit 5,5 Milliarden auch noch selber.

Die Investitionsintensität beträgt pro Postbedienstetem 238 730 S und ist somit mehr als doppelt so hoch als in der gesamten österreichischen Wirtschaft, denn da sind die Investitionen je Erwerbstätigem 114 490 S. — Dank dieser „Chaosregierung“ haben wir ein Fernmeldeinvestitionsgesetz, mit dem diese Dinge möglich waren!

Und ganz kurz zur Leistungssteigerung: Die Arbeitsproduktivität bei der Post ist seit 1964 um 229 Prozent gestiegen.

Bitte diese Zahlen sind nicht in einer ÖGB-Publikation gewesen, sondern das stand in den „Statistischen Nachrichten“, 2/1990, herausgegeben vom Österreichischen Statistischen Zentralamt. Da sind übrigens andere interessante Daten auch noch drinnen.

Und zu Ihnen, Herr Kollege Lakner. Den Wunsch, den Sie haben, daß die Spitzenpositionen ausgeschrieben und auf Zeit vergeben werden, haben wir bei der Post erfüllt; bei den Generaldirektoren schon seit langem, seit neuestem — seit 1. Jänner — bei sämtlichen Präsidenten und bei den Gruppenleitern der Generaldirektion. (*Zwischenruf des Bundesrates Rumpold.*) Herr Kollege, wenn sie einmal eine Ahnung hätten! Wissen Sie, was mir bei Ihnen leid tut: Sie waren noch nie in einem Arbeitsprozeß. Ich weiß nicht, welche Schulbildung Sie haben, aber gearbeitet haben Sie sicher noch nie etwas. (*Bundesrätin Paischer: Quereinsteiger!*) Und es ist traurig, wenn ein Mensch dann so redet. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 13.33

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Bitte, Herr Bundesrat Rumpold.

13.33

Bundesrat Gernot **Rumpold** (FPÖ, Kärnten): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn schon dieses Thema heute so heiß diskutiert worden ist und mein Kollege Arbeiter wieder Kärnten ins Spiel gebracht hat, so muß ich ihm zuerst einmal sagen: Er redet ein bisschen wie der Blinde von der Farbe. Das, was du da draußen gesagt hast, ist absolut unwahr — damit ich keinen Ordnungsruf bekomme, muß ich das so sagen —, denn das Landeskrankenhaus in Kärnten, das durch dich als Zentralbetriebsratsobmann repräsentiert wird, hat in der Vergangenheit wirklich verabsäumt, die Besoldungspolitik zu organisieren (*Zwischenruf des Bundesrates Arbeiter*), sodaß wir gezwungen waren, die

Gernot Rumpold

Besoldung der Landeskrankenhausangestellten anzuheben, du als Arbeiterbetriebsrat hast es versäumt, das zu tun. (*Bundesrat Arbeiter: Wo denn? Wo denn?*) Nein, wirklich, Gebhard, das ist doch einfach wahr! Es tut zwar weh, wenn ich dir das sage. (*Bundesrat Arbeiter: Wo denn, bitte? Meinst du Klagenfurt?*)

Es tut auch weh — wie ich dir vorhin schon gesagt habe —, daß du bei der letzten Betriebsratswahl 30 Prozent verloren hast und wahrscheinlich das nächste Mal die absolute Mehrheit verlieren wirst. Aber gut, das ist das Wesen der Demokratie, und ich hoffe, daß das auch passiert. (*Unruhe und Zwischenrufe. — Vizepräsident Strutzenberger gibt das Glockenzeichen.*)

Grundsätzlich möchte ich zu diesem Gesetz sagen, daß in Österreich die Beamten heute hier in diesem Haus mehrheitlich repräsentiert sind. Die Mehrheit, die da herinnen sitzt, sind Beamte. Ja logisch, daß ihr natürlich für eure Geschichten stimmt, daß ihr für eure Geschichten verhandelt. (*Bundesrat Veleta: Es sind „enk“ sind Tisch und Bänk!*) Bitte, ändert das da herinnen und ändert das im Nationalrat, denn dann werden die Gesetze anders ausschauen! Man kann nicht immer so arbeiten, daß man die Beamten bevorzugt und alle anderen Bürger benachteiligt. Diese Politik wird von heute an — und nicht nur von heute an, sondern vom Jahr 1986 an, seit diese große Koalition unheilvoll in Österreich wirkt — gemacht. Man erkennt es, wenn man dieses Verhältnis anschaut: 1 : 7. (*Bundesrat Dr. Strimitzer: Sprechen Sie es aus! Ganz konkret, Kollege Rumpold!*) Herr Präsident Strimitzer! 850 000 Beamte gibt es in Österreich, dreieinhalb Millionen Erwerbstätige gibt es in Österreich. Das Verhältnis ist 1 : 7! Auf sieben „normale“ Arbeitnehmer kommt ein Beamter! Ja bitte, wo sind wir denn?! Wahrscheinlich wird das ... (*Bundesrat Dr. Strimitzer: Das ist doch auf einer völlig anderen Ebene! — Lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wenn diese Koalition weiter so wirkt, werden wir wahrscheinlich bald ein umgekehrtes Verhältnis haben, dann werden sieben Beamte auf einen Arbeiter kommen. So wird das in Zukunft ausschauen! Und da möchte ich schon ein bisschen schauen, daß da eine Korrektur gemacht wird, denn so einverstanden bin ich ja nicht, daß diese Erhöhung in dieser Form gemacht wird. (*Bundesrat Albrecht Konečný: Da muß ein Rumpold kommen!*)

Verzeihen Sie mir, Herr Minister! Ich schätze Sie wirklich als Persönlichkeit, aber als Gewerkschafter muß ich Ihnen eines sagen: Gerade die Gewerkschaft, der ÖGB, ist vom Demokratischen her nicht legitimiert, in Österreich überhaupt nur etwas zu sagen in der Öffentlichkeit. Denn dieser monolithische undemokratische Block, der hier

existiert, hat kein Recht, hier Verhandlungen zu führen. Das muß ich Ihnen sagen, und das muß ich dem Herrn Verzetnitsch sagen. (*Ironische Heiterkeit des Bundesrates Arbeiter.*) Ja, wirklich wahr! Das ist ja wohl das ärgste, was es überhaupt gibt, daß der Herr Verzetnitsch sagt, bei uns kann nicht gewählt werden, sonst gibt es Wahlkampf und dann wird nicht mehr gearbeitet. Ja, sind wir in einer Demokratie oder sind wir in einer Diktatur, frage ich mich da! (*Bundesrat Tmej: Kommen Sie zu uns! Wir haben im November Wahlen!*) Na, Herr Kollege, Sie sind ja auch nur mehr deshalb oben, weil so funktionsmäßig gewählt wird. Wenn eine Urwahl bei Ihnen stattfinden würde, wären Sie ja schon längst weg! (*Bundesrat Tmej: Das sieht man, was Sie für eine Ahnung haben? Was haben Sie denn schon gemacht? Ein Nichtstuer!*) Und nicht nur Sie, und nicht nur Sie, Herr Kollege! (*Bundesrat Arbeiter: Keine Ahnung! — Hefige Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Deshalb muß ich Ihnen sagen: Solange diese soziale Schere zwischen Beamten und Privatangestellten derart auseinanderklafft, kann ich einfach diesem Erhöhungsbeschluß nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ. — Bundesrat Ing. Penz: Wie viele Beamte hat denn der Dr. Haider in Kärnten eingespart! Sagen Sie uns das! Keinen einzigen! — Bundesrat Tmej: Er gehört wirklich in den Kindergarten! Er hat höchstens drei Jahre Volksschule!*) 13.37

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Drochter. Ich erteile ihm dieses.

13.37

Bundesrat Karl **Drochter** (SPÖ, Niederösterreich): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Es wäre verlockend, auf die Äußerungen des Bundesrates Rumpold einzugehen und auch auf die Beleidigung von 1,6 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern. Ich möchte aber hier doch sehr ernsthaft festhalten, daß ich persönlich diese Äußerungen für so dumm halte, daß es in mir so eine persönliche Sperre gibt, daß ich darauf gar nicht eingehen möchte.

Ich möchte aber die falschen Behauptungen, die Bundesrat Rumpold aufgestellt hat, nicht im Raum stehen lassen. (*Bundesrat Rumpold: Jetzt gehen Sie doch darauf ein! Sie widersprechen sich! Zuerst haben Sie gesagt, Sie gehen nicht darauf ein, und jetzt gehen Sie doch darauf ein!*) Er hat gesagt, es gibt in Österreich 850 000 Beamte. Da sieht man schon, auf welcher Basis und mit welchem Grundwissen, mit welcher Information er Politik macht, wie überheblich er ist, wenn er sich hier herstellt in einer Kammer, die doch die Berechtigung für sich in Anspruch nehmen kann, daß sie an der Gesetzgebung entscheidend mitwirkt. (*Bundesrat Rumpold: Sehr entschei-*

Karl Drochter

dend! Das hat sich beim Patientenanwaltsgesetz gezeigt!)

Es gibt in Österreich, Herr Rumpold — ich sage zu Ihnen gar nicht mehr Herr Bundesrat, sondern nur mehr Herr Rumpold, denn als Bundesrat haben Sie sich nach meinen Dafürhalten schon längst disqualifiziert —, 540 000 Beamte, es gibt rund 3 Millionen unselbständig Erwerbstätige in Österreich, und im Vergleich, wenn wir den März 1989 und den März 1990 hernehmen, gibt es um 56 000 unselbständig Erwerbstätige mehr in diesem Lande, das seit dem Jahre 1987 — auch da darf ich Sie korrigieren — von einer großen Koalitionsregierung regiert wird.

Ich darf Ihnen auch sagen, daß es in diesem Land seit dem Jahre 1987 ein stetiges Wirtschaftswachstum gibt, das sich zwischen 3,9 und 4,2 Prozent bewegt, Herr Rumpold, und an dem auch die Arbeitnehmer durch die 700 Kollektivverträge beziehungsweise über die Lohnabkommen der öffentlich Bediensteten ihren entsprechenden Anteil erreichen konnten. Allein im vergangenen Jahr konnten durch die Steuerreform, an der der Österreichische Gewerkschaftsbund wesentlich mitgewirkt hat, und durch die Lohnerhöhungen die Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen in Österreich um über 60 Milliarden Schilling erhöht werden.

Daß das Ihnen und Ihrer Partei nicht angenehm ist, weil es Ihre ganze demagogische Politik und Öffentlichkeitsarbeit ad absurdum führt, kann ich verstehen.

Den Österreichischen Gewerkschaftsbund als „undemokratisch“ zu bezeichnen, muß ich zurückweisen. (*Bundesrat Rumpold: Ist er!*) Ich spreche Ihnen hier auch öffentlich das Recht ab, sich dazu äußern, weil Sie nicht einmal noch den ernsthaften Versuch gemacht haben, sich mit dieser Organisation auseinanderzusetzen (*Bundesrat Rumpold: Sie können mir gar nichts absprechen!*), die in ihren Statuten geschrieben hat und es auch in der Vergangenheit, in einer Zeit unter Beweis gestellt hat, die Ihnen vielleicht unangenehm ist, diesen freien Staat wiederzuerrichten und auch aufrechtzuerhalten.

Welche Meinung Ihre Partei zur Gewerkschaftsbewegung und zu den einzelnen Gewerkschaften hat, ist ja hinlänglich bekannt, aber was die unselbständig Erwerbstätigen von Ihrer Partei halten, Herr Rumpold, das ist Ihnen auch schon x-mal manifestiert worden. Ich darf hier nur auf die Personalvertretungswahlen beziehungsweise auf die Betriebsratswahlen verweisen, die in regelmäßigen Abständen stattfinden. Wenn Sie weiterhin so eine Politik machen, dann werden Sie persönlich sicherlich nichts dazu beitragen, daß Sie in den einzelnen Gewerkschaften und somit auch im ÖGB stärker werden.

Es gibt sehr viele Repräsentanten Ihrer Partei, die über die Hintertür immer wieder in den einzelnen Gewerkschaften und im ÖGB vorsprechen, ob sie nicht da oder dort über Gebühr berücksichtigt werden könnten. Das wurde bisher abgelehnt, denn die Stärke der einzelnen politischen Gruppierungen in den Gewerkschaften und im Österreichischen Gewerkschaftsbund fußt ausschließlich auf Wahlergebnissen der Personalvertretungswahlen und der Betriebsratswahlen. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 13.42

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Präsidenten Strimitzer das Wort.

13.42

Bundesrat Dr. Martin **Strimitzer** (ÖVP, Tirol): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden vielleicht schon festgestellt haben, daß ich mich normalerweise wirklich bemühe, nicht von Emotionen geplagt zu werden, und daß ich mich weiters bemühe, darauf bedacht zu sein, in den Wortmeldungen Umgangsformen zu finden, die nicht verletzend sind. Aber erlauben Sie mir nun doch, Herr Kollege Rumpold, Ihnen hier sehr deutlich sagen zu dürfen, daß Ihre Wortmeldung die primitivste gewesen ist, die ich in diesem Hause jemals erlebt habe. (*Langanhaltender Beifall bei ÖVP und SPÖ.* — *Bundesrat Rumpold: Sie hätten das aufschreiben sollen und vom Blau lesen!*) Sie haben, Herr Kollege, außer Platitüden hier wirklich nichts zu bieten gehabt.

Lassen Sie mich weiter sagen, daß die Frage der Zahl der Beamten eine Seite ist. Zu dieser Beamtenzahl muß man ja, glaube ich, doch völlig klar festhalten, daß doch die Beamten selber es nicht sind, die sozusagen sich selber die entsprechenden Beamtenstellen bewilligen, sondern daß, wenn sich ihre Zahl erhöht, dies eben aufgrund der öffentlichen Dienstleistungen, aufgrund der immer stärker werdenden Anforderungen an die öffentliche Hand, aufgrund der Tatsache, daß von der öffentlichen Hand immer mehr öffentliche Leistungen gefordert werden, aufgrund der immer größeren Zahl der Gesetze notwendig ist. Es ist ja keine Frage, daß, je mehr Gesetze gemacht werden, eben umso mehr Leute benötigt werden, die diese Gesetze dann schließlich und endlich auch vollziehen.

Und lassen Sie mich Ihnen wirklich sehr klar und deutlich auch sagen: Der öffentliche Dienst — insbesondere auch die Gewerkschaft öffentlicher Dienst — hat sich immer zu einer Verwaltungsreform bekannt. Aber bitte die Zauberformel, die kann natürlich nicht gelten, daß mit immer weniger öffentlichem Personal und mit immer schlechter besoldetem öffentlichem Personal — wie Sie es unter Umständen gerne hätten — immer mehr öffentliche Aufgaben erfüllt werden.

Dr. Martin Strimitzer

Diese Zauberformel, bitte schön, die kann tatsächlich nicht in die Realität umgesetzt werden.

Ich möchte mich gar nicht mehr allzusehr in diese Materie vertiefen, weil Herr Kollege Drochter als kompetenter Vertreter des ÖGB sich ja schon geäußert hat zur Frage der Legitimität der Gewerkschaft, daher nur so viel auch meinerseits dazu: Ich möchte Ihnen doch sagen, daß gerade im öffentlichen Dienst die Legitimität des Österreichischen Gewerkschaftsbundes für die Verhandlungen um Verbesserungen der dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung oder zumindest um eine Nichtabkoppelung — Herr Kollege Rumpold, das möchte ich auch sehr klar sagen — von der allgemeinen Einkommensentwicklung sehr wohl gegeben ist.

Lassen Sie mich noch bei der Frage der Nichtabkoppelung von der allgemeinen Einkommensentwicklung bleiben. Das kann ja doch wohl auch nicht Ihr Ernst gewesen sein, Herr Kollege Rumpold, daß Sie mit Rücksicht auf die große Zahl der öffentlich Bediensteten, die Sie angezogen haben, verlangen, daß die öffentlich Bediensteten, eben weil ihre Zahl so hoch ist, schlechter besoldet werden als die übrigen Einkommensgruppen in Österreich.

Aber zurück jetzt zur Frage der Legitimität. Ich darf doch festhalten, daß wir gerade in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, der die öffentlich Bediensteten zugehören — wenn ich von den Bereichen der Post-, der Gemeindebediensteten und der Eisenbahner absehe, die ebenfalls unter die große Gruppe auch des öffentlichen Dienstes eingereiht werden —, Organisationsgrade von 60 und mehr Prozent haben. Es gibt Bereiche, in denen die öffentlich Bediensteten sich zu 80 und 90 und noch mehr Prozent zusammengeschlossen haben.

Und ich sage Ihnen abschließend nur folgendes, Herr Kollege Rumpold: Die öffentlich Bediensteten schließen sich deswegen zur gewerkschaftlichen Organisation zusammen, um gerade jene ungerechtfertigten Attacken abzuwehren, die von Ihrer Seite — von Ihnen, von Ihrem Landeshauptmann und Parteiobmann Haider — ausgehen. In diesem Sinne ist die Legitimation der Gewerkschaft öffentlicher Dienst beziehungsweise des ÖGB für das Eintreten für die Interessen der öffentlich Bediensteten vollauf gerechtfertigt. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)* 13.47

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — *(Bundesrat Arbeiter: Eine Berichtigung! — Bundesrat Rumpold: Tatsächliche Berichtigung heißt das! Nicht einmal das weißt du!)* Moment! Zu einer tatsächlichen Berichtigung, deren Dauer fünf Mi-

nuten nicht überschreiten darf, erteile ich Herrn Bundesrat Arbeiter das Wort. Bitte, zur tatsächlichen Berichtigung!

13.48

Bundesrat Gebhard **Arbeiter** (SPÖ, Kärnten): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine tatsächliche Berichtigung: Kollege Rumpold hat gesagt, die Bezugsansätze der Bediensteten in Krankenanstalten sind angehoben worden. Das ist eine Falschmeldung. Es gibt weder einen Antrag noch einen Bezugsansatz der Gehälter! Das nur zur Richtigstellung, denn es würde hier ein falsches Bild ergeben. Diese Bezugserhöhung ist bisher nicht — weder auf dem Papier noch tatsächlich — gekommen, sondern es handelt sich derzeit nur um Versprechungen der Freiheitlichen Partei.

13.49

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird vom Herrn Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Abstimmung über die vorliegenden Beschlüsse des Nationalrates erfolgt getrennt.

Bei der getrennt durchgeführten Abstimmung beschließt der Bundesrat mit Stimmenmehrheit, gegen die beiden Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

10. Punkt: Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (42. Sitzungsperiode 1990/1991)

Vizepräsident Walter **Strutzenberger**: Wir gelangen nun zum 10. Punkt der Tagesordnung: Wahl von Vertretern Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

Österreich hat Anspruch auf die Entsendung von sechs Mitgliedern und sechs Ersatzmitgliedern in die Parlamentarische Versammlung des Europarates. Nach einer Parteienvereinbarung entfallen für die kommende 42. Tagungsperiode ein Mitglied und zwei Ersatzmitglieder auf den Bundesrat; fünf Mitglieder und vier Ersatzmitglieder hat der Nationalrat gewählt. Die Wahl erfolgt für die gesamte, rund einjährige Dauer der Sitzungsperiode.

Es sind mir folgende Wahlvorschläge zugekommen:

Als Mitglied Präsident des Bundesrates Dr. Martin Strimitzer und als Ersatzmitglieder die Bundesräte Albrecht Konečný und Dr. h. c. Manfred Mautner Markhof vom Bundesrat aus in die

23890

Bundesrat — 527. Sitzung — 22. März 1990

Vizepräsident Walter Strutzenberger

Parlamentarische Versammlung des Europarates zu entsenden.

Wird die Durchführung der Wahl mittels Stimmzettel beziehungsweise für jeden der zu nominierenden Delegierten gesondert gewünscht? — Es ist dies nicht der Fall.

Ich werde daher gemäß § 56 der Geschäftsordnung die Wahl unter einem und durch Handzeichen vornehmen lassen.

Ich bitte jene Bundesräte, die den bekanntgegebenen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. — Dies ist Stimmeneinheitlichkeit. Die Wahlvorschläge sind somit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe noch bekannt, daß seit der letzten beziehungsweise in der heutigen Sitzung insgesamt sieben Anfragen, 686/J bis 692/J, eingebracht wurden.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Donnerstag, der 19. April 1990, 9 Uhr, in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht beziehungsweise dem Zustimmungsgesetz des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschlußvorberatungen sind für Mittwoch, den 18. April 1990, ab 15.30 Uhr, vorgesehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 52 Minuten